

23 mai 2023 (FAZ)

[Richard C. Schneider über Hamas-Chefs und extremistische Siedler \(nzz.ch\)](#)

INTERVIEW

«Wenn die Entwicklung linear verläuft, dann ist es in zehn, zwanzig Jahren vorbei mit Israel»

Richard C. Schneider hat Hamas-Chefs getroffen, die militantesten Siedler auch. Er hat Kriege an vorderster Front miterlebt, bekommt Bilder von Attentaten nicht mehr aus dem Kopf. Der langjährige Israel-Korrespondent der ARD über die «totale Sinnlosigkeit» in Nahost und die prekäre Zukunft des Hightech-Landes.

Andreas Scheiner

23.05.2023, 05.30 Uhr



«Nach dem dritten Gazakrieg bin ich in ein posttraumatisches Stresssyndrom verfallen. Depressiv, fertig, ausgelaugt, erledigt.» Richard C. Schneider in Tel Aviv.

Jonas Opperskalski

Herr Schneider, wie weiter mit Israel?
Prophezeiungen im Nahen Osten mache ich lieber nicht.

Die Justizreform scheint bis Mitte Juli ausgesetzt zu sein, und dann?
Dann sind die Probleme sicher nicht gelöst. Angenommen, Netanyahu lenkt endgültig ein, die Justizreform würde gekippt, die Protestbewegung hätte gewonnen: Das würde nichts daran ändern, dass in etwa zwei Jahren rund 50 Prozent aller Erstklässler in Israel entweder Araber oder ultraorthodoxe Juden sind. Kinder, die zumeist eine von Haus aus schlechtere und für die moderne Welt nicht geeignete Erziehung haben. Natürlich ist das für die Entwicklung eines Landes, das ein Hightech-Land ist, verheerend. Und in etwa zwanzig Jahren ist jeder Vierte in Israel ultraorthodox. Wirtschaftlich dürfte es den Bach runtergehen.

Demografisch ist es hoffnungslos?

Ja. Aber wie hat schon Theodor Herzl gesagt: «Wenn ihr wollt, ist das kein Märchen.» Und wenn ich mir die Geschichte Israels anschau, war dieses Land schon so oft am Rande des Abgrunds, und dann geschah ein Wunder. In den 1990er Jahren gab es Prognosen, wonach es in wenigen Jahren eine

muslimische Mehrheit geben würde. Was für Israel als jüdischen Staat ja das Ende wäre. Stattdessen plötzlich: das Ende der Sowjetunion. Über anderthalb Millionen sowjetische Juden ziehen nach Israel. Unter ihnen Ingenieure, Physiker, Mathematiker, Atomwissenschaftler: die Basis des Hightech-Wunders von heute. Also, wenn die Entwicklung linear verläuft, dann muss man sagen: Ja, in zehn, zwanzig Jahren ist es vorbei mit Israel. Aber man hat in der Geschichte dieses Landes immer wieder gesehen, wie sich die Dinge radikal verändern können.

Sie sind in Deutschland aufgewachsen. Wie erinnern Sie sich?

Ich bin Jahrgang 1957. Bin also zwölf Jahre nach Kriegsende geboren. Ich habe hier in München noch in Ruinen gespielt. Die Generation der Täter war um uns herum. Meine Eltern waren Holocaustüberlebende. Der Grossteil meiner Familie ist umgebracht worden. Wir wuchsen als Kinder auf in einem Umfeld, in dem uns klar war: Da draussen ist es gefährlich. Nur drinnen gibt es Sicherheit.

Drinnen?

Im jüdischen Umfeld, in dem man sich bewegte. In der Synagoge, im jüdischen Jugendklub, zu Hause bei jüdischen Freunden. Im katholischen Bayern hing im Klassenzimmer ein riesiges Kruzifix an der Wand. Was mir klarmachte: Ich gehöre nicht dazu.

Es wurde ungemütlich?

Echte Konfliktsituationen erlebte ich erst an der Universität. Wo ich mit diesen linken Kreisen konfrontiert war: ideologisch pro palästinensisch, antiisraelisch, antizionistisch. Mit antisemitischen Parolen, die sie gar nicht mehr bemerkten. Diese Haltung: Wir sind ja links, also können wir gar keine Antisemiten sein . . . Das geht eigentlich schon zu Zeiten von Marx los, es gibt Texte im frühen Sozialismus, der parallel zur zionistischen Bewegung entstand, wo Sozialisten sich darüber aufregen, dass die Juden ihr eigenes Süppchen kochen und nicht bereit sind, der Internationalen beizutreten.

Wann wurde Israel für Sie ein Thema?

Das erste Mal war ich mit meinem Vater in Israel, 1966. Ich war neun Jahre alt und verliebte mich in das Land. Ich spürte die Freiheit, so sein zu können, wie ich bin. Später fuhr ich immer öfter hin. Aber ich war nicht naiv. Ich habe auch die Spannungen gesehen. Die Mechanismen der Siedlerbewegung. Ich verbrachte als Journalist viel Zeit in Siedlungen und habe dabei eines verstanden: Die Siedler sind die einzige Gruppe in der israelischen Gesellschaft mit einer Vision. Einem Leuchtturmprojekt. Die werden es durchziehen, das wusste ich. Ich bin sehr früh in den besetzten Gebieten gewesen.

Sie erwähnen in Ihrem Buch auch, wie man in den Gazastreifen fuhr, dort ins Fischrestaurant ging . . .

Das war normal. Es gab in Gaza die besten Fischrestaurants. Man fuhr mit dem Auto hinüber, setzte sich ans Meer. Die Palästinenser waren glücklich, dass man kam, weil es natürlich gut fürs Business war. Sie konnten auch alle Hebräisch. Oder man sass in Jerusalem mit Freunden und sagte: Komm, lass uns Kaffee trinken gehen in Hebron. Man ging einkaufen in palästinensischen Städten, weil es billiger war. Alles kein Thema. Natürlich, es gab Patrouillen. Und dass die Palästinenser mit der Besatzung nicht glücklich waren: auch klar. Aber so gut wie alle konnten sich überwiegend frei bewegen.

Und wann ist es gekippt?

1987. Mit Beginn der Ersten Intifada. Es gab auch Phasen in meiner Zeit als Korrespondent für die ARD, wo ich nicht nach Gaza konnte, weil es Drohungen gab von der Hamas. Weil wir eine Berichterstattung gemacht hatten, die ihnen nicht gefiel. Sie zeigten die Muskeln: Wir können auch anders. Aber letztlich haben sie ein Interesse daran, dass man über sie berichtet.

Erinnern Sie sich an brenzlige Situationen?

Es gab eine Situation mit einem palästinensischen Kameramann, der festgenommen wurde. Wir haben Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um ihn freizubekommen. Ich hatte in der «Tagesschau» und den «Tagesthemen» jeden Abend einen Slot, wo ich erzählen konnte, was los ist. Ich wollte alles so publik wie möglich machen, damit sie ihn nicht behelligen. Sie haben ihn trotzdem behelligt. Aber er kam frei, nach vielen Gesprächen mit der Hamas. Und dann haben wir gemacht, was man in so einem Moment machen muss: Wir sind wieder hinübergefahren und haben die Wogen geglättet. Damit man wieder arbeiten konnte.

Wie geht man mit der eigenen Angst um?

Es ist so schwer zu erklären. Man geht damit um, indem man damit umgeht. Es gab Situationen, nicht nur bei den Palästinensern, auch bei Siedlern oder Ultraorthodoxen, wo wir als Presse nicht erwünscht waren. Wenn man trotzdem hinging, wurde man angegriffen, physisch bedrängt. Man hat in die Organisationen hinein, die einem gefährlich werden können, aber auch Kontakte. Das heisst nicht, dass man sich mit ihnen anfreundet. Aber man muss für die ein Mensch sein, den sie kennen. Man hat schon einmal miteinander Kaffee getrunken. Ich habe dabei nie verheimlicht, wo ich stehe. Sondern immer klargemacht: Ich habe meine Kriterien als Journalist. Ich werde die Dinge benennen.

Es sitzt einem also ein Hamas-Chef gegenüber, man trinkt Kaffee. Wie reagiert der auf einen? Sehr höflich. Das ist ja so «tricky». Ich sass im Garten von Mahmud az-Zahar, dem grossen alten Mann der Hamas. Ich habe mit Ismail Haniyeh, dem jetzigen Hamas-Chef, Kaffee getrunken. So wie wir beide hier am Tisch sitzen. Dann kommt natürlich die ganze Propaganda, das ist ja klar. Aber der Umgang ist erst einmal: Du bist mein Gast hier, trinkst mit mir Kaffee, du wirst nicht angerührt. Was danach geschieht, ist ein anderes Thema.

Kann man einem Haniyeh auch widersprechen? Bringt das etwas?

Das hat keinen Sinn. Ich kann diese Leute sowieso nicht umstimmen. Es geht mir darum, entweder zu entlarven, was sie sagen, oder es so zu zeigen, dass der Zuschauer seine eigenen Schlüsse ziehen kann: Aha, das also ist eure Denkweise! Auch wenn ich mit einem ultraorthodoxen Rabbiner rede, werde ich nicht versuchen, ihn für die LGBTQ-Gemeinde zu begeistern, das ist sinnlos. Stattdessen werde ich ihn so lange fragen, was er von LGBTQ halte, bis er sich entlarvt. In der Regel geht das schnell.

Sie haben auch mit einigen der berüchtigten Siedler gesprochen.

Zu ihnen habe ich einen guten Zugang, weil ich selber einen orthodoxen Hintergrund habe. Ich weiss, wie ich mit denen reden muss. Ich kenne die Siedler der ersten Stunde. Daniella Weiss, Jehuda Etzion. Die wissen, dass ich kein Fan von ihnen bin. Aber sie schätzen meine Berichterstattung, weil ich ihr Denken verstehe. Ich teile es nicht, nicht im Ansatz. Aber ich verstehe, woher es kommt. Die typischen linken israelischen Journalisten verstehen deren Welt häufig überhaupt nicht.

Faszinieren Sie solche Begegnungen?

Als Journalist ist es doch immer spannend, Leute aus gesellschaftlichen und ideologischen Kreisen kennenzulernen, zu denen man so gar nicht gehört. Wenn man einem Jehuda Etzion gegenübersteht . . .

. . . der einen Bombenanschlag auf den Felsendom geplant hatte . . .

. . . oder auch einem palästinensischen Terrorattentäter, der mir zeigte, wie er Kassam-Raketen auf Israel abfeuern würde, während ich neben der Rakete stand, da denkt man: «Ich bin doch im falschen Film, spinnt der?» Aber ich empfinde diese Situationen gar nicht einmal als so skurril. Vielmehr lernt man etwas zu verstehen: Es ist eine Art «Normalität», in der man sich bewegt. Millionen von Menschen müssen sich in solchen «Normalitäten» bewegen.

Sie klingen resigniert.

Ich habe ziemlich viel erlebt, auch in anderen Konfliktgebieten. Kriege, Terroranschläge, Aufstände, Gewalt. Und wenn das dann immer und immer wieder passiert, dann ist das irgendwann wie «Und täglich grüsst das Murmeltier». Man kennt die Sprüche der Politiker beider Seiten, man kennt die Klagen der leidenden Bevölkerung, man weiss im Vornherein, welche Bilder man drehen muss, um die «Tagesschau» zu bedienen. Man wird auch zu einem Voyeur des Leids, das man ja darstellen muss. Das ist nicht wörtlich gemeint, aber man denkt so in der Art: So ein abgerissenes Bein habe ich schon vor zwanzig Jahren vor der Linse gehabt.

Man wird zynisch?

Ja, es ist auch Zynismus, den man entwickelt. Weil, wenn wieder ein Krieg losbricht, man sofort weiss, wie es endet. Nämlich mit nichts. Tausende gestorben. Für nichts. Die totale Sinnlosigkeit. Und gerade bei diesem palästinensisch-israelischen Konflikt weiss man, dass die nächste Runde nur die Vorbereitung auf die übernächste Runde ist. Oder wie mein Kameramann sagte: «So, wir fahren nun wieder auf den Hügel, da sind noch die Einbuchtungen meines Stativs vom letzten Krieg.» Man weiss schon, von wo aus man die besten Bilder bekommt. Man war ja schon zigmal da. Das erhält dann so eine Dauerschleife. Ähnlich ist es bei Terroranschlägen. Man kommt an und sieht Dinge, die man dem Publikum gar nicht zeigen kann. Wirklich, wirklich schrecklich. Körperteile, die in Bäumen hängen. Hautfetzen, die an den Wänden kleben. Blutlachen, durch die man watet, wo man dann anschliessend die Schuhe wegschmeisst. Es sind Bilder, die holen einen immer wieder ein.

Haben Sie Albträume?

Auch Journalisten leiden unter posttraumatischer Belastungsstörung, klar. Interessanterweise sind das in Albträumen oft nicht Bilder aus dem letzten Krieg. Sondern Sachen von vor zwanzig oder sogar dreissig Jahren.

Darüber reden, hilft das?

Therapeutisches Reden hilft. Aber es gibt etwas, was ich erst spät gelernt habe zu verstehen. Sehen Sie, meine Mutter starb vor drei Monaten, sie war 98. Sie hatte das Ghetto von Budapest überlebt und vier Konzentrationslager. Es war klar, dass sie vieles nicht erzählte. Ich habe sie immer wieder gefragt: Warum erzählst du mir das nicht? Sie sagte: «Darüber kann ich nicht reden. Du verstehst es sowieso nicht.»

Sie können auch über gewisse Dinge nicht reden?

2014 war der dritte Gazakrieg. 51 Tage. Es war ein Krieg, wo wir alle, die ausländischen, die israelischen Kollegen, die palästinensischen, nach 14 Tagen bereits bis in die Knochen erschöpft

waren. Uns war bewusst, dass dieser Krieg sehr lange dauern und sehr blutig würde. Und verändern würde er auch nichts. 51 Tage hat man durchgearbeitet. Es beginnt mit dem Morgenmagazin um 6 Uhr und hört mit dem Nachtmagazin um 2 Uhr auf. Ständig Live-Schaltungen, ständig an der Front. Ich bin nach dem Krieg zurückgekommen nach München und sofort in ein posttraumatisches Stresssyndrom verfallen. Depressiv, fertig, ausgelaugt, erledigt.

Haben Sie Hilfe gesucht?

Ja, ja, klar. Und dann war ich in dieser Zeit öfters bei meiner Mutter zu Besuch. Die sah mich in ihrem Wohnzimmer herumhängen wie so ein Schluck Wasser in der Kurve und sagte: «Wenn du mit mir über den Krieg reden willst, du weisst, bei mir kannst du das.» Und da sagte ich, ohne darüber nachzudenken: «Es gibt Dinge, die man im Krieg erlebt hat, über die kann man nicht reden.» Sie schaute mich lange an: «Ja, ich weiss.» Es war ein Moment, wo wir so ein Gefühl hatten: Wir verstehen uns. Aber obwohl ich Krieg erlebt habe, kann ich doch nicht verstehen, was meine Mutter im KZ erlebt hat.

Weil das noch einmal eine andere Dimension hatte?

Ich war kein Opfer. Ich war vielleicht in Gefahr. Die Raketenangriffe kamen auf die Bude, wo ich gewohnt habe. Aber ich konnte mich in den Jeep setzen und nach Hause fahren. Ich hatte zu essen, ein Bett. Ich bin ja auch nicht der grosse Kriegsreporter. Es gibt Kollegen, die sind ununterbrochen in Kriegen, wirklich Hardcore. Kollegen, die jetzt in der Ukraine an vorderster Front sind: Ich habe nicht einmal im Ansatz die Dinge durchgemacht, die die durchgemacht haben. Aber man versteht manches. Meine Mutter hat später auch angefangen, mir doch noch ganz bestimmte Details vom Krieg zu erzählen. «Dir kann ich das erzählen», hat sie gesagt, «weil du verstehst, was Krieg ist.»

Haben Sie ihr auch von Ihren Erlebnissen erzählt?

Sie war zu alt. Ich wollte sie damit nicht konfrontieren. Ich wollte sie nicht mit Bildern konfrontieren, die bei ihr vielleicht noch einmal etwas triggern würden. Nein, ich habe nichts erzählt. Und es gibt bis heute Dinge, die erzähle ich niemandem. Auch nicht einem Therapeuten, ich weiss: Auch der versteht mich nicht.

Er sagt, was Sache ist

Als langjähriger Israel-Korrespondent der ARD, der seit fast zwanzig Jahren in Tel Aviv lebt, hat Richard C. Schneider schon alle Diskussionen über den jüdischen Staat vorwärts und rückwärts geführt. In seinem neuen Buch bringt er «Die Sache mit Israel» nun auf den Punkt. Beziehungsweise auf fünf Punkte: Er stellt sich selbst jene fünf Fragen, um die sich alle Aufregung im Kern dreht: Ist Israel eine Demokratie? Ist Israel ein Apartheidstaat? Ist Kritik an Israel antisemitisch? Ist Israel ein fundamentalistischer Staat? Gehört Palästina den Palästinensern? Schneiders Antworten sind bestechend unideologisch, analytisch fundiert und schnörkellos. Er lässt sich von keiner Seite vereinnahmen. Aber er sagt, was Sache ist.

23 mai 2023 (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/international/article/2023/05/23/la-suede-face-au-fleau-scolaire-des-notes-du-bonheur_6174412_3210.html

La Suède face au fléau scolaire des « notes du bonheur »

Dans le royaume scandinave, les scandales se multiplient, révélant l'étendue du phénomène des notes gonflées artificiellement, sans aucun rapport avec le niveau des élèves, par des établissements se livrant à une concurrence féroce.

Par [Anne-Françoise Hivert](#) (Malmö (Suède), correspondante régionale)

Publié aujourd'hui à 03h00, modifié à 11h43

LETTRE DE MALMÖ



Un cours à l'école secondaire Drottning Blankas, à Jarfalla, en Suède, le 29 août 2022. JONATHAN NACKSTRAND / AFP

L'année scolaire se termine et les jeunes Suédois vont bientôt recevoir leur bulletin. Pour les élèves de 9^e (dernière année de collège) et de 3^e (l'équivalent de la terminale), les notes détermineront dans quel lycée ou quelle université ils étudieront l'an prochain. Mais que valent ces notes ? Sont-elles le reflet du niveau de l'élève, ou ont-elles été gonflées par les enseignants ou le principal, afin d'enjoliver les résultats de l'établissement ?

En Suède, on appelle cela les « *glädjebetyg* » – les « notes du bonheur ». Si le phénomène n'est pas récent, il a pris une telle ampleur ces dernières années que le recteur de l'Ecole de commerce de Stockholm, un des établissements d'enseignement supérieur les plus prestigieux de la capitale suédoise, a tapé du poing sur la table, le 11 mai. Dans une tribune au vitriol publiée dans le quotidien *Dagens Nyheter*, Lars Strannegard menace, si rien ne change, d'instaurer un concours à l'entrée de son école.

Il dénonce des notes « transformées en une sorte de marchandise, des leurre dans le but d'attirer de futurs étudiants », et estime qu'il est impossible désormais d'être sûr que « ce sont les bons étudiants qui entrent dans les universités les plus recherchées après avoir terminé leurs études secondaires ». Pour Lars Strannegard, « les piliers mêmes du modèle social suédois » que sont « la méritocratie, l'égalité et la confiance » sont en danger, et à terme, « la démocratie ».

Pressions des élèves et de leurs parents

Ce gigantesque coup de gueule a d'autant plus fait sensation en Suède que le recteur cite plusieurs établissements soupçonnés de gonfler les notes, parmi lesquels se trouvent les lycées fréquentés par la progéniture de la fine fleur de la société suédoise. Exemple : Campus Manilla, dans le quartier de Djurgården, à Stockholm, où sont scolarisés les deux enfants de la princesse héritière Victoria.

En mars, l'Inspection scolaire avait critiqué l'école privée, gérée par une fondation, après avoir constaté des divergences importantes entre les notes finales des élèves et leurs résultats à l'examen national, censé évaluer leur niveau dans cinq matières principales. Des enseignants avaient admis avoir reçu des pressions de la part des élèves et de leurs parents pour changer les notes. Deux mois plus tard, l'école se retrouvait au cœur d'un nouveau scandale, alors qu'un cinquième des élèves de ses classes de lycée étaient soupçonnés d'avoir régulièrement triché aux examens.

Mais Campus Manilla est loin d'être le seul établissement mis en cause. Selon la chaîne SVT, l'Inspection scolaire a examiné trente lycées publics et privés ces derniers mois. Or aucun n'a été capable de démontrer qu'il avait pris des mesures adéquates pour éviter les « notes du bonheur ». Même chose pour l'Etat, dont les diverses initiatives dans ce domaine n'ont eu aucun impact, selon un rapport de la direction nationale du contrôle de la gestion publique, datant du mois d'octobre.

Pourtant, dans un article publié dans le quotidien *Dagens Nyheter* en août 2009, deux chercheurs de l'Institut de recherche d'économie industrielle à Stockholm s' alarmaient déjà du phénomène des *glädjebetyg*, qui avait permis, entre 1997 et 2007, de voir le nombre d'élèves terminant le lycée avec le maximum de points multiplié par vingt-huit.

« Une explication pourrait être que ces écoles attirent des étudiants très talentueux. Une autre pourrait être que la réforme de l'école libre et la transition vers le libre choix du lycée ont conduit à une concurrence féroce pour les étudiants – et l'argent », écrivaient Magnus Henrekson et Jonas Vlachos. Les deux chercheurs ajoutaient : « Il est peut-être temps d'admettre que nous n'avons plus un système qui permette de comparer les notes de fin d'études. »

« Plus vous attirez d'élèves, plus vos ressources augmentent »

Quatorze ans plus tard, la présidente du syndicat des enseignants, Johanna Jaara Astrand, partage leur analyse, tant du point de vue des causes que des conséquences : « L'inflation des notes résulte du fait que l'école soit devenue un marché et que son système de financement génère de la concurrence entre les établissements, qui doivent montrer de bons résultats pour attirer le plus d'élèves possible et maximiser leurs ressources », dénonce-t-elle.

Dans ce modèle unique au monde, écoles privées et publiques sont financées à 100 % par les communes, selon le principe d'un « chèque scolaire », dont le montant varie d'une municipalité à l'autre, et qui est attribué aux établissements pour chaque élève inscrit. « Cela signifie que plus vous attirez d'élèves, plus vos ressources augmentent », résume Johanna Jaara Astrand.

Dans ce système, les notes sont le meilleur argument de vente des écoles : des notes élevées garantissent la bonne réputation d'un établissement, puisqu'elles permettent à ses élèves d'intégrer ensuite la formation de leur choix, comme l'Ecole de commerce de Stockholm, qui n'accepte que les plus brillants, sur la base de leurs bulletins. Une réputation qui se mesure à la longueur de la file d'attente à l'entrée, contribuant, selon Johanna Jaara Astrand, à la « ségrégation scolaire » en plein boom en Suède.

Une commission d'enquête

Or, derrière ces notes se cachent souvent des pratiques peu avouables, confie la présidente du syndicat des enseignants : « Nos membres témoignent de pressions de la part des directeurs ou des propriétaires [des groupes scolaires privés à but lucratif], qui modifient leurs notes ou même menacent indirectement les enseignants, en leur disant que s'ils n'augmentent pas leurs notes, ils n'auront pas de hausse de salaire. »

Le 11 mai, la ministre des écoles, Lotta Edholm, a annoncé la mise en place, avant l'été, d'une commission d'enquête chargée de faire des propositions pour lutter contre les « notes du bonheur ». Mais pour le syndicat, seule une réforme de l'organisation du système scolaire et de son financement pourra résoudre le problème.

23 mai 2023 (FAZ)

[Historiker gegen DDR-Verklärung: Ich bin nun mal diktaturgeschädigt \(faz.net\)](#)

DDR-HISTORIKER KOWALCZUK:

„Ich bin nun mal diktaturgeschädigt“

VON [STEFAN LOCKE](#)

-AKTUALISIERT AM 23.05.2023-06:18



Wie erinnern wir uns an die DDR, und wer bestimmt das? Der Historiker Ilko-Sascha Kowalczuk, 1967 im Osten geboren, wehrt sich gegen Verklärung, spricht über die verfälschende Wirkung von Filmen und seinen Konflikt mit Rammstein.

Herr Kowalczuk, Sie haben neulich den Rammstein-Frontmann Till Lindemann und den Band-Keyboarder Christian „Flake“ Lorenz, „Honk“ und „Vollhonk“ genannt. Dabei ging es nicht um Musik, sondern um die DDR. Was hat Sie so getriggert?

Lindemann behauptet, in der DDR wäre alles so viel solidarischer gewesen, heute herrschten nur Egoismus und Individualismus. Da kann ich nur sagen: Wenn er das Solidaritätsgefühl vermisst, dann soll er doch solidarischer sein. Aber offenbar muss der Staat Till Lindemann sagen, dass er solidarischer sein soll. Das halte ich für absurd, noch dazu von einem Millionär und Immobilienbesitzer. Er könnte ganz leicht abgeben und in seinen Häusern Bedürftige zum Selbstkostenpreis wohnen lassen. Diese Erzählungen vom angeblich so großen Zusammenhalt in der DDR! In Wahrheit war es doch eher krampfzig: Man hat sich mit den unmöglichsten Leuten gut gestellt, um nicht aufzufallen und weil sie Beziehungen hatten, also etwas besorgen konnten, das es sonst nicht ohne Weiteres gab.

Flake Lorenz schreibt, dass er stolz auf seine DDR-Herkunft ist, wo sich Versorgungsengpässe durch Tricks und Freundschaften meistern ließen.

Ich kann nicht nachvollziehen, wie man darauf stolz ist oder daraus heute Zufriedenheit ziehen kann, dass man in einem Mangelsystem leben musste – und damit meine ich nicht nur materiellen Mangel, sondern vor allem auch den eklatanten geistigen, bürgerlichen und intellektuellen Mangel. Natürlich waren es Glücksmomente im Alltag, wenn es einem gelang, an Autoersatzteile, Fliesen oder verbotene Bücher zu kommen. Aber wie man daraus heute eine heile Welt der Diktatur formulieren kann und sich erinnert, dass alles nicht so schlecht war, ist mir unerklärlich.

Sie sind 1967 in Berlin geboren. Wie haben Sie die DDR erlebt?

Ich war kein Widerständler, aber ich komme aus einem Jugendmilieu, das unangepasst war und Dinge hinterfragt hat. Als Kind bin ich sehr regimegläubig erzogen worden. Meine Mutter war Lehrerin, mein Vater Ingenieur und SED-Mitglied. Als Zwölfjähriger wollte ich noch NVA-Offizier werden. Mit 14, 15 Jahren habe ich mich umentschieden. Das war auch Protest und Widerspruch zu meinem Vater. Aber er und der Staat verstanden da keinen Spaß, als ich meine Zusage widerrief. Ich wurde immer kritischer und mutierte am Ende in deren Augen zum Staatsfeind. So wurde aus meinem Nein zur Offizierslaufbahn auch ein Nein zu diesem Staat.



Der ehemalige Palast der Republik in Berlin vor der Kugel des Fernsehturms :Bild: Picture Alliance

Wie sah Ihr Leben aus als Jugendlicher in den Achtzigerjahren?

Ich hatte einen großen Freundeskreis, christliche junge Leute, Künstler, die verbotene Literatur lasen, wir haben viel diskutiert, das hat mich sehr geprägt. Solche Milieus gab es überall in der DDR, sie funktionierten fernab offizieller Strukturen. Ich war Pförtner, ein anderer hat Essen ausgefahren, es gab Friedhofswächter, freischaffende Musiker. Wir haben nichts so stark abgelehnt wie den Nachbarn, der sich angepasst und immer seine Klappe gehalten hat. Ich verurteile deshalb niemanden; Anpassung ist in Ordnung, wenn man überleben will, wenn man Verantwortung hat für Kinder und Familie, die man nicht gefährden will. Aber mit jedem Jahr, das die DDR weiter zurückliegt, wird das immer mehr vergessen und löst sich in so einem Wohlgefallen auf. Wenn Flake so einen Quatsch 1988 in der Punkszene erzählt hätte, hätten ihn alle ausgelacht.

Sich an vermeintlich positive Aspekte einer Diktatur zu erinnern, das gibt es auch in anderem Zusammenhang. Woher kommt dieses Phänomen?

Wir alle wollen unsere eigene Biographie rechtfertigen. Also versuchen wir, unseren Leben im Rückblick innere Stringenz zu geben. Meist ist es eine ältere Generation, die Bilanz zieht. Man empfindet Rechtfertigungsdruck, zudem sind Erinnerungen an die Jugend fast immer schön, egal in welchem System man aufwächst. Aber wenn ich in einem System lebe, das ich nicht als Diktatur wahrnehme – und so war es bei den meisten in der DDR –, bedarf es kritischer Reflexionskraft, um im Nachhinein zu sagen: Warum habe ich das alles nicht bemerkt? Die meisten Menschen neigen dazu, ihre damalige Wahrnehmung als historische Wahrheit in die Gegenwart zu transportieren und von dort aus zurückzublicken: Es war nicht alles schlecht. Das kennen wir auch aus Landser-Erzählungen. Da wird gelacht, worüber auch immer.

Warum ist das nicht nur nachvollziehbar, sondern auch bedenklich?

Was immer unterschätzt wird, ist die ständige ideologische Indoktrination, die natürlich Folgen hat, und zwar bis heute. Die Parolen gingen eben nicht nur zum einen Ohr rein und zum anderen raus. Es bleibt wahnsinnig viel hängen. Will man das verhindern, muss man sich aktiv wehren und damit auseinandersetzen. Der übermächtige Staat DDR hat die Mentalität und das Denken der Leute beeinflusst. Sie waren am Telefon vorsichtig, sie haben überlegt, was sie wo sagen können, haben in Schulen und Betrieben mit gespaltener Zunge gesprochen. Das wird heute alles vergessen oder umgeleitet in Widerstand, Widerstehen. Das ist absurd!

Ist der – geschönte – Rückblick nicht auch Abwehr gegen ein einseitig auf Unrechtsstaat und Stasi fokussiertes DDR-Bild, so wie im aktuellen Buch der Historikerin Katja Hoyer?

Diese Autorin scheint weder den Forschungsstand zur DDR noch die Wissenschaftler, die sich damit beschäftigen, zu kennen. Aber sie formuliert den Anspruch, eine komplette Geschichte der DDR verfasst zu haben. Sie hat dazu ungefähr acht Bücher und zwölf Internetquellen gelesen sowie 18 Leute befragt und dann das Label „bahnbrechend“ darüberschrieben. Das ist schon ein unfassbares Selbstbewusstsein.



„Obwohl ich erst 23 Jahre alt war, als die DDR unterging, habe ich extrem darunter gelitten, dass ich nicht sagen und lesen durfte, was ich wollte, oder dafür sanktioniert wurde“ - der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk :Bild: Andreas Pein

Aber ihr Buch bedient offensichtlich ein Bedürfnis.

Es taugt nichts, weil es Alltag und Diktatur getrennt voneinander betrachtet. Die Autorin verharmlost nicht das politische System – das kann man ihr nicht vorwerfen –, aber sie entkoppelt es komplett von Gesellschaft und Alltag. Als ob das nichts miteinander zu tun hätte! Von **SED** über Mauer bis politische Indoktrination fehlt praktisch alles, was ihren Erzählfluss vom kuscheligen Leben stören würde. Dieses Buch ist aus wissenschaftlicher Sicht unmöglich. Gleichwohl bedient es eine Lücke. Wir haben es bisher alle in der Öffentlichkeit nicht geschafft, Gesellschaftsbilder über die DDR tragfähig zu machen, in denen sich viele Menschen wiederfinden. Die meisten fühlen sich ausgeschlossen von historischen Debatten über die DDR. Das ist ein Problem und die Begründung, warum diese populistischen Bücher so einen Erfolg haben.

Katja Hoyer reklamiert nun genau das für sich: Ihr Buch zeige, wie es im Osten wirklich war.

Das Problem in diesem Buch ist, dass die Autorin vom Einzelfall aufs Ganze schließt: Bei ihr wird Vati, Frank, der überzeugter NVA-Offizier war, zu einem Widerspruchsgeist. Das ist höchst unwahrscheinlich, kann dennoch möglich sein, ist aber trotzdem irrelevant. Wenn ich in einem Sachbuch solche Geschichten bringe, dann ist damit der Anspruch verbunden, etwas Allgemeingültiges zu sagen, sonst wäre es eine Biographie. Aber genau das macht sie. Jedes Beispiel für sich mag stimmen, aber im Gesamtkonzert fehlt die Diktatur. Dieses Buch ist auch eine eklatante Klatsche für den Schulunterricht und die gesamte politische Bildung. Man kann natürlich die Geschichte von Frank erzählen, aber dann muss man mindestens noch die von Lutz und auch die von Dirk dagegensetzen. Erst dann entsteht doch ein komplexes, realitätsnahes, diverses Bild. Aber in dem Buch wird die ganze Zeit nur von diesen Franks geredet.

Viele Ostdeutsche scheinen dennoch das Gefühl zu haben: Jetzt reden wir endlich mal über uns.

Die härtesten Auseinandersetzungen um Ostdeutschland und die DDR-Geschichte gab es immer im Osten. Nur hat der Westen das nicht mitbekommen, geschweige denn reflektiert. In den Neunzigern war vielen klar, dass der DDR-Alltag diktaturgeprägt war, es gab Gesprächsbereitschaft. Das änderte sich, als

neue Enttäuschungen wie Hartz IV oder die Finanzkrise kamen und die Leute auf einmal sagten: Der Westen ist ja gar nicht so goldig, wie er sich gibt.



Berlin, im Jahr 2007: Im Hintergrund die Demontage des Palast der Republik, im Vordergrund das Ampelmännchen :Bild: Picture Alliance

Ist ein positives DDR-Bild heute auch eine Abwehr gegen den Westen?

Der Westen hat die Revolution von 1989 als seinen Sieg missverstanden und -interpretiert, und er konnte fortan nicht aufhören zu siegen. Dazu kommt, dass der Transformationsschock nie aufhörte. Anfangs war klar, dass Westler im Osten Leitungsposten übernehmen müssen, weil sie das System kennen. Aber dann ging es immer so weiter. Das war eine permanente Demütigung. Ständig und überall erklärten Westdeutsche, wie Ostler ihre Vergangenheit sehen müssten, wie die Welt aussieht und wie sie zu sehen sei. Das war eine vielfache Überwölbung, in der es auch radikale DDR-Kritiker aus dem Osten schwer, sehr schwer hatten.

Welche Rolle spielen dabei die Medien?

Die großen Medien haben diese Themen lange nicht ernst genommen. Es gab keine kontinuierliche Berichterstattung, schon gar keine sachliche. Und sie haben Leute aus dem Osten, die dazu etwas zu sagen haben, nicht zu Wort kommen lassen, auch weil sie die vermutlich nicht mal kannten. Ein Problem war auch, dass Zeitungen im Osten in den Neunzigerjahren fast genauso aussahen wie die Ostpresse in den Achtzigerjahren. Nur die Besitzer hatten sich verändert und ein paar Inhalte. Die großen Qualitätsmedien haben sich gar nicht darum geschert, im Osten Fuß zu fassen, weil das ja geheißen hätte, dass sie sich auch thematisch darauf einstellen müssten. Da wurden ein paar Alibi-Ossis eingekauft, das war's. Die Zeitungskioske waren zwar bunt, aber was dort verkauft wurde, hatte mit dem Leben der Ostdeutschen nicht viel zu tun. Da muss man sich nicht wundern, dass sich der Osten ausgeschlossen fühlte.

Braucht man eigentlich Abstand, um Geschichte beurteilen zu können?

Ich habe 2009 „Endspiel“ über die Revolution von 1989 geschrieben. Das Buch hat natürlich auch viel mit mir zu tun. Aber jede historische Betrachtung ist letztlich eine Betrachtung aus der Gegenwart. Ich habe nicht die Fragen von 1990 an das Jahr 1989, sondern die von heute.

Sie sind ein eifriger Twitterer und werfen sich dort lustvoll in historische Debatten. Haben Sie das Gefühl, korrigierend eingreifen zu müssen?

Twitter ist für mich ein Experimentierfeld. Damit habe ich vor zwei Jahren mal angefangen, um in einer überschaubaren Blase ein paar Gedanken zu diskutieren und zu gucken, wie die Leute reagieren. Durch die sozialen Medien kriegen kleine Dinge eine große Wucht. So landeten meine Sätze zu [Rammstein](#) im „Rolling Stone“. Aber ich bin nun mal diktaturgeschädigt, deshalb will ich Nostalgie entgegentreten.

Obwohl ich erst 23 Jahre alt war, als die DDR unterging, habe ich extrem darunter gelitten, dass ich nicht sagen und lesen durfte, was ich wollte, oder dafür sanktioniert wurde. Ich habe mir Freiheit und Demokratie immer so vorgestellt, dass jeder alles sagen darf, ohne Beleidigungen, Rassismus, faschistische Verherrlichung. Und ich habe seit 1990 nichts anderes gemacht, als mich einzumischen. Weil ich glaube, dass Freiheit darin besteht, dass ich mich in meine Angelegenheiten einmische. Twitter und Facebook sind für mich zusätzliche Möglichkeiten. Ich bewerte das nicht über.



2007: der Rückbau des Palastes der Republik, im Vordergrund das Marx-Engels-Forum :Bild: Picture Alliance

Sie sind auch Berater für Spielfilme und Serien mit DDR-Bezug. Wie zufrieden sind Sie mit dem dort vermittelten Bild?

Ich mache das seit 1998, war an Stoffentwicklungen beteiligt, habe Drehbücher durchgearbeitet, werde befragt bis hin zu historischen Details für Kostüme. Natürlich ist das immer mit Kompromissen verbunden, denn es geht ja nicht um Dokus, sondern um Fiktion. Das muss man im Kopf haben und sich fragen, ob die Darstellung noch einigermaßen realistisch ist. Spielfilme haben diesbezüglich eine enorme Wirkung. Dass „Das Leben der Anderen“ in weiten Teilen der Welt wie ein Dokumentarfilm angenommen wird, zeigt, wie viel man damit falsch machen kann. Es ist ein toller Film, keine Frage, klasse Schauspieler, gute Story, ganz starke Szenen, wie es sich für einen Märchenfilm gehört. Nur muss man eben wissen, dass es ein Märchenfilm ist. Am Ende ist der Stasi-Typ verantwortlich für den Tod der Frau des Schriftstellers, und der widmet diesem dann auch noch sein Buch. Da kann ich nur sagen: Nein, das ist absolut unhistorisch.

Welche Filme oder Serien würden Sie diesbezüglich empfehlen?

Sehr positiv war die Zusammenarbeit bei „Weißensee“. Das hat mir großen Spaß gemacht, und die Serie ist wirklich gut gelungen, sie hat viele Ebenen, zeigt realitätsnah die Konflikte. Als mich Jan Josef Liefers für einen Film über Honeckers Zeit in Lobetal um Mitarbeit bat . . .

Über Pfarrer Holmer, der die obdachlosen Honeckers Anfang 1990 für zwei Monate aufnahm . . .

Ja, da war ich erst skeptisch. Aber dann war ich zeitig eingebunden bei der Entwicklung des Drehbuchs, das wirklich sehr gut war. Die Personen sind sehr gut getroffen und filmisch umgesetzt. Wie Barbara Schnitzler die Margot Honecker spielt! Warum bekommt so was keine Preise? Oder auch „Barbara“ von Christian Petzold, da habe ich nicht mitgearbeitet, aber das ist einer meiner Lieblingsfilme. Bei diesen Beispielen würde ich sagen: Schaut euch das an, da könnt ihr viel über die Zeit und ihre Akteure lernen. Es ist emotional, unterhaltsam, immer noch Fiktion, aber weit spannender als jedes Buch eines Historikers.

Kann man aus der Geschichte lernen?

Historiker nehmen sich Ausschnitte aus der Vergangenheit, konstruieren daraus Geschichte und hoffen, dass sich so über Quellen rational nachvollziehbar erklären lässt, wie wir wurden, was wir sind. Noch vor 40, 50 Jahren war es eine Selbstverständlichkeit, dass Politiker exzellente Kenner der Geschichte waren. Strauß, Brandt, Schmidt, auch Kohl haben unentwegt historisch argumentiert. Die hatten Geschichte verinnerlicht. Das gibt's nicht mehr, das ist mit der Schröder-Fischer-Generation weg gewesen, und zwar weltweit. Und die Grundprobleme der Menschheit sind immer geblieben. Wir haben Hunger, Kriege, Ungerechtigkeit, Unfreiheit. Und da bin ich eher skeptisch, ob wir überhaupt nur bereit sind, aus der Geschichte zu lernen.

Zur Person

Geboren 1967 in Ostberlin.

Machte eine Ausbildung zum Baufacharbeiter und studierte von 1990 an Geschichte in Berlin und Potsdam.

Mit „Endspiel“ (2009) und „Die Übernahme“ (2019) veröffentlichte er Standardwerke zur friedlichen Revolution in der DDR und der Wiedervereinigung; Kowalczyk gilt als einer der renommiertesten Historiker zur DDR-Geschichte und Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Er ist verheiratet, Vater von vier Kindern und lebt in Berlin und Bayreuth.

23 mai 2023 (FAZ)

[Berlin: Wegner will härter gegen Clans und Klimaaktivisten vorgehen \(faz.net\)](#)

BERLINS BÜRGERMEISTER WEGNER:

„Ich möchte das Deutsch sprechen, das ich in der Schule gelernt habe“

AKTUALISIERT AM 21.05.2023-12:43



Berlins neuer Bürgermeister Wegner hat der Verwendung der Gendersprache durch die Verwaltung den Kampf angesagt. Auch gegen Clankriminalität und Klimaaktivisten will er härter vorgehen.

Berlins neuer Regierender Bürgermeister [Kai Wegner](#) (CDU) sieht die Bekämpfung der Clankriminalität als eine der wichtigsten Aufgaben seiner Regierung. „Wir haben in Berlin über Jahrzehnte die Entwicklung der Clans weitgehend teilnahmslos verfolgt“, sagte Wegner der „Bild am Sonntag“. Er sei „nicht länger bereit, das hinzunehmen.“

Wegner kündigte in dem Interview außerdem ein härteres Vorgehen gegen Klimakleber an. Gegen diese wolle er beschleunigte Verfahren einführen, „damit wir hier zu schnellen Urteilen kommen“, sagte er der Zeitung. Bei Blockadeaktionen sollten Staatsanwälte vor Ort sein. „Das ermöglicht eine schnelle Beweisaufnahme, und das Urteil kann der Tat auf dem Fuße folgen.“

Zudem lasse er juristisch prüfen, ob Klimakleber verursachte Schäden selbst bezahlen müssten. Wegner kündigte an, die „einseitige Politik gegen die Autofahrer“ zu beenden.

Außerdem will er die Hauptstadt sauberer machen. „Wir werden mehr Mülleimer installieren und mehr Personal zum Säubern zur Verfügung stellen“, sagte er der Zeitung. Es sei „nicht akzeptabel, wenn Menschen Angst haben, im Park in Spritzen zu treten oder von Dealern angemacht zu werden.“

Auch die Verwendung gendergerechter Sprache in der Verwaltung will er beenden. Der CDU-Politiker begründete das Vorhaben damit, dass die Sprache in der Verwaltung verständlich sein müsse. Jeder kann privat sprechen, wie er möchte. „Aber ich möchte gern das Deutsch sprechen, das ich in der Schule gelernt habe und das alle verstehen“, sagte Wegner. Er verwies auf Zuwanderer, denen nahegelegt werde, die deutsche Sprache zu lernen. Die Behörden sollten es den Menschen nicht unnötig schwer machen, sagte Wegner.

Auf der offiziellen Website der Stadt Berlin ist derzeit unter der Rubrik „Geschlechtergerechte Sprache“ ein Hinweis zu lesen, wonach Anpassungen am Internetauftritt erfolgen, „um den aktuellen Senatsumbildungen gerecht zu werden“. Nach einem RBB-Bericht wurde auf der Website bislang dafür geworben, „sich von alten Sprech- und Denkgewohnheiten zu verabschieden“. Grundlage war ein Verwaltungslaufplan aus dem Jahr 2012.

23 mai 2023 (FAZ)

[Hitze in Asien: Der Klimaanlage-Teufelskreis \(faz.net\)](#)

HITZE IN ASIEN:

Der Klimaanlage-Teufelskreis

VON [CHRISTOPH HEIN](#), BANGKOK

-AKTUALISIERT AM 20.05.2023-12:00



Etwas Abkühlung: Motorradfahrer in Bangkok warten im Schatten auf grünes Licht der Ampel. Bild: Bloomberg

Nie war es so heiß in Asien wie heute. Menschen, Natur und die Produktivität leiden. **Die Mittelschicht aber will eine Milliarde zusätzlicher Klimaanlagen – und macht so alles noch schlimmer.**

In der Einkaufsmeile Siamyarn Mitrtown im Zentrum Bangkoks haben sie eine komfortable Lösung gefunden: Die Foodtrucks, die Küchenwagen, die sonst entlang der Straße parken, stehen nun im klimatisierten Atrium des Kaufhauses. So können die Menschen ihre Dim-Sum-Klößchen, Pizza oder Satay-Spieße essen, ohne dass ihnen in Gluthitze und Dunst der Appetit vergeht.

39 Grad werden mittags in Bangkok gemessen, mit 37 Grad meldet Singapur die höchste Temperatur seit 40 Jahren, Vietnam leidet unter bis zu 44 Grad, Malaysia prüft den Notstand wegen der Hitze, Bauarbeiter bekommen Eiswasser, Soldaten Wasserduschen, um nicht zu kollabieren. Die Menschen in den Tropen können mit hohen Temperaturen umgehen. Diese Hitzewelle aber bringt sie und ihre Infrastruktur an ihre Grenzen.

Auswege sind kaum zu finden. Beispiel Vietnam: Die Regierung versucht, der Hitze mit dem rollierenden Abschalten von Strom zu begegnen. **Denn die Temperaturen führen zu erhöhtem Strombedarf, allein schon, weil Klimaanlagen und Ventilatoren rund um die Uhr laufen müssen.** Nicht nur in Indien wird in solchen Zeiten in den Fabriken nachts oder an Wochenenden geschuftet, wenn der Strombedarf insgesamt geringer ist.

Mehr als eine Milliarde zusätzliche Klimaanlagen

Und doch entstehen gleich mehrere Teufelskreise: Denn die Elektrizität wird in Asien vor allem durch die rasch wachsende Zahl von Kohlekraftwerken erzeugt – und deren Betrieb erhöht den Ausstoß von Treibhausgas noch weiter. Hinzu kommt das Wirtschaftswachstum um die 5 Prozent in der indo-pazifischen Region. Angesichts der Temperaturen rüstet die neue Mittelschicht nun schneller denn je von Ventilatoren auf Klimaanlagen um. **Die Agentur Bloomberg rechnet damit, dass durch die Nachfrage in China, Südostasien und Indien bis 2029 mehr als eine Milliarde zusätzlicher Klimaanlagen verkauft würden.**

Die aber treiben durch ihren Stromverbrauch nicht nur die Temperatur, sondern belasten auch die Umwelt mit giftigen Kühlmitteln. Ökonomen wissen, dass Menschen ab einer Kaufkraft von rund 10000 Dollar jährlich in heißen Ländern dazu neigen, ihre erste Klimaanlage zu kaufen. **80 Prozent der 1,4**

Milliarden Inder haben derzeit noch keine Anlage. Doch wird die Kaufkraft (PPP) der Inder in diesem Jahr nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) erstmals die 9000 Dollar nach oben durchbrechen.

Letzter Ausweg: Rationierung von Strom

Angesichts des rasch zunehmenden Bedarfs an Strom durch Industrialisierung und steigenden Wohlstand **bleibt bis zur Erfindung verbrauchsärmerer Geräte und dem Nutzen nachhaltiger Energiequellen nur die Rationierung von Strom. Die aber kommt die Wirtschaft teuer zu stehen.** Im März wurde im chinesischen Yunnan der Verbrauch limitiert, was beispielsweise die dortige Aluminiumindustrie traf. **Von der laotischen Hauptstadt Vientiane ist in diesen Tagen der Mekong nur noch als schmaler silberner Streifen in der Ferne auszumachen: Im breiten Flussbett wuchert Unkraut, stehen ein paar Marktstände. Denn China braucht das Wasser des Oberlaufs des Stroms für seine Kraftwerke. Und die Schneeschmelze im Himalaja fällt immer geringer aus. So folgen der Hitze Dürren.**

Damit leidet die Agrarproduktion von Gummi bis zu Erdnüssen. Will die Bevölkerung versorgt werden, steigen die Importrechnungen, die in der Regel in Dollar bewertet werden. Zugleich erhöhen sich die Kosten im Gesundheitssystem. **Währenddessen aber steigt die Produktivität immer langsamer: In den Fabriken Indiens soll sie um rund 2 Prozent für jedes Grad Celsius höhere Innentemperatur nachgeben.**

El Niño droht

So sehr die Menschen in Asien schon jetzt unter der Hitze leiden, die Lage dürfte noch schlimmer werden. Denn ab dem Sommer droht das gefürchtete Wetterphänomen El Niño. Aufgrund veränderter Luft- und Meeresströmungen kommt es dann international zu besonders schlimmen Dürren, Überschwemmungen, Feuern und anderen Wetterkatastrophen. Die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten der gefürchteten Wetterlage in diesem Jahr haben amerikanische Wissenschaftler auf 90 Prozent angehoben.

Die Forscher Christopher Callahan und Justin Mankin warnen zugleich vor einer „dauerhaften Veränderung der Wachstumsgeschwindigkeit“ durch El Niño, denn dessen langfristige Folgen in Afrika und rund um den Pazifik würden immer noch dramatisch unterschätzt: Die El-Niño-Periode 1997/98 habe die Wirtschaftsleistung der Welt um 5,7 Billionen Dollar geschmälert, diejenige 1982/83 habe die Welt 4,1 Billionen Dollar gekostet.

Nun aber droht der heißeste El Niño aller Zeiten. Die nächsten fünf Jahre würden die wärmsten seit Menschengedenken, warnten die Vereinten Nationen (UN) am Mittwoch. „In den nächsten Monaten dürfte sich ein warmer El Niño aufbauen und auf den von Menschen erzeugten Klimawandel treffen, um die Temperaturen in unbekannte Höhen zu treiben“, sagte Petteri Taalas, der finnische Generalsekretär der World Meteorological Organisation (WMO) der UN.

23 mai 2023 (FAZ)

[Warum die Bonität der USA bleibt, wie sie ist \(faz.net\)](https://www.faz.net)

TROTZ SCHULDENKRISE:

Warum die Bonität der USA bleibt, wie sie ist

VON MORITZ KRAEMER

-AKTUALISIERT AM 23.05.2023-10:16



Der Sprecher des Repräsentantenhauses, der Republikaner Kevin McCarthy, steht im Zentrum des amerikanischen Haushaltsstreites. Bild: AP

Die Lage in Washington spitzt sich zu. Im Januar erreichte die Verschuldung der dortigen Bundesregierung die gesetzliche Obergrenze. Und dennoch bleibt das Rating der Vereinigten Staaten unangetastet. Warum eigentlich?

Die Lage in Washington spitzt sich zu. Im Januar erreichte die Verschuldung der dortigen Bundesregierung die gesetzliche Obergrenze. Seither schmelzen die Bankguthaben der Regierung ab, um weiterhin laufende Zahlungen tätigen zu können. **Der „Tag X“ rückt in bedrohliche Nähe. Das ist das Datum, an dem die USA mit ihren über 30 Billionen Dollar Staatsschulden auch nach Ausschöpfung aller außerordentlichen Maßnahmen zahlungsunfähig werden.** Das könnte bereits im Juni eintreten.

Dass die Schuldengrenze vom Kongress regelmäßig angehoben werden muss, ist eigentlich gut eingeübte Routine. Meist geht das auch völlig geräuschlos über die Bühne. Aber nicht dieses Mal. Die Bitte der Regierung um die Erhöhung der Schuldengrenze wurde vom Fraktionsführer der neuen, hauchdünnen republikanischen Mehrheit, Kevin McCarthy, abschlägig beschieden. Stattdessen hat er vom Repräsentantenhaus einen Gesetzesentwurf verabschieden lassen, der die Erhöhung der Schuldengrenze an massive Ausgabereduktionen koppelt. Unter anderem wird gefordert, einen maßgeblichen Teil von Präsident Bidens Agenda ersatzlos einzustampfen. Dieses Gesetzesvorhaben wird im Senat mit seiner demokratischen Mehrheit keine Chance auf Erfolg haben.

Andererseits können die Demokraten nicht darauf hoffen, eine Handvoll moderater Republikaner im Repräsentantenhaus dazu zu bringen, einem demokratischen Gesetzesentwurf zur Erhöhung des Schuldendeckels zuzustimmen. Damit wäre die Kuh vom Eis. Aber so leicht ist es auch nicht: Als Sprecher des Hauses hat McCarthy die Kontrolle darüber, was überhaupt zur Abstimmung kommt. Und im Januar wurde er erst im 15. Versuch in das Amt gewählt, als er radikalen Kräften unter den Republikanern versprach, bei der Schuldenbremse kein Jota nachzugeben.

Politisches „Hasenfußrennen“

Die Fronten sind verhärtet. Wer sich zuerst bewegt, verliert. Die Szenerie erinnert an den James-Dean-Klassiker „Denn sie wissen nicht, was sie tun“: Zwei junge Männer rasen mit gestohlenen Autos auf eine Klippe zu. Wer zuerst aus dem Fahrzeug springt, hat verloren, ist der Feigling. Wer den Film nicht kennt: Es endet nicht gut. Heute stehen sich die verfeindeten Lager in einem politischen „Hasenfußrennen“ gegenüber. Auch hier könnte es böse ausgehen.

In einer ähnlichen Episode im Sommer 2011 wurde ein Kompromiss erst gefunden, als der Default bereits in Greifweite war. Aber damals war das Misstrauen oder gar Hass zwischen den Parteien nicht annähernd so groß wie heute. Und kein Donald Trump saß dem damaligen Speaker John Boehner im Nacken. Außerdem hat McCarthy aufgrund seiner Mehrheit von gerade mal fünf Stimmen keine nennenswerte politische Beinfreiheit. Ein Weg zu einem politischen Kompromiss ist nicht erkennbar. **Die Wahrscheinlichkeit einer politisch verschuldeten Zahlungsunfähigkeit im Sommer liegt höher denn je.**

Eine wichtige Kapitalmarktinstitution zur Prognose von Defaults sind Ratingagenturen. Im Verlauf der 2011er-Episode senkte die weltgrößte Ratingagentur S&P den Daumen und stufte die USA zum allerersten – und bisher einzigen – Mal herab. Hauptgrund war der dysfunktionale politische Prozess. Schon Monate zuvor wurde durch einen negativen Ausblick das Herabstufungsrisiko klar kommuniziert,

Keine Herabstufung in Sicht

Und heute, wo das Defaultrisiko größer ist denn je? „Kein Anschluss unter dieser Nummer!“, könnte es heißen, wenn man die Ratingagenturen zum Risiko eines Zahlungsausfalls anruft. **Praktisch alle großen Agenturen haben einen „stabilen Ausblick“ auf das US-Rating und beteuern damit, dass man ein Downgrade als Möglichkeit nicht einmal in Betracht zieht. Und mit der genannten Ausnahme von S&P liegen deren Ratings sogar bei „AAA“, dem absoluten Gipfel der Kreditwürdigkeit.** „Allein die größte europäische Ratingagentur Scope prüft eine Herabstufung der US-Bonität („AA‘), während die großen amerikanischen Agenturen samt und sonders die Füße stillhalten.“

Apropos: Bei S&P würde das US-Rating nach der angewandten Methodologie aufgrund der sich seit 2011 kontinuierlich verschlechternden fiskalischen Lage eigentlich noch eine Stufe tiefer liegen müssen. **Um ein abermaliges Downgrade zu verhindern, traf S&P im März 2021 eine wahrlich bemerkenswerte Entscheidung: Die Einstufung der Qualität des politischen Prozesses wurde wieder auf die bestmögliche Stufe angehoben. Wenige Wochen nach dem Sturm aufs Kapitol! Die Methodik erlaubte einfach keine andere Möglichkeit mehr, ein Downgrade zu verhindern! Fitch Ratings hob vergangenen Sommer sogar den Ausblick auf stabil von negativ an.**

Der Zorn Washingtons

All das legt den Schluss nahe, dass die Agenturen im US-Schlamassel nicht ins Fadenkreuz der Politik geraten möchten. **Dass sich S&P nach dem Downgrade 2011 mit einer Milliardenklage des US-Justizministeriums herumschlagen musste, ist sicher auch nicht in Vergessenheit geraten,** auch wenn der Vorwurf vordergründig ein anderer gewesen war.

Die Agenturen mögen sich denken, dass es letzten Endes nicht weniger peinlich sei, wenn die USA ausgehend von einem „AA“-Rating zahlungsunfähig wird als von der Bestnote „AAA“. **Aber durch eine proaktive Herabstufung würde man womöglich zwischen die verhärteten politischen Fronten geraten und sich den Zorn Washingtons zuziehen. Das Wegschauen der Agenturen kommt einem Abdanken gleich. Durch Arbeitsverweigerung der Agenturen wird Investoren suggeriert, dass sie sich wegen eines US-Defaults keine Sorgen zu machen brauchen. Das könnte sich rächen. Nicht nur für Anlegerinnen und Anleger, sondern auch für die Glaubwürdigkeit der Ratingindustrie selbst.**

Der Autor ist Chefvolkswirt der LBBW.

23 mai 2023 (NYT)

[Opinion | Why Ukraine Needs Those F-16s - The New York Times \(nytimes.com\)](#)

OPINION

DAVID FRENCH

Why Ukraine Needs Those F-16s

May 21, 2023



KYIV, Ukraine — **On Friday morning, local time, I received news of one of the best American decisions of the war: The White House would no longer block its European allies from supplying Ukraine with American-made F-16 fighters**, a move that should greatly enhance Ukrainian military capabilities without significantly increasing the risk of unacceptable escalation in its conflict with Russia. (The decision still needs to be [approved](#) by some congressional leaders.)

The move came after a [diplomatic blitz](#) from Ukraine's president, Volodymyr Zelensky, before this weekend's Group of 7 summit in Hiroshima, Japan. European leaders had [signaled a willingness](#) to supply F-16s from their own stocks and train Ukrainian pilots in their use. But until now, the Biden administration had nixed the idea. The reversal is a major, and welcome, policy change.

Readers of my [Thursday newsletter](#) know that I spent the past week in Kyiv, and I can attest to the relentlessness of Ukrainian arguments for advanced fighters. I met with Ukrainian leaders across the full spectrum of government, including the defense minister, the foreign minister and ministers and other officials involved in law enforcement and economic reconstruction. **I had never seen as consistent, disciplined messaging as I experienced here, all of it centered on a single, specific idea: Ukraine needs advanced Western fighters. Specifically, they were asking for American-made F-16s.**

The high point came when I met with Oleksandr Kubrakov, the minister for communities, territories and infrastructure development, and even an infrastructure minister began the meeting by handing out a printed argument for supplying F-16s to Ukraine. I expected (and received) that argument from the defense minister, Oleksii Reznikov; I did not expect it from Kubrakov.

To an extent, they were preaching to the choir. I came to Ukraine already believing that Kyiv needed advanced fighters, but I was unsure whether it needed F-16s specifically. After all, European militaries also feature hundreds of European-designed and -manufactured generation 4.5 fighter aircraft. To understand the critical importance of Ukraine's request — and the rightness of the Biden administration's decision — **some basic background is necessary.**

The jet fighter age is described in [generations](#), which are categories of aircraft defined by their capabilities. There's some disagreement as to how to classify different aircraft, but as a general matter, **the first three generations, running from the debut of jet fighters to the middle of the Cold War, are completely obsolete and are not part of the debate. Fourth-generation planes, like early models of the F-15 and F-16 and the Russian MIG-29 and Su-27, were the best planes of the Cold War** and are still in service in most modern militaries, including Russia's and Ukraine's.

The apex of current fighter technology is fifth-generation stealth fighters, which include the American F-22 Raptor and F-35 Lightning II and Russia's Su-57. Generation 4.5 is sandwiched between generations four and five: The fighters aren't stealthy, but they have vastly upgraded avionics compared with fourth-generation fighters, and they can deploy more highly advanced armaments.

Generation 4.5 fighters include [upgraded models of the American F-15, F-16 and F-18](#), as well as the Eurofighter Typhoon, Sweden's Saab JAS-39 Gripen and France's Dassault Rafale. Crucially, the list also includes the Russian Su-30, Su-34 and Su-35. **Russia has [hundreds](#) of generation 4.5 fighters. Ukraine has none. Instead it has [a few dozen](#) Soviet-era fourth-generation fighters.**

And therein lies the problem. Don't be deceived by 2022's top-grossing movie, "Top Gun: Maverick," in which (spoiler alert) Maverick, played by Tom Cruise, pilots a decades-old [fourth-generation F-14 Tomcat](#) to victory over a number of [enemy fifth-generation fighters](#). In the real world, the generation gap would have been decisive.

According to Reznikov, the defense minister, **Russia's Su-35 (to take a key example) can hit targets at a range more than five times as great as Ukraine's MIG-29 can.** Moreover, such 4.5-generation fighters can carry a much greater array of advanced missiles than can Ukraine's older fighters. This means that Ukrainian planes have a more limited capacity to provide air defense within the country and no ability to create air superiority at or near the zero line, the very edge of the battlefield, Reznikov said.

What does this mean as a practical matter? While I have [firsthand knowledge](#) that **Western-supplied ground-to-air missiles (most notably, American Patriot missiles) can be remarkably effective against even Russian hypersonic missiles, at best, they can defend only small, confined areas of Ukraine. Vast areas of the front and most of Ukraine's civilians and civilian infrastructure remain unacceptably vulnerable to Russian air attack.**

Not only can F-16s fly the length and breadth of Ukraine to offer enhanced air defense; they also have a much greater capacity to strike Russian forces directly at the front and miles beyond.

This capacity is proving even more important because multiple Ukrainian officials emphasized to me that Russian jamming has rendered the missiles fired by the vaunted American **HIMARS** system far less effective. **(This is how war sometimes evolves: A tactic or technology works until the opponent develops a successful response, at which point a new innovation is required.)** More-advanced fighters can also engage Russian planes that are using a successful tactic called [glide bombing](#), in which they bomb Ukraine from positions outside the range of most Ukrainian anti-aircraft missiles.

So why the need for American-made F-16s and not European-designed generation 4.5 fighters? The defense minister said that overall there may simply be too few of the latter to offer without dangerously depleting the fighter stocks of European allies. **By contrast, not only are thousands of F-16s in service across American and allied militaries; many of those aircraft are being replaced by more advanced planes. Thus they are both numerous and available to Ukraine without degrading NATO capabilities.**

Finally, it's important to address **the possibility of escalation. The F-16 — especially in the modest numbers under discussion — does not present a substantial threat to Russia itself. It presents a substantial threat only to the Russian invasion.** It is not a true deep-strike aircraft, like the B-1 Lancer bomber or even the F-15E Strike Eagle. **It is a weapon that Ukraine can deploy in a defensive capacity and that can strike relatively close behind the front line. It is exactly what Ukraine needs.**

It is fair to argue about the timing of the Biden administration's decision to release European F-16s. **It's a decision that could have been made earlier. Moreover, the administration is still allowing Ukraine to receive only F-16s belonging to European allies, not our own planes. But despite that shortcoming, which needs to be remedied soon, the fundamental reality is that allowing Ukraine any F-16s is the right decision.** It's the decision one makes when transitioning from a long-term strategy of simply keeping Ukraine alive toward a strategy of driving Russia from occupied Ukraine and — critically — deterring renewed Russian aggression after this war.

Perhaps the best short argument in support of the Biden administration's decision was summed up by the former Ukrainian defense minister Andriy Zagorodnyuk. **He told me to “ask a NATO general how to win this war without aviation.”** Providing Ukraine with advanced fighters not only makes its task easier; it's a sign the Biden administration is ready to turn the page from helping Ukraine simply avoid defeat. **Now we are starting to help Ukraine achieve victory — and maintain the peace we pray is soon to come.**

David French is a New York Times Opinion columnist. He is a lawyer, writer and veteran of Operation Iraqi Freedom. He is a former constitutional litigator, and his most recent book is “Divided We Fall: America's Secession Threat and How to Restore Our Nation.” [@DavidAFrench](#)

23 mai 2023 (WSJ)

[How Peaceful Sweden Became Europe's Gun-Murder Capital - WSJ](#)

How Peaceful Sweden Became Europe's Gun-Murder Capital

Scandinavia's answer to Pablo Escobar orchestrates much of the growing violence from Turkey



A suburb of Stockholm, where gun crime has surged recently.

By [Sune Engel Rasmussen](#)

| Photographs by Ake Ericson for The Wall Street Journal

May 22, 2023 8:00 am ET

STOCKHOLM—One evening in early March, Swedish police asked the country's version of "America's Most Wanted" to broadcast photos of two young men wanted for a shooting on a rival drug gang in Uppsala, north of Stockholm.

Three hours later, unknown gunmen knocked on the door of Serdar Sarihan, the father of one of the suspects. They shot him dead while his wife and their other children were upstairs.

The killing, which Swedish authorities say they believe was a revenge shooting, opened a new chapter of brutality in a wave of gang violence that has turned Sweden, usually known as [a peaceful welfare state](#), into a gun-homicide hot spot in Europe.

Turf wars for control of the drug trade, driven by an influx of guns, personal vendettas and a pool of available youths, many from marginalized migrant communities, have resulted in a gun-homicide rate approximately 2½ times the European average, according to the Swedish National Council for Crime Prevention.

With 62 people shot dead last year, up from 45 in 2021, Sweden's overall homicide rate is about one-sixth of the U.S.'s. But in a European context, it is extraordinary. Stockholm's gun-murder rate was roughly 30 times higher per capita than London's.

Perpetrators are becoming younger, and are also resorting to increasingly violent tactics such as throwing hand grenades and placing bombs, injuring a growing number of bystanders, including children.

The most notorious gang leader fueling the violence is 36-year-old Rawa Majid, better known as the Kurdish Fox, according to Swedish police and Diamant Salihu, author of two books on Sweden's organized-crime gangs.



Shown in a photograph obtained from Swedish court documents, Rawa Majid, also known as the Kurdish Fox, is directing much of the violence in Sweden from Turkey. PHOTO: THE SWEDISH NATIONAL COURT ADMINISTRATION

“Rawa Majid is an entrepreneurial gang leader with ambitions to become a Scandinavian [Pablo Escobar](#),” Salihu said. Swedish police say they believe Majid’s men were behind the killing of Sarihan.

Now running his drug operation from Turkey, beyond the reach of prosecutors, Majid came to Sweden as a newborn in 1986 after his parents had fled Iraqi Kurdistan, where his mother had fought Saddam Hussein’s rule as part of the left-wing Kurdish Peshmerga militia. He later acquired Swedish citizenship.

As a young man, he spent a lot of time with cousins who had started down a criminal path. He received his first, three-month, prison sentence in 2006 at the age of 20. Two other sentences followed, the most recent in 2015, after police found stashes of stolen alcohol, drugs and jewelry in his home.

By the time Majid was released in 2018, he had become known as the Fox. His first name, Rawa, resembles the Swedish word for the animal: räva. His cousin greeted his freedom with a present: a gold chain with a fox charm.

A lawyer for Majid didn’t respond to requests for comment.

The scale of the violence that accompanied the growing gang warfare has shocked many Swedes. The wife of one gang member was shot dead in the street while holding her newborn child in her arms. In January, a restaurant in a trendy neighborhood in central Stockholm was struck by a bomb blast.

Stockholm residents say they worry that their children could be lured into crime.

“I have a son who is 13. It’s easy for him to get tempted,” said one resident of Alby, a southern suburb of the capital. A police helicopter circled above two nearby apartment blocks cordoned off by police after a stabbing an hour earlier. “I grew up here. I always felt safe. Now I am afraid to go outside after 8 p.m.,” she said.

Swedish police appeared to catch a break in 2020, when a Europe-wide investigation infiltrated an encrypted phone network used by criminal gangs called EncroChat. It led to hundreds of arrests. But it also unleashed a war over territory vacated by jailed gang leaders.

Majid exploited the situation, expanding his trafficking network in Sweden and abroad, aided partly by informants in the police force, the EncroChat files showed, before fleeing when one of his couriers was arrested.

He traveled first to Iraqi Kurdistan, where his parents are from, then surfaced in Turkey in early 2022. He told Salihu, the author, that he had obtained Turkish citizenship through his investments there, something that requires a minimum of \$400,000.

From there, according to encrypted messages obtained by the Swedish prosecutor, Majid discussed with associates in Sweden how to kill a rival gang member. They suggested using handguns, Kalashnikovs and a rocket-propelled grenade launcher. Loyalists back home invoked his name to instill fear. A popular young rapper named 5iftyy has posed on Instagram with hundred-dollar bills spelling the word “fox,” and pointing a gun at the camera in front of an entourage whose faces are hidden by fox emojis.



The Stockholm suburb of Alby has been a focal point of the violence.



Residents of Alby have grown increasingly concerned about crime in the area.

Majid continues to be “very active” in ordering violence and running his narcotics business at home, according to Jacob van Rooij, head of the task force in Stockholm’s police that for three years has investigated his activities.

Sweden’s extradition requests, meanwhile, have been rebuffed.

Turkey and Sweden have been at loggerheads since Ankara [blocked Stockholm’s bid to join the North Atlantic Treaty Organization](#) following Russia’s invasion of Ukraine, accusing Sweden of [sheltering Kurdish militants](#) and telling Stockholm it doesn’t extradite Turkish citizens.

Sweden has raised Majid’s case in negotiations with Ankara to show that Turkey is also reluctant to extradite certain individuals, according to a senior Swedish official who has been present at the talks.

But for now, Majid is safe from prosecution as the violence continues to spiral, dominating the national conversation.

Because most shootings in Sweden take place among individuals from migrant backgrounds, they have fueled a surge of right-wing populism. In the 2022 election, the Sweden Democrats, a party that has roots in Nazism and blames Sweden’s liberal migration policies for the violence, [gained more than 20% of the votes](#) to become the country’s second-largest. Today it rejects Nazism and white nationalism on its platform.

The new center-right government has promised to tighten migration policies, double sentences for offenses committed in “gang environments,” widen the use of electronic surveillance and expel more criminals who aren’t Swedish citizens.

“Compared internationally, we have had a much laxer criminal law. And we have now lost control over the situation,” said Daniel Bergström, an adviser to the Swedish minister of justice.

Experts, however, say there is no simple explanation for the violence.



A cemetery outside Stockholm where many gang members are buried.



Ömer Sarihan visits his son’s grave every day.

Nikoi Djane, a former gang member turned criminologist, said authorities had failed to help refugees integrate into society, instead segregating them from society in housing estates with few job opportunities or treatment for conditions like post-traumatic stress disorder.

“The perpetrators have a responsibility, but they are also victims of their circumstances,” Djane said.

Manne Gerell, an associate professor at Malmö University with expertise in organized crime, said the problem was caused by poor integration and exacerbated by years of insufficient response from authorities, police and politicians.

Today, an estimated 75% to 80% of deadly shootings remain unsolved, and the low risk of getting caught has prompted a growing number of youths to kill for bounties issued by gang leaders, said Salihu, the crime expert.

In March this year, police said Majid’s men went to the home of Serdar Sarihan after his son Adem became involved in a rival gang, his identity revealed on the television crime show. Sarihan was shot in his doorway, once in the stomach and once in the back.

Adem's grandfather, Ömer, a civil engineer who came to Sweden from Turkey in 1979, worked for years as a taxi driver before joining Serdar's real-estate company in Alby. He thinks his son was killed to intimidate Adem and his gang.

"We worked our entire lives. My son had a good life here," the elder Sarihan said. "What's happening in Sweden now is not just a conflict between gangs," he said. "It's terrorism."

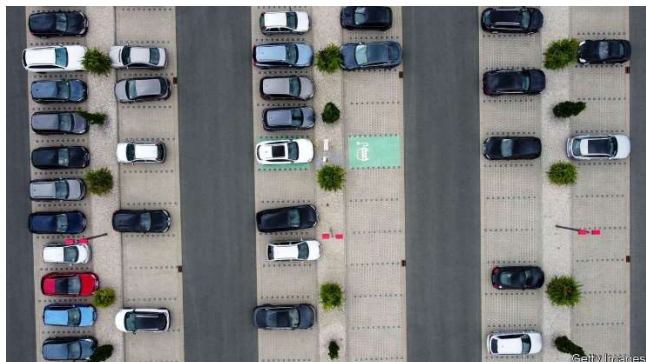
23 mai 2023 (The Economist)

[Electric cars could be crucial for the EU to meet its climate goals \(economist.com\)](https://www.economist.com)

“Fit for 55”

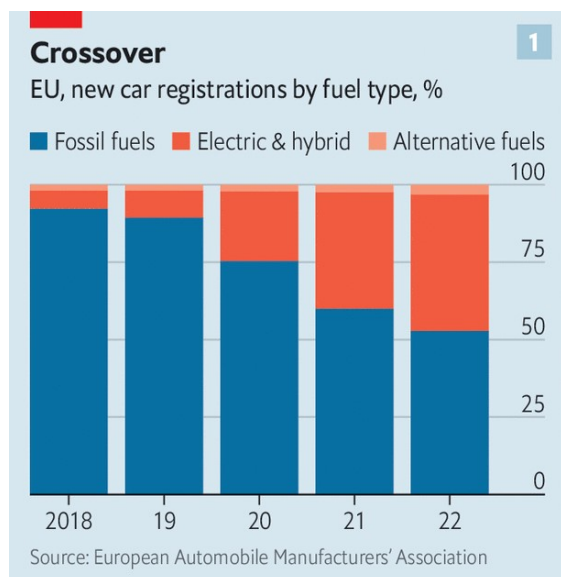
Electric cars could be crucial for the EU to meet its climate goals

But only if the charging infrastructure is ramped up much faster



May 22nd 2023 | BERLIN

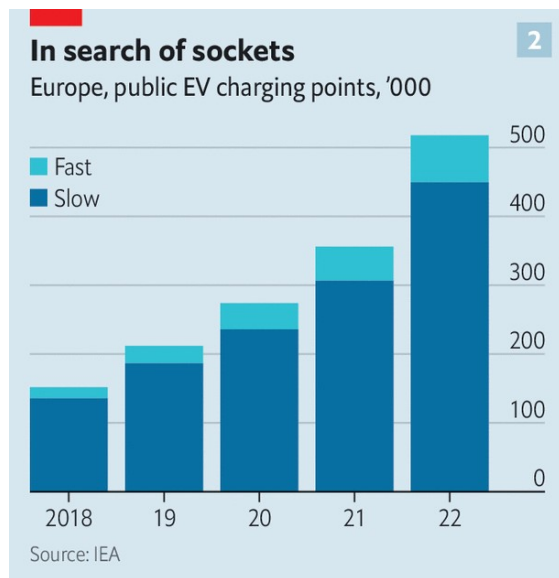
On the last weekend of April the Berlin showroom of nio, a Chinese maker of electric vehicles (evs), was a happy place. On the first floor a family was celebrating a child’s birthday party. On the ground floor car enthusiasts inspected an suv, a saloon and a racing car on display. The price tags were high (around €50,000, or \$54,000, for the passenger car and almost €75,000 for the suv; the racing car was not for sale) but they seemed considerably lower than those of German rivals such as Mercedes or bmw—until one read the fine print. The battery is not included. It must be bought for €12,000 or €21,000 (depending on capacity) or rented.



The Economist

For many Europeans an ev is still unaffordable (an average petrol-powered passenger car sells for around €28,000), but sales of evs [keep growing rapidly](#). Fully battery-powered cars accounted for 12.1% of cars registered in the European Union (eu) last year, compared with 9.1% for evs in 2021 and just 1.9% in 2019, according to the European Automobile Manufacturers' Association (acea). A wider category, alternatively powered vehicles (apvs), which lumps together pure electric and plug-in and non-plug-in hybrids, made up more than a half of the eu car market during the last quarter of 2022, with over 1.3m registered in total. It was the first time that apvs surpassed purely hydrocarbon-powered cars.

“The eu is the global front-runner in the adoption of evs,” stated a report last November by McKinsey, a consultant. The union’s member states are themselves responsible for more than a quarter of the world’s ev production, and are big importers too. **Forward-thinking carmakers and early-adopting consumers could create a world-leading ev ecosystem, which could generate new jobs and speed up progress towards climate goals—or so McKinsey enthuses.**



The Economist

The biggest stumbling block to an electric-car future, though, is the charging infrastructure, which is not keeping pace with vehicle sales. According to acea, **between 2016 and 2022 sales of electric cars grew almost three times faster than the number of charging-points.** For electric vehicles to play their full part in the eu’s ambitious climate goal of carbon neutrality by 2050, **the eu will need to increase the number of public charging-points from around 300,000 to at least 3.4m and up to 6.8m by 2030,** says another McKinsey report. **That is a tall order.** Up to 14,000 public charging-points need to be installed per week until 2030, says acea. The number is currently just 2,000 per week.

The eu will also need to ensure that chargers are more evenly distributed, to harmonise payment systems, and to provide many more fast-charging points for lorries. At the moment half of all eu charging-points are in the Netherlands (90,000) and Germany (60,000). A big country like Romania, which is six times larger than the Netherlands, only has 0.4% of all the eu’s charging-points.

The imbalance in the charging infrastructure reflects the cost of evs. Electric cars have a much higher market share in northern and western European countries, where average post-tax incomes are €32,000 a year, than in southern and eastern Europe where the average is less than half that. Yet owing to lower global prices of lithium and other materials needed for battery production, as well as government subsidies, the economies of scale of rapidly-increasing production, and stiff competition, especially from Chinese producers, **prices for evs are falling faster than some forecast. “By 2025 or ‘26 most carmakers will be able to build petrol-powered cars and evs for the same price,” predicts Daniel Röska of Bernstein Research.** At the moment it costs about €3,500 less to build a petrol-powered Golf, a popular Volkswagen model, than an equivalent-sized ev.

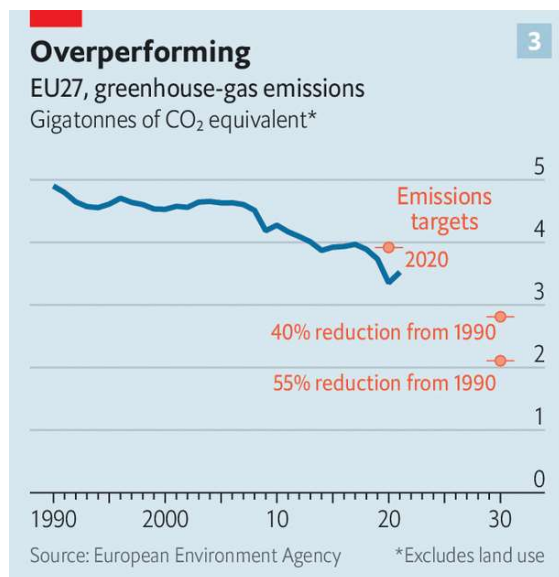
The charging infrastructure is likely to remain a sticking point for longer. In March the European Commission announced a new law aimed at appeasing worries about gaps. It sets targets for electric-recharging and hydrogen-refuelling, such as a requirement that for each battery-powered car in an eu member state, a power output of at least 1.3 kilowatt (kw) must be provided by a publicly accessible charger. And for every 60km along the trans-European road network, a fast recharging station with a total of at least 150kw of capacity should be installed from 2025 onwards.

This is not nearly enough, says the European carmakers’ lobby. **“Already today, a lack of charging and refuelling stations is severely hampering the market uptake of zero-emission vehicles,”** comments Sigrid

de Vries, acea's director general. She predicts that "a significant infrastructure gap" will continue to limit the transition of Europe's car industry. **In response, carmakers started building their own charging networks a while ago, led by Tesla. In January Mercedes announced it will put in place some 10,000 chargers worldwide by the end of the decade.**

The bigger picture

"Fit for 55", a climate package with 13 proposals presented by the European Commission in July 2021, increased the ambition for the fight against greenhouse gas (ghg) emissions to **a reduction of emissions by 55%** (compared with levels in 1990) by 2030 from the original 40% reduction proposed back in 2011. **Transport is one of the keys to success. It accounts for 22% of the eu's total emissions. Within that, 70% comes from road transport; road and transport is the only sector where emissions have steadily risen since 1990. (The eu has reduced its overall carbon footprint by 30% since 1990, mainly by burning less coal to generate power.)** In a progress report in October the commission said the eu was "on track to deliver on its climate ambition" but that "swift action" was required to meet the 2030 goals as well as the 2050 net-zero ambition. That was why the "Fit for 55" proposals were put forward. These proposals are still working their way through the union's lawmaking process.



The Economist

"Fit for 55" sounds like a low-impact yoga class for the middle-aged, but its suite of plans could make Europe the world's climate-policy leader, assuming that they are followed through on. They include a ban on the sale of new internal-combustion engines (ice) by 2035, and new rules that increase the targets for emission reductions by 2030 for sectors covered by Europe's Emissions Trading System. The ets is a cap-and-trade scheme in which permits to emit carbon are allocated to aviation, energy-intensive industries and power generators, and can then be traded between them. The proposals also add transport and domestic heating to the ets scheme. Moreover, new levies at the eu's borders for carbon-intensive imports, such as industrial materials, are part of the proposals, as well as the establishment of a "social climate fund" that will be used to help vulnerable households and small firms cope with the price hikes of bringing heating and transport into the ets.

At the end of April eu ministers approved five central laws of the "Fit for 55" package, including the carbon border adjustment mechanism and the social climate fund. Whether the eu will manage to meet its ambitious climate goals will now depend on member states' willingness to deliver on the plans and to abstain from watering down any legislation that does not sit well with their voters, says Elisabetta Cornago of the Centre for European Reform in Brussels. Germany's recent last-minute attempts to block the ban of new ice powered cars from 2035 does not augur well. Germany insisted on allowing new ice cars after 2035, so long as they are fuelled with carbon-neutral e-fuels, such as ethanol. Critics fear this will open the door to cheating.

Likewise, Italy's right-wing government is now pushing back against the eu's plans to improve the insulation and energy efficiency of public and residential buildings. Buildings account for roughly 40% of the eu's energy consumption and 36% of its carbon emissions. Yet Italy's housing stock is older and more dilapidated than that of many other countries, so meeting the targets will require extensive and costly renovations. Italy's construction association says that some 2m buildings will need renovation in the next ten years at the eye-watering cost of €40-60bn a year if it is to meet the eu's green homes plans. Italy's government also backed Germany in its last-minute reversal on the end of the ice and criticises the proposal to slash industrial emissions.

“Fit for 55” is entirely on track, that is, the main laws have literally just been voted and now need to be implemented,” says a Brussels official. Transport is in better shape than other sectors in terms of progress to net-zero ghg emissions. But **eight more laws of the “Fit for 55” package still need to be approved. If they all pass, the eu could stake a strong claim to be considered the world leader in the fight against climate change.**

23 mai 2023 (Atlantico)

[Immigration : la France paie chèrement le prix de ses revirements politiques et tergiversations idéologiques | Atlantico.fr](#)

TERGIVERSATIONS

Immigration : la France paie chèrement le prix de ses revirements politiques et tergiversations idéologiques

La Fondation pour l'innovation politique vient de publier « Immigration : comment font les États européens ». Une analyse comparative des politiques nationales d'immigration en Europe qui est révélatrice de la forte singularité française en la matière.

[Victor Delage](#)



Jamais la France n'a délivré autant de titres de séjour et accueilli autant de demandeurs d'asile qu'en 2022

Atlantico : Le maire de Saint-Brévin-les-Pins a démissionné après des pressions de groupuscules d'extrême droite face à sa volonté d'ouvrir un centre d'accueil pour migrants. Dans le même temps, le gouvernement ne semble pas savoir sur quel pied danser pour sa future loi immigration et les annonces contradictoires se succèdent. Est-ce symptomatique de la manière dont est abordée et débattue la question de l'immigration en France ?

Victor Delage : Les actions perpétrées à l'encontre de Yannick Morez vont bien au-delà de pressions, il s'agit d'une agression criminelle. Deux de ses véhicules ont été incendiés – le feu touchant également une partie de son domicile – à la suite de vives tensions relatives à l'implantation d'un centre d'accueil pour demandeurs d'asile, à proximité d'une école dans la commune de Saint-Brévin-les-Pins. Cet acte intolérable et impardonnable témoigne de l'extrême agressivité ambiante qui vise nombre de nos élus.

Pour revenir plus spécifiquement à la manière dont la question de l'immigration est abordée dans notre pays, il paraît indispensable que les acteurs politiques s'en emparent collectivement et en débattent de manière sereine et apaisée. Il en va de notre cohésion sociale. Rappelons que l'immigration constitue l'une des principales préoccupations des Français et que les données d'opinion attestent de l'existence d'un consensus en faveur d'une politique restrictive et intégratrice. Comme le développe le politologue Dominique Reynié, nos gouvernants, de gauche comme de droite, privilégient le plus souvent sur cet enjeu majeur l'approche humanitaire, au détriment du réalisme d'État. Ils se concentrent donc essentiellement sur l'accueil des nouveaux arrivants sans prendre en compte ses conséquences, notamment sur la population du pays d'accueil, et les intérêts qui leur sont propres. La gauche s'est ralliée à la thèse de « l'accueil inconditionnel » tandis que la droite n'arrive plus à défendre la

communauté nationale et son style de vie. Tout cela doit être mis en résonance avec la dislocation des partis traditionnels et la montée en puissance du lepénisme.

Les trois leaders de la droite, Éric Ciotti, Olivier Marleix et Bruno Retailleau, ont dévoilé dans les colonnes du JDD le contenu des deux textes de loi qu'ils déposeront cette semaine sur l'immigration. Que faut-il penser des mesures annoncées ? Quels sont les principaux enseignements de ce projet des Républicains sur l'immigration ? Ces mesures répondent-elles efficacement aux défis auxquels la France est confrontée en matière d'immigration ?

Il était impératif pour Les Républicains d'afficher un positionnement clair et à l'unisson sur l'enjeu migratoire, plus encore après leurs récentes divisions internes affichées. Leur premier texte de loi propose un big bang constitutionnel, qui s'inspire en partie de propositions défendues par Michel Barnier et Valérie Pécresse, à l'occasion de la dernière primaire présidentielle de la droite. Parmi les deux mesures clés, l'élargissement du champ de l'article 11 de la Constitution – limité aux seules questions portant sur l'organisation des pouvoirs publics, aux réformes économiques, sociales ou environnementales, ou à la ratification des traités – et la dérogation à la primauté des traités et du droit européen avec une loi organique si « les intérêts fondamentaux de la nation sont en cause ». Pour plusieurs raisons aussi bien juridiques que techniques, ce projet de révision constitutionnelle paraît difficilement réalisable sans prôner une sortie de l'Union. Les spécialistes du droit nous en diront certainement plus dans les prochains jours.

Le second texte de loi propose un florilège de mesures plus atteignables, bon nombre étant déjà appliquées par plusieurs de nos voisins européens, comme en faisait état notre récente étude Immigration : comment font les États européens. Comme les Finlandais, Les Républicains veulent rendre obligatoire le test osseux et créer une « présomption de majorité » pour ceux qui refuseraient de s'y soustraire afin de lutter contre le phénomène des mineurs isolés. Les LR souhaitent également priver les clandestins de quasiment tout droit aux prestations sociales, à l'image de ce que font les Allemands et les Italiens – à l'exception des mineurs et des femmes enceintes. Par ailleurs, le vote annuel par le Parlement de quotas d'immigration est une vieille idée de droite bien que jamais appliquée pendant le quinquennat Sarkozy.

Reste à voir la manière dont Les Républicains vont porter et défendre ces deux textes de loi au Parlement. Leur légitimité aux yeux de leurs potentiels électeurs et leur pérennité politique en dépendent grandement. À noter que le député LR Aurélien Pradié, voix dissidente du groupe sur la séquence des retraites, a déjà proposé des mesures différentes sur l'immigration et s'est dit en faveur de l'organisation d'un Référendum d'initiative partagée.

La Fondation pour l'innovation politique vient de publier « Immigration : comment font les États européens ». Qu'est-ce qui, en bien ou en mal, fait la spécificité française ?

Cette analyse comparative des politiques nationales d'immigration en Europe est révélatrice de la singularité française en la matière. Nous sommes à la fois ouverts et permissifs en matière d'immigration et d'asile – jamais notre pays n'a délivré autant de titres de séjour et accueilli autant de demandeurs d'asile qu'en 2022 – sans véritable politique d'intégration. En France, les étrangers qui suivent des formations linguistiques et civiques ne sont soumis à aucun examen final, quand l'Autriche, l'Allemagne et le Danemark ont établi des tests de niveau obligatoires dont la réussite conditionne l'obtention d'une nouvelle carte de séjour.

Notre spécificité tient également à la générosité de notre politique d'accueil, extrêmement attractive. Initiée par la loi Reseda, adoptée en 1998 sous l'impulsion de Jean-Pierre Chevènement, alors ministre de l'Intérieur, notre cadre législatif favorise une « migration pour soins », en raison de la qualité des services proposés et de conditions observables nulle part ailleurs. L'étranger malade obtient un titre de séjour pour soins dès lors qu'il ne peut y accéder dans son pays. Le critère n'est pas l'existence, dans le pays d'origine, d'une offre de soins appropriée à la pathologie mais la possibilité pour la personne d'accéder à ces soins. À titre d'exemple, le coût d'une dialyse, d'environ 80 000 euros par an et par patient, est pris en charge à 100 % par l'Assurance Maladie en France.

Toujours en matière de santé, l'aide médicale d'État (AME) offre la possibilité à tout étranger résidant sur le sol français de manière irrégulière depuis au moins trois mois d'être soigné sans frais. En 2022, l'AME comptait 398 480 bénéficiaires, pour un coût de 1,079 milliard d'euros. Par rapport à 2018, cela représente une augmentation de 25 % du nombre de bénéficiaires (318 106 bénéficiaires en 2018) et de 17 % du coût de l'AME (965 millions en 2018). Un rapport des Inspections générales sur l'Aide médicale d'État de 2019 alertait sur l'« atypie » suspecte de l'augmentation de la consommation de soins chez les étrangers en situation irrégulière, « fragilisant l'acceptabilité du dispositif et mettant en tension le système de santé ». Là encore, la France se démarque des pays européens, où en dehors de l'aide d'urgence, un sans-papier ne peut prétendre à la gratuité des soins.

On a le sentiment que malgré la volonté politique des discours français sur l'immigration, le résultat n'y est pas. La France est-elle la seule dans ce cas ?

La loi Darmanin sera le trentième texte de loi sur l'immigration depuis 1980. Cette avalanche législative témoigne de l'incapacité de nos gouvernants à définir un cap précis alors même que la pression migratoire s'accroît. Les revirements politiques et les tergiversations idéologiques n'ont eu cesse d'alourdir nos dispositifs juridiques et administratifs. Selon Didier Leschi, le directeur général de l'Office français de l'immigration et de l'intégration (OFII), il existe plus de cent cinquante motifs de titres de séjour alors qu'il serait possible de ramener ce nombre à quatre : le travail, les études, l'asile et l'immigration familiale.

Il est encore plus frappant de voir que la France n'a pas de vision stratégique en matière d'immigration quand on la compare à ses voisins européens. Prenons le cas allemand. Le pays fait face à un vieillissement démographique accru depuis la réunification en 1991. Le besoin de main-d'œuvre est pressant. Une réforme vise à attirer 400 000 travailleurs immigrés par an. Cependant l'immigration est choisie, l'intégration est exigeante : seuls les « meilleurs » – les individus qualifiés, ayant une expérience professionnelle – pourront obtenir un permis de séjour. Autre exemple, la politique d'immigration danoise. Malgré les changements de majorité, le pays déploie depuis une vingtaine d'années une même stratégie, avec une réduction drastique des flux migratoires, un programme d'intégration exigeant et l'accès à la nationalité rendu difficile. Du point de vue danois, la politique migratoire est une condition de la pérennité de l'État providence. Il s'agit de le préserver en limitant les recours aux aides jugés excessifs ou injustifiés au motif qu'ils dilapident les ressources du pays et sapent le consensus politique en propageant la suspicion.

Dans quelle mesure y-a-t-il une forme d'État profond contribuant à rendre inopérante nos politiques d'immigration ?

La sémantique de l'« État profond » est douteuse et elle ne peut être utilisée qu'avec de grandes précautions, la formule évoquant plus ou moins explicitement le jeu de forces obscures. Les milieux conspirationnistes, friands du « On nous cache tout, on ne nous dit rien », font du « Deep State » une pièce centrale de leur théorie. Lorsqu'Emmanuel Macron parle d'État profond en marge du G7 d'août 2019, c'est pour pointer du doigt les contractions des objectifs et de l'agenda de l'appareil d'État avec ses choix stratégiques. Sur la question de l'immigration, l'usage du terme « État profond » est périlleux. En effet, cela reviendrait à l'hypothèse selon laquelle l'impuissance publique en matière d'immigration serait intentionnelle et planifiée.

Toutefois, force est de constater que les services d'État n'ont pas défini de cadre stratégique à la hauteur d'un tel enjeu. Entre juridictions administratives proches de l'embolie, procédures inefficaces, lourdeurs administratives, taux de réalisation des obligations de quitter le territoire parmi les plus faibles d'Europe – en moyenne, sur la période 2015-2021 la France a réalisé 12 % de ses OQT, contre 43 % pour l'Union européenne et 60 % pour l'Allemagne –, l'action étatique est à la peine. Finalement, les responsables politiques comme le personnel administratif sont loin de répondre aux préoccupations des électeurs, y compris de gauche. Selon les données de l'étude Mutations politiques et majorité de gouvernement dans une France à droite, réalisée par la Fondation pour l'innovation politique, 63 % des électeurs pensent que « la plupart des immigrés ne partagent pas les valeurs de notre pays et cela pose des problèmes de cohabitation ». Cette opinion est majoritaire chez les électeurs de Nathalie Arthaud au premier tour de la présidentielle de 2022 (55 %), d'Emmanuel Macron (57 %), de Fabien Roussel (62 %), de Nicolas Dupont-Aignan (69 %), de Valérie Pécresse (80 %), de Marine Le Pen (91 %) et d'Éric Zemmour (97 %). Cette opinion est minoritaire mais reste élevée chez les électeurs de Yannick Jadot (48 %) et de Jean-Luc Mélenchon (42 %).

Quelles leçons tirer des autres pays sur la manière de corriger notre défaut de politique d'immigration ?

Le « carcan » jurisprudentiel européen a souvent bon dos dès lors qu'il s'agit de pointer les difficultés que nous éprouvons à maîtriser les flux migratoires. Les politiques d'immigration de nos voisins européens montrent pourtant que beaucoup peut être fait et reste à faire à l'échelle nationale. Les modalités d'action pour le gouvernement sont plurielles. Sur l'intégration, la mise en place d'un examen final obligatoire sur le niveau de langue pourrait conditionner l'obtention d'un nouveau permis de séjour. C'est le cas en Autriche, en Allemagne et au Danemark. Sur la naturalisation, la durée de résidence en France pour obtenir la nationalité s'élève à 5 ans. Nous pourrions la fixer à 9 ans, ce qui nous placerait à un niveau similaire à celui de l'Allemagne (8 ans), du Danemark (9 ans), et des pays qui exigent 10 ans, tels que l'Autriche, l'Espagne, l'Italie, la Lituanie, la Pologne ou la Slovénie. Le regroupement familial pourrait être rendu possible seulement si le ménage est autosuffisant, c'est-à-dire s'il n'a pas besoin des aides d'État, à l'image de ce qui se fait en Allemagne, en Autriche ou encore en Finlande.

23 mai 2023 (Contrepoints)

[L'importance de la garantie des droits dans un État de droit - Contrepoints](#)

L'importance de la garantie des droits dans un État de droit

[Raphaël Roger](#)

Malgré la déclaration de nouveaux droits, la garantie effective des droits fondamentaux reste un défi central, avec une diminution de leur effectivité dans les régimes illibéraux et libéraux



image générée par ia

Publié le 23 mai 2023

Il y a plus de cinquante ans, le philosophe du droit italien, maître du courant analytique, Norberto Bobbio, déclarait :

« Le problème des droits et libertés n'est sans doute plus tant aujourd'hui de les fonder et de les énoncer mais plutôt de les protéger ».

Cinquante ans après, cette assertion est toujours valable. Non que la déclaration de nouveaux droits n'est pas importante mais le problème central reste celui de leur garantie car dans le domaine des droits et libertés, « l'écart entre l'existence de la norme et l'effectivité de son application est le plus grand ».

Dès lors et pour reprendre la juste formule de Véronique Champeil-Desplats :

« Les mécanismes juridiques ayant vocation à assurer la concrétisation des droits et libertés sont ainsi constamment mis à l'épreuve de l'état du monde dans lequel ils sont institués ».

Ce second article poursuit le premier en ce qu'il vise plus particulièrement la garantie des droits fondamentaux. Le premier article n'était au fond qu'une illustration de cette garantie. Il s'agira dans ce second article d'interroger les garanties relatives aux droits fondamentaux.

On ne peut nier aujourd'hui que les droits et libertés fondamentaux ont partout reculés.

Que ce soit dans les régimes illibéraux ou dans les régimes dits « libéraux », le domaine des droits et libertés s'est restreint dans son effectivité. **Paradoxalement, l'ère est à la revendication de nouveaux droits. Mais au lieu de revendiquer de nouveaux droits, ne faudrait-il pas s'assurer que les anciens droits font déjà l'objet d'une protection suffisante ?** Les questions de l'énonciation et de la garantie des droits fondamentaux ne sont pas exclusives l'une de l'autre, elles se complètent par ailleurs. Mais c'est bien la seconde question, celle de la garantie effective qui doit nous interroger. **À quoi bon énoncer de nouveaux droits si on ne peut garantir de manière effective ces droits fondamentaux ?**

Comme a pu le montrer de manière très juste Véronique Champeil-Desplats, les mécanismes de garantie des droits fondamentaux ont eu trois phases au cours de l'Histoire des droits fondamentaux que l'on verra brièvement.

Dans un premier temps, c'est l'option mécaniste de la séparation des pouvoirs qui fut choisie, marquant ainsi le début du constitutionnalisme. On estimait, suivant – assez faussement – les assertions de Montesquieu, qu'en séparant les pouvoirs, on allait arrêter le pouvoir en évitant sa concentration dans les mains d'un seul sous peine que tout soit perdu. L'enjeu était de limiter le pouvoir exécutif. Les pouvoirs législatifs, exécutifs et judiciaires furent ainsi séparés.

Les Constitutions de 1791 et 1795 exprimèrent, dans leur radicalité, cette idée d'une séparation stricte des pouvoirs. Le pouvoir judiciaire fut séparé entre autres, par la loi des 16 et 24 août 1790 interdisant au pouvoir judiciaire de connaître les litiges en lien avec l'administration. Paradoxalement, cette séparation conduira à une confusion des pouvoirs avec l'option de l'administrateur-juge pour juger les litiges administratifs.

Ce premier modèle n'a cependant pas permis d'assurer une garantie efficace des droits fondamentaux.

Dans un second temps, c'est le modèle légicentriste qui domina. Marqué par la « souveraineté parlementaire » (R. Carré de Malberg), la loi, à la fois expression de la volonté générale et issue d'une assemblée élue démocratiquement, ne pouvait mal faire. Dès lors, c'est notamment sous la Troisième République que les grandes lois relatives aux libertés publiques furent adoptées (loi de 1881 ; 1901 ; 1905 ; etc). Enfin, à la suite du second conflit mondial, il apparaissait évident que la loi pouvait mal faire, qu'elle pouvait être liberticide et qu'elle n'était pas l'expression de la volonté générale mais d'une majorité parlementaire qui, fusionnant avec le gouvernement, tentait d'imposer son diktat à l'opposition parlementaire (B. Léoni).

Il devenait alors évident que les organes institutionnels gouvernantes (pouvoir législatif et exécutif) ne pouvaient constituer des garanties effectives pour les droits fondamentaux. Dès lors, la figure du juge va émerger, et notamment celle du juge constitutionnel. Enfin, la Constitution ne sera plus une simple norme d'organisation des pouvoirs axiologiquement neutre mais elle sera l'expression des valeurs fondatrices d'une Nation, d'une identité ethnoculturelle et deviendra une norme suprême garantie par un juge constitutionnel. Cette troisième période est celle du néo-constitutionnalisme qui exprime notamment une forte croyance dans la Constitution et une surinterprétation de cette dernière (R. Guastini).

Aujourd'hui donc, la garantie des droits fondamentaux passent principalement par les juges. Qu'ils soient conventionnels (Cour européenne des droits de l'Homme et Cour de justice de l'Union européenne), constitutionnels (Cours constitutionnelles, Cours suprêmes) ou « ordinaires » (juge administratif et juge judiciaire), les juges sont censés veiller à la garantie des droits fondamentaux. Si à côté de ces juges, d'autres acteurs agissent pour les rendre effectifs (ONG, pouvoirs publics, Ombudsman, etc.) il n'en demeure pas moins que la garantie effective par les juges doit interroger.

Le cas du Conseil d'État ne sera regardé. Il ne fut pas pensé comme un défenseur des libertés, même si par l'effet de la conventionnalisation de l'ordre juridique, il s'en soucie de plus en plus. Si l'on regarde le Conseil constitutionnel, depuis 1971 et sa décision « *Liberté d'association* », il est perçu et se définit comme un gardien des droits fondamentaux. La réalité de ce titre est ambivalente. Ce qui est indéniable, c'est qu'il a su, par son pouvoir d'interprétation, énoncer de nouveaux droits fondamentaux (dignité de la personne humaine ; liberté de la femme à avorter ; liberté d'entreprendre etc).

Mais ce qui est aussi indéniable c'est que l'effectivité des droits fondamentaux a diminué et leur garantie s'est affaiblie. La jurisprudence du Conseil constitutionnel¹ ne manque pas d'exemple. Si les décisions relatives aux états d'urgence, tant sécuritaires que sanitaires, sont topiques en ce sens qu'elles expriment une retenue immodérée en temps de crise, les décisions prises en temps normal sont aussi consternantes pour la protection des droits fondamentaux.

Si certaines dispositions ont pu être censurées, ce n'est pas à cause du fond (atteinte à la vie privée par exemple), mais simplement sur la forme (absence de garantie par exemple). Le fameux « [article 24](#) » de la loi Sécurité globale fut censurée une première fois, car il manquait des garanties. Mais ce même article fut remis dans la loi Responsabilité pénale et Sécurité intérieure et ne fut pas censuré. De même, dans sa décision n°2023-850 DC du 17 mai 2023 relative à la « *Loi relative aux jeux Olympiques et Paralympiques de 2024 et portant diverses autres dispositions* », mis à part quelques réserves (directive simple au considérant 14 et neutralisantes négatives au considérant 39), le Conseil constitutionnel ne trouve rien à dire sur l'utilisation de ce nouveau dispositif au prétexte que c'est temporaire. Un recul de nos droits fondamentaux se produit par l'aval du Conseil constitutionnel. Cela est assez paradoxal quand on sait que les Cours constitutionnelles furent instaurées après guerre pour éviter de tels reculs. Si la critique vise le Conseil constitutionnel, on peut aussi l'étendre au Tribunal constitutionnel espagnol ou à la Corte italienne, qui souffrent eux aussi de nombreuses critiques.

On en revient ainsi au problème soulevé dans cet article : à quoi bon énoncer de nouveaux droits si on ne parvient pas à les garantir ?

Le cas du droit à l'avortement peut ici être utile pour éclairer ce point. Le Conseil constitutionnel a, par sa jurisprudence, opéré une constitutionnalisation indirecte et implicite de la liberté de la femme à avorter, la faisant « découler » (fameux verbe connecteur) de l'article 2 de la Déclaration de 1789. Or, depuis [l'arrêt Dobbs de la Cour suprême étasunienne](#), certains députés français ont voulu constitutionnaliser explicitement et directement le droit à l'avortement en affirmant notamment que cela offrirait une meilleure protection.

Se pose alors la question de [la pertinence d'une telle constitutionnalisation](#) explicite et directe. Il est évident qu'il y a une méconnaissance d'un élément essentiel du constitutionnalisme moderne selon lequel le champ de la Constitution matérielle dépasse le cadre de la Constitution formelle. Autrement dit, le domaine de la Constitution dépasse le simple texte de la Constitution. Ainsi, ne pas évoquer la jurisprudence du Conseil constitutionnel revient à nier que, pour la plupart, les droits fondamentaux se trouvent en dehors du texte constitutionnel lui-même. Si l'on est conséquent et que l'on considère que le Conseil constitutionnel n'a pas constitutionnalisé la liberté de la femme à avorter, il faut aussi dénier à la dignité de la personne humaine, le droit au secret des correspondances, la liberté de mariage ou encore la liberté contractuelle, le statut de norme constitutionnelle.

Mais le problème central ne se situe pas ici mais au niveau de la garantie de ce droit à l'avortement. Que changerait une constitutionnalisation explicite et directe du droit à l'avortement en matière d'effectivité ? Le Conseil constitutionnel préserverait déjà les « garanties légales des exigences constitutionnelles » en ce qu'il censurerait toute violation (et non atteinte) de ce droit. Alors, que viendrait ajouter ce changement dans l'état du droit en matière de protection ? C'est là toute l'épineuse question. Cela se pose d'autant plus que les problèmes qui entourent l'avortement en France ne sont pas les mêmes qu'aux États-Unis.

Ainsi, si aux États-Unis, le droit à l'avortement porté au niveau fédéral reposait sur des bases argumentatives fragiles, ce n'est pas le cas en France. De plus, en France, l'accès à l'avortement est freiné par les problèmes de fournitures de pilules abortives ainsi que par la fermeture des centres IVG (153 en 15 ans). Est-ce qu'une constitutionnalisation directe et explicite résoudrait ces problèmes ? C'est là, véritablement, toute la question autour de la garantie effective de l'avortement en France.

Il est temps de conclure cette série d'articles par une question d'ouverture qui, j'espère, alimentera le débat : faut-il dépasser le modèle du néo-constitutionnalisme fondé sur des juridictions constitutionnelles afin de garantir au mieux les droits et libertés fondamentaux ?

23 mai 2023 (Le Point)

[Quand les révolutionnaires d'opérette rêvent des années de plomb \(lepoint.fr\)](https://www.lepoint.fr)

Quand les révolutionnaires d'opérette rêvent des années de plomb

TRIBUNE. Pour l'essayiste et expert associé à la Fondation Jean-Jaurès, le pire des années 1970 est de retour, la violence et la bêtise politique étant le revers des espoirs déçus.

Par Renaud Large*



Des heurts à Rennes (Ille-et-Vilaine) en mars 2023, lors d'une manifestation intersyndicale contre la réforme des retraites. © Quentin Bonade-Vernault/Hans Lucas via AFP

Publié le 22/05/2023 à 15h00

Signe des temps, la Croisette vibre, en ce printemps, pour le film *Le Procès Goldman*. La caméra de Cédric Kahn se penche sur ce militant d'extrême gauche jugé pour des braquages et deux meurtres perpétrés dans les années 1970. C'est le symbole des années de plomb qui est projeté en haut du tapis rouge, ces années marquées par la radicalisation violente des groupuscules d'extrême gauche et d'extrême droite. Voilà qui tombe à pic. **Il y a, dans l'actualité, comme un parfum d'années de plomb, fragrance nauséabonde et idiote, millésime 2023.**

Citons pêle-mêle : Yannick Morez, le maire de Saint-Brévin-les-Pins (Loire-Atlantique), a vu sa maison incendiée par des groupuscules d'extrême droite opposés au projet de centre d'accueil de demandeurs d'asile sur sa commune. L' élu démissionne et décide de quitter la France, malgré la « solidarité indéfectible » exprimée par Aurore Bergé, la présidente du groupe Renaissance à l'Assemblée Nationale.

Jean-Baptiste Trogneux, le petit-neveu de Brigitte Macron, est agressé à Amiens (Somme) par des opposants à la réforme des retraites. Il y a aussi l'Insoumis Jean-Luc Mélenchon menacé par un projet d'attentat fomenté par un mouvement d'ultradroite, un délégué CGT de l'entreprise Verbaudet, en grève pour une augmentation de salaire, violenté par des hommes aux « méthodes de barbouzes », selon Fabien Roussel, le patron du PCF. **C'est ignoble, pas vrai ? Ça sent mauvais, n'est-ce pas ? Les années de plomb ne sont jamais loin.**

Prends ça, le système

Quels traits communs entre notre temps et ces années maudites ? D'abord, l'abrutissement de la politique dans ses simplifications les plus caricaturales. Action directe ou Occident avaient pour habitude de diviser le monde en deux catégories facilement appréhendables : **opresseurs-opprimés pour les premiers, nationalistes-communistes de l'autre.**

Aux deux, la dichotomie servait à justifier toutes les atrocités et les barbaries. **La vision de l'activisme contemporain s'en approche. Les coupables sont toujours systémiques, ils sont fautifs, par essence** – même si jusqu'à maintenant il n'y a pas eu, fort heureusement, mort d'hommes.

Les mots sont usés et les logorrhées trop familières... Dans son appel à la saison 5, à l'issue du glorieux épisode de résistance héroïque à Sainte-Soline, **l'association Les Soulèvements de la Terre se présentait de la sorte** : « Des personnes de tous âges et de tous horizons, dans une dynamique de désobéissance de masse, bravent les interdictions préfectorales, déjouent un dispositif policier ahurissant (...). Elles démontrent ainsi que nous sommes capables de défaire ce qui nous détruit (...). »

L'association conclut, un brin bravache et taquine : « **Nous ne sommes pas un "groupuscule d'ultra-gauche"**. Nous sommes bien plus un mouvement de résistance composite et désormais largement soutenu. » C'est plus clair comme cela ?

Au micro de France Inter, jeudi 18 mai, l'activiste du climat Camille Étienne estimait, avec le lyrisme d'un coupon de réduction, que « l'impuissance est orchestrée, elle est choisie (...). » C'est profond. Elle poursuit : « **Et je crois qu'il est urgent de comprendre que notre apathie, elle arrange l'ordre établi.** » **Prends ça, le système.** L'ordre établi est KO debout...

Maoïsme cinématographique

Notre temps, tout comme les années de plomb, refuse l'altérité, ce saut fondamental hors de l'égotisme. **Il n'y a plus d'adversaire, mais des ennemis, toute discussion est une compromission.** La position antagoniste, il faut l'abattre, l'éradiquer, ne plus lui donner droit de cité.

Au micro de France inter, en septembre 2020, le philosophe, Geoffroy de Lagasnerie, notre aigle rouge germanopratin, **assumait « totalement le fait qu'il faille reproduire un certain nombre de censures dans l'espace public pour rétablir un espace où les opinions justes prennent le pouvoir sur les opinions injustes ».**

On assiste, médusés, comme au temps de la gauche prolétarienne, au **retour des autocritiques.** L'actrice Adèle Haenel décide, dans une lettre à *TeLERAMA*, le 9 mai 2023, de « politiser /s/on arrêt du cinéma pour dénoncer la complaisance généralisée du métier vis-à-vis des agresseurs sexuels et, plus généralement, la manière dont ce milieu collabore avec l'ordre mortifère écocide raciste du monde tel qu'il est. »

Si on ferme les yeux, on se croirait revenu au temps de Jean-Luc Godard et de son **maoïsme cinématographique. Maintenant, c'est un maccarthysme de réseau social où il faut penser dans la ligne ou disparaître.** Comme dans les années 1970, nous avons perdu le goût de la **tempérance, de l'argumentation vive mais correcte.** Désormais, on ne discute plus qu'entre clones. Bientôt, nous ne discuterons qu'avec nous-mêmes, comme l'effroyable **Andreas Baader** dans sa cellule à la prison de Stuttgart-Stammheim.

Retour à la raison et à l'ordre républicain

Pourquoi la violence surgit-elle en politique, de nos jours, comme elle le fit durant ces années terribles ? Les événements qui ont secoué les jeunesses européennes et mondiales autour de l'année 1968 ne se sont pas traduits sur le plan politique et électoral... Dans les brumes de l'après-Mai 68, certains rentrent dans le rang d'une politique plus conventionnelle, d'autres fondent des journaux comme *Libération*, dont l'équipe « refuse de cautionner un système qui coupe la parole au peuple ».

Mais pour les plus déterminés, ceux qui espéraient réellement faire advenir un nouveau monde tout de suite et ici, la fuite en avant se poursuit. Après le printemps, les ultras entrent dans des groupuscules aux visions de plus en plus étriquées et basculent dans la clandestinité et la violence meurtrière. **Les années de plomb sont nées d'un sentiment d'impasse politique.**

D'où provient la violence politique actuelle ? Sans doute d'un même cul-de-sac politique. La promesse initiale portée par Emmanuel Macron était certes beaucoup moins révolutionnaire, même si son programme en portait le nom et si Daniel Cohn-Bendit le défendait une fois encore.

Mais au fil des ans, **les crises structurelles – des Gilets jaunes au Covid 19 – ont enkysté son projet politique.** En attendant un retour à la raison et à l'ordre républicain, relisons le cinéaste italien **Pier Paolo Pasolini** qui, dans un savoureux poème, expliquait : « J'ai passé ma vie à haïr les vieux bourgeois moralistes, et maintenant je dois aussi haïr précocement leurs enfants... La bourgeoisie érige des barricades contre elle-même, les fils à papa se révoltent contre leurs papas. **L'objectif des étudiants n'est plus la Révolution mais la guerre civile. Ils restent des bourgeois, et tout comme leurs parents (...) ils sont profondément conformistes.** » **Blasés de la politique et révolutionnaires d'opérette, même combat...**

23 mai 2023 (Le Point)

[« En Occident, les combats militants secondaires ont pris le pas sur l'essentiel » \(lepoint.fr\)](#)

« En Occident, les combats militants secondaires ont pris le pas sur l'essentiel »

CHRONIQUE. L'écrivain d'origine syrienne Omar Youssef Souleimane pointe les dérives du wokisme quand tant se battent contre « une dictature réellement patriarcale et oppressive ».

Par [Omar Youssef Souleimane*](#)



« Les militants imprégnés de wokisme vertueux se sont engagés avec détermination dans la défense du burkini, qui n'est pas, et ne sera jamais, un instrument d'émancipation », déplore l'écrivain syrien Omar Youssef Souleimane. © JC Milhet/Hans Lucas via AFP

Publié le 22/05/2023 à 17h40

La première personne à laquelle je pense quand j'entends le mot « woke », c'est à ma grand-mère.

Déjà, à la fin des années 1990, elle défendait les droits des femmes à sa manière : elle n'a jamais autorisé son mari à se soustraire aux travaux du ménage, elle a toujours respecté le choix de ses filles qui refusaient d'épouser les hommes venus réclamer leur main et elle adorait accueillir les étrangers de passage, les gavant de spécialités syriennes.

À l'époque, nous ne parlions pas de révolution contre le racisme, d'extrême droite, de sexisme, ni même de droit à la migration. Dans un pays soumis au régime dictatorial du clan Assad, les priorités étaient la liberté d'expression, la construction d'un État de droit, d'une justice digne de ce nom...

Vingt ans plus tard, en 2011, la révolution est arrivée. Les Syriens ne songeaient qu'à renverser ce régime sanguinaire, pour vivre enfin libres. Les droits des femmes ou des LGBT semblaient alors à portée de main dans un monde idéal, débarrassé d'Assad. Seulement la révolution pacifique a sombré sous la violence aveugle du régime Assad, dont l'activité principale se résumait à écraser les manifestations, quitte à déléguer les basses œuvres à des groupes islamistes.

Morts pour des mots

Pendant ces temps sombres, les Syriens éveillés ont fini par être contraints à l'exil, sous peine d'être torturés ou assassinés – ou les deux – dans les prisons du régime. Alors que ces jeunes militants, dont je faisais partie, ne cherchaient qu'à se rapprocher des standards élevés de liberté et de tolérance du monde occidental, ils ont dû se battre seuls pour sauver leur peau.

Nos uniques armes étaient des mots que nous inscrivions sur les murs de Damas, dans l'espoir de voir naître un monde meilleur. Certains d'entre nous sont morts pour ces mots. Le « wokisme » n'avait pas encore de nom, mais ceux qui se battaient pour résoudre de petites injustices ici – en dépit des immenses injustices qui nous oppriment là-bas – ne rataient jamais une occasion de nous oublier.

Nous aussi, nous aspirions à l'égalité femmes-hommes, à la reconnaissance des droits des LGBT, à la liberté d'expression. Mais nous restions désespérément seuls... Car derrière sa désinvolture relativiste, le wokisme n'est qu'un chauvinisme ordinaire.

Dogme relativiste permanent

Pendant notre révolution avortée, il ne nous est jamais venu à l'idée de faire preuve de notre engagement en affirmant que « les hommes blancs » étaient « des violeurs en puissance » ou de prétendre que le barbecue constituait la perpétuation d'un système sexiste oppressif et violent... **Nous n'avons pas besoin d'écrire que « les hommes sont tous des connards » – comme l'a écrit une manifestante lors d'une manifestation à Paris – pour affirmer nos convictions féministes.**

Plusieurs associations avaient été créées en Syrie et au Liban pour défendre le droit à l'avortement, l'interdiction du mariage des mineurs, les droits des LGBTQ, le retrait du voile... L'origine de ces mouvements date des années 1970.

À cette époque, **Nawal Al Saadawi, la plus célèbre des féministes arabes**, a osé dire : « Ce n'est pas la femme qui doit être voilée afin de ne pas exciter l'homme, c'est l'homme qui doit voiler ses yeux. » **C'est toujours une figure d'inspiration pour les mouvements pour les droits humains au Proche-Orient. Largement ignorés en Europe, ses écrits célébrant l'émancipation religieuse sont manifestement assez incompatibles avec le dogme relativiste permanent.**

Bruit de pantoufles et bruits de bottes

Douze années après cette révolution écrasée, les désirs d'émancipation sont toujours dans les cœurs. Mais des années de guerre et de crise économique ont soufflé la flamme de la résistance. **Cette lutte s'est éteinte avec le triomphe d'une dictature réellement patriarcale et réellement oppressive.**

La plupart des habitants de cette zone rêvent d'immigrer en France, dans ce pays « libre », comme ils disent. Ce fut mon cas. Une fois sur place, ils découvriront une lutte qui ne leur ressemble pas. Dans le monde militant occidental, l'accessoire semble avoir le pas sur l'essentiel.

En 2022, les talibans ont interdit aux **Afghanes** de poursuivre leurs études, ils les ont forcées à mettre le niqab, leur ont interdit de sortir de leur maison sans être accompagnées par un homme... **Pendant ce temps-là, en France, on débattait d'un soi-disant droit à porter le bikini halal dans les piscines publiques.**

Qu'ont fait les militants imprégnés de wokisme vertueux ? Ils se sont engagés avec détermination dans la défense du burkini, qui n'est pas, et ne sera jamais, un instrument d'émancipation. Tant pis pour les femmes afghanes. **Car il est moralement beaucoup plus confortable de tolérer les**

manifestations d'intolérance que de les combattre, le doux bruit des pantoufles n'ayant jamais couvert les bruits de bottes.

« Malheureux migrants »

Je suis venu du Proche-Orient pour sauver ma tête mais il m'arrive régulièrement de croiser des militants spécialistes ès défenses des minorités qui m'expliquent qu'ils se battent pour protéger mes droits « en tant qu'immigré ».

Il ne leur viendrait jamais à l'esprit que je puisse éprouver un peu de fierté d'avoir été naturalisé français. Ils m'assignent à une condition au nom de ce soi-disant amour qu'ils me portent, un réflexe qui doit bien avoir un nom chez les psys... Ainsi, je fais toujours partie de la minorité migrante, ou plutôt de « malheureux migrants » que je me dois d'être à leurs yeux. **Et si j'ai le malheur de ne pas être d'accord avec eux, me voici accusé d'être un traître.**

Il m'arrive souvent de critiquer l'islam – c'est un droit dont je ne me lasserai jamais –, il paraît que cela fait de moi un raciste... **Taxez-moi de raciste si vous voulez, mais prenez-moi tout entier : je suis un raciste éperdu de liberté, d'égalité – la vraie – et de fraternité... que je n'arrive pas à trouver auprès de mes amis wokes. Leur secte aurait besoin d'un gourou comme ma grand-mère. Une femme qui ne savait ni lire ni écrire, mais qui s'est levée tôt toute sa vie, pour rester vivante. Il paraît que ça forge un caractère.**

**Omar Youssef Souleimane est poète et romancier d'origine syrienne. Il vit désormais à Paris.*

23 mai 2023 (Le Figaro)

[«Un dangereux précédent» : un théâtre londonien réserve aux Noirs une représentation de sa pièce Tambo and Bones \(lefigaro.fr\)](#)

«Un dangereux précédent» : un théâtre londonien réserve aux Noirs une représentation de sa pièce Tambo and Bones

Par [Le Figaro](#)

Publié hier à 17:32 , mis à jour il y a 25 minutes



Affiche de la pièce *Tambo and Bones* du théâtre londonien Royal Stratford East, dont la première représentation aura lieu le 5 juillet prochain. *Theatre Royal Stratford East*

L'établissement culturel explique vouloir créer un espace «libéré du regard blanc», pour un «public d'identification entièrement noire».

Pour l'une des représentations de sa pièce *Tambo and Bones*, le théâtre Royal Stratford East a pris une décision qui ne manque pas de faire réagir, au-delà de la sphère culturelle. L'établissement a en effet décidé pour sa séance du 5 juillet prochain, de restreindre les entrées à un cercle fermé, pour un «*public d'identification entièrement noire*», afin de créer un espace «*libéré du regard blanc*».

Dans un [communiqué ambivalent](#), il est néanmoins précisé que «*personne n'est exclu*», durant cette représentation nommée «*Black out*». Le théâtre Royal Stratford East rappelle que la première séance non-mixte a eu lieu à Broadway en 2019 pour la pièce *Slave Play* de Jeremy O. Harris, car il estimait «*important que les spectateurs noirs puissent faire l'expérience de s'asseoir dans un espace théâtral où l'ensemble du public leur ressemble*».

«Questions raciales complexes»

Le metteur en scène Matthew Xia de *Tambo and Bones* explique quant à lui sur le [site officiel](#) qu'il était «*impératif*» de créer «*un tel espace*», alors que «*ces dernières années, un certain nombre de dramaturges et de metteurs en scène aux États-Unis et au Royaume-Uni ont créé des espaces privés et sûrs pour que les spectateurs noirs puissent assister à des productions qui explorent des questions raciales complexes et nuancées*». La pièce écrite par Dave Harris retrace en effet l'histoire afro-américaine jusqu'au mouvement «*Black Lives Matter*» à travers un spectacle de ménestrels et de hip-hop. Deux personnages sont au cœur de la représentation : Tambo, un homme d'affaires, ainsi que Bones, un arnaqueur.

Tout le monde, quel que soit son sexe, sa race ou sa couleur, devrait pouvoir accéder à tous les théâtres.

Giles Watling, député conservateur de Clacton

La pièce, décrite par l'établissement comme une «*satire métathéâtrale à forte connotation raciale*», fait face à une levée de boucliers de plusieurs personnalités britanniques. L'ancien premier secrétaire d'État sous Theresa May, Damian Green dénonce au *Times* une communication «*sinistre*» alors que le spectacle est censé être «*public*». «*Si des Blancs montaient un spectacle et excluaient les Noirs, pour un soir seulement, il y aurait un tollé*, déplore de son côté Wanjiru Njoya, maîtresse de conférences en droit à l'université d'Exeter, *Ils n'aimeraient pas que quelqu'un soit raciste envers eux. Pourquoi pensent-ils qu'il est normal d'être raciste envers les Blancs ?*»

Le député conservateur de Clacton, Giles Watling, s'indigne également dans les colonnes du quotidien britannique : «*Tout le monde, quel que soit son sexe, sa race ou sa couleur, devrait pouvoir accéder à tous les théâtres.*» Dans le journal *Daily Mail*, Festus Akinbusoye, élu commissaire de la police et du crime du Bedfordshire, a affirmé que cette représentation allait créer «*un précédent médiocre et dangereux* » et a «*fortement exhorté* » les organisateurs à annuler l'événement. **Le théâtre Royal Stratford East justifie cette séance discriminatoire, par le fait qu'elle implique «*la congrégation, la célébration et la guérison*».**

23 mai 2023 (Le Figaro)

[Climat: un rapport préconise la dette et la taxation des plus riches \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

Climat: un rapport préconise la dette et la taxation des plus riches

Par [Anne de Guigné](#)

Publié hier à 19:57 , mis à jour il y a 34 minutes



Les énergies renouvelables représentent aujourd'hui 13,5 % de l'offre mondiale d'énergie primaire (ici, un parc photovoltaïque au Bousquet d'Orb, Hérault). *François Bouchon / Le Figaro*

DÉCRYPTAGE - Jean Pisani-Ferry et Selma Mahfouz analysent l'incidence économique de l'action pour le climat.

À l'heure où les Nostradamus saturent les ondes de leurs analyses apocalyptiques, le rapport de [Jean Pisani-Ferry](#) et Selma Mahfouz, publié par France Stratégie, sur les incidences économiques de l'action pour [le climat](#), apporte un peu de rationalité au débat. Selon les auteurs, respectivement économiste et inspectrice générale des finances, le monde ne court d'abord pas nécessairement à sa perte. «*La neutralité climatique est atteignable*», affirment-ils d'emblée. «*Nous ne sommes pas durablement condamnés à choisir entre croissance et climat*» car «*à long terme, la réorientation du progrès technique peut conduire à une croissance verte plus forte que ne l'était ou que ne l'aurait été la croissance brune*», assurent-ils encore.

Atteindre les objectifs fixés par [la loi européenne sur le climat](#) de 2021 exigera toutefois des efforts colossaux et une réorientation de la politique économique. C'est l'étendue de ces efforts qui doivent permettre de réduire les émissions d'environ 150 millions de tonnes équivalent CO₂ (MtCO₂) en dix ans, qu'ils tentent de mesurer dans ce travail de longue haleine. **Selon les auteurs, la voie de la décroissance apparaît toute aussi erronée que la croyance naïve en la capacité de la technologie de tout régler.**

Répondant à une demande de la première ministre, leur rapport apparaît ainsi comme une invitation à l'action publique, le jour même où Élisabeth Borne présente le plan d'action du gouvernement sur le sujet.

Les auteurs appellent d'abord à reconnaître **le coût de la transition énergétique: environ 60 milliards d'euros d'investissements supplémentaires par an à court et moyen terme, selon leurs calculs et 20 points de produit intérieur brut (PIB) cumulé à horizon 2050, soit peu ou prou 500 milliards d'euros.** **Ils insistent également sur le caractère inégalitaire de cette mutation.** Un changement de chauffage représente ainsi 79 % du revenu annuel moyen d'un ménage très modestes, contre 44 % de celui des classes moyennes. Afin d'aider les particuliers à rénover leur logement ou les entreprises à transformer leurs modes de production, la moitié environ de la facture de la transition serait réglée par l'État.

La question, c'est de savoir si l'Europe peut être à la fois championne du climat, de la discipline budgétaire et championne du multilatéralisme

Jean Pisani-Ferry

La question induite consiste à savoir comment. La première source de financement sera le redéploiement des «dépenses brunes» vers les «dépenses vertes», assure le rapport. Entre 10 et 20 milliards d'euros par

an pourraient être ainsi dégagés. **Au-delà, Jean Pisani-Ferry s'inscrit dans la plus classique tradition française de gestion des finances publiques: il propose d'avoir recours à une taxation exceptionnelle du patrimoine financier des plus aisés et à un accroissement de l'endettement public.** Une option qui n'a pas été écartée par le ministre de la Transition écologique Christophe Béchu, lundi soir dans l'émission Quotidien, n'y voyant pas «*un sujet tabou.*» «*À un moment, il faut bien mesurer que cette transition, elle ne va pas se financer toute seule*», a-t-il ajouté. L'ancien commissaire général de France Stratégie note ainsi que les 10 % plus aisés détiennent un actif net financier de 3000 milliards d'euros. «*Un prélèvement forfaitaire exceptionnel de 5 %, dans une fenêtre de 30 ans, rapporterait donc 150 milliards*», avance alors le rapport. Côté dette, il estime qu'elle pourrait augmenter de 10 points de produit intérieur brut (PIB) en 2030 et 25 en 2040.

Ces leviers auraient davantage de crédibilité si l'endettement et le taux d'imposition français ne culminaient pas à des niveaux historiques. Même si les pistes de financements proposées ne se distinguent pas par leur originalité, le rapport de France Stratégie a le mérite de pointer les difficultés de la transition écologique et les ambiguïtés de Bruxelles, qui souffre d'un prix de l'énergie plus élevé que ses concurrents. «*La question, c'est de savoir si l'Europe peut être à la fois championne du climat, de la discipline budgétaire et championne du multilatéralisme*», fait ainsi mine de s'interroger Jean Pisani-Ferry, notant que la discipline budgétaire n'était une priorité ni pour les Américains, ni pour les Chinois.

La vaste transformation énergétique se compare en effet, selon les auteurs, aux précédentes révolutions industrielles, «*fortement accélérées en comparaison de l'évolution historique observée pour le charbon ou les hydrocarbures*». Les énergies renouvelables représentent aujourd'hui 13,5 % de l'offre mondiale d'énergie primaire. Dans un scénario de neutralité climatique en 2050, elles devraient franchir «*dès 2030 la barre des 30 % de l'offre mondiale*». La transformation s'annonce particulièrement rude pour les secteurs automobile et agricole.

Cette montée en puissance reposera sur trois instruments: la substitution de capital aux énergies fossiles, c'est-à-dire la transformation de l'offre vers des énergies décarbonées - renouvelables et nucléaire -, mais aussi la rénovation des bâtiments ou le développement des transports non polluants, la sobriété et, enfin, la réorientation du progrès technique. «*D'ici 2030, 85 % de l'effort passera par la substitution de capital aux énergies fossiles et le solde par la sobriété, les changements de comportement*, détaille Selma Mahfouz. *La réorientation du progrès technique prendra ensuite, après 2030, davantage d'importance*». Le calendrier étant donné de manière indicative. «*Il y a une bosse d'investissement d'ici 2030, qui peut être prolongée*», précise Selma Mahfouz.

La hausse des investissements n'entraînera ni augmentation des capacités de production, ni accroissement de la productivité

Jean Pisani-Ferry

Ces investissements massifs ont, d'un point de vue économique, une particularité douloureuse. Contrairement aux opérations classiques, «*la hausse des investissements n'entraînera ni augmentation des capacités de production, ni accroissement de la productivité*», rappelle Jean Pisani-Ferry. «*Ce n'est que progressivement que vous allez avoir les dividendes de cette action sous forme de coût d'exploitation*» moindres, explique-t-il. Le ralentissement de la productivité «*pourrait induire à horizon 2030 une baisse du PIB potentiel de 1,5 à 2 points, en supposant une réduction de 0,25 à 0,3 point du rythme de croissance de la productivité et une baisse du PIB effectif de l'ordre d'un point, accompagnée d'un surcroît d'inflation*», précise le rapport.

Bref un choc, à court terme, violent pour l'économie française, qu'il convient d'anticiper au mieux afin de préparer le rebond.

23 mai 2023 (Le Figaro)

[Retraites, main-d'œuvre immigrée, assistanat: le grand malaise français autour du travail \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

Retraites, main-d'œuvre immigrée, assistanat: le grand malaise français autour du travail

Par [Eugénie Bastié](#)

Publié hier à 19:44 , mis à jour il y a 16 minutes



Philippe d'Iribarne. *Fabien Clairefond*

GRAND ENTRETIEN - La première ministre reçoit les organisations patronales pour évoquer les chantiers à venir du quinquennat. Elle a promis aux partenaires sociaux un «pacte de la vie au travail». Pourquoi la réforme des retraites, passée sans encombre dans nombre de pays, a-t-elle suscité chez nous tant d'hostilité? L'assistanat est-il un problème central ou une «diversion»? Quel rôle joue l'immigration dans ce malaise? Le sociologue **Philippe d'Iribarne, auteur du *Grand Déclassement* (Albin Michel), analyse les ressorts du malaise français autour du travail.**

LE FIGARO. - Quel bilan tirez-vous de la virulente contestation sociale qu'a produit en France la réforme des retraites? Pourquoi une réforme qui est passée sans grande difficulté dans tous les pays européens a eu tant de difficulté à passer dans notre pays?

Philippe d'IRIBARNE. - On ne peut comprendre ce qui se passe sans prendre en compte la manière dont une solution a été apportée, en France comme elle l'a été ailleurs, à une question redoutable: **comment concilier la condition de travailleur salarié soumis à l'autorité d'un patron avec le statut de citoyen libre d'un État démocratique? L'image du serf «taillable et corvéable à merci» reste présente dans l'imaginaire, prête à être reprise par le discours syndical quand les droits des travailleurs sont menacés.** La voie de conciliation qui a prévalu a partout été marquée par une image traditionnelle de l'homme libre: dans le monde germanique, celui qui décide avec ses pairs des orientations de la communauté qu'ils forment ; dans le monde anglo-saxon, le producteur indépendant dont les obligations sont délimitées par un contrat le mettant à l'abri d'une situation de dépendance personnelle ; en France, celui qui est protégé par un statut, plus ou moins lié à un métier, définissant ses droits et ses devoirs. Le développement, au XIX^e siècle, d'une aristocratie ouvrière, l'émergence au XX^e de la catégorie des cadres, censés, à la différence de «simples employés», disposer d'une grande autonomie à l'égard de leur employeur, correspondent à ce modèle. Celui-ci a fortement inspiré le fonctionnement des entreprises françaises au cours de la période dite des Trente Glorieuses. **Le rapport actuel des Français au travail est marqué par le fait qu'un écart s'est creusé au cours des dernières décennies entre les exigences de celui-ci et les pratiques des entreprises, notamment du fait de l'emprise d'un management américain. Celui-ci, mettant en avant la figure du manager et dévalorisant celle de l'homme de métier, transforme souvent ce dernier en simple «exécutant» des volontés d'autrui.**

Cette situation permet de comprendre les réactions à l'égard de l'âge de la retraite. Dans un contexte français, être enfin à la retraite prend le sens de n'avoir plus besoin de se soumettre à un patron

pour gagner sa vie ; la «pension» que l'on a gagnée met à l'abri du besoin. Si on s'engage dans des activités bénévoles, c'est en toute liberté, au seul service d'une cause. Retarder l'âge de la retraite c'est prolonger la période pendant laquelle on reste soumis. **La situation est bien différente dans les pays d'Europe du Nord, où prédomine, dans la conception du travail, la figure valorisante d'une tâche accomplie pour le bien d'une communauté à laquelle on appartient et dont on contribue à définir les orientations.** De ce fait, les réactions françaises y paraissent incompréhensibles.

58 % des Français considèrent le travail avant tout comme une contrainte nécessaire pour subvenir à ses besoins - correspondant à une hausse de 9 points en comparaison à 2006! (sondage Ifop du 2 mars 2023). À quoi attribuer cette évolution? Pensez-vous que le bouleversement du confinement pendant la crise du Covid a joué un rôle?

Attention au fait que presque la moitié de cette évolution - 4 points - s'est faite en quatre mois, entre octobre 2022 et février 2023. Elle pourrait être une expression du mouvement actuel concernant les retraites. L'autre moitié de l'évolution - 5 points - s'est étalée sur seize ans. **La période du confinement a pu jouer un rôle en permettant à beaucoup de goûter une vie où la contrainte d'avoir à travailler pour subvenir à ses besoins avait disparu,** amenant à sentir son poids au moment de la subir à nouveau. La dégradation tendancielle de la qualité de vie de travail a sans doute joué aussi. Mais les situations sont très différentes selon la nature du travail de chacun. **Ainsi la réponse concurrente à la même question présentant le travail comme «un moyen pour les individus de s'épanouir dans la vie» a été choisie par 57% des cadres et professions intellectuelles supérieures et seulement par 24% des ouvriers.**

Il y a 7 millions d'inactifs en France, pourtant en âge de travailler. Derrière l'hostilité à la réforme des retraites, ne faut-il pas voir une révolte des actifs, qui en ont assez de porter tous les efforts?

Il ne me semble pas que les inactifs aient été massivement mis en accusation à l'occasion des manifestations contre cette réforme, **tant est forte l'affirmation «si certains ne travaillent pas, ce n'est pas de leur faute, c'est la faute des entreprises qui ne leur proposent que des conditions de travail inacceptables, des salaires de misère, des horaires ingérables, etc.»** Ceux qui critiquent les inactifs ne sont pas ceux qui sont descendus dans la rue contre la réforme des retraites. Ces derniers ont plutôt critiqué ce qu'ils considèrent comme des cadeaux faits aux entreprises.

L'affirmation, concernant certains métiers, « les Français n'en veulent pas » permet de mettre en cause les Français natifs, déclarés trop exigeants, en passant sous silence les conditions de travail et de rémunération associées aux postes concernés

Philippe d'Iribarne

Le gouvernement a annoncé vouloir conditionner le RSA à une activité. La question de l'assistanat est-elle selon vous centrale dans le malaise français, ou bien, comme le dit la gauche, «une diversion»?

On a là une très vieille question qui s'est déjà posée au moment de la **Révolution**, ce qui apparaît bien dans les travaux du «Comité de mendicité» de l'époque. Il s'agissait de remplacer l'assistance traditionnelle par la solidarité entre citoyens, en mettant en avant le droit de chacun d'eux à bénéficier de celle-ci. **Mais il fallait simultanément éviter d'encourager des comportements indignes d'un citoyen. La parfaite conciliation de ces deux objectifs s'est révélée impossible. La question s'est posée à nouveau au moment de l'instauration du RMI, devenu RSA.** Il a été notamment affirmé que tout un chacun peut avoir besoin d'aide à un moment donné de sa vie et que, par conséquent, ceux qui en bénéficient ne constituent pas une catégorie inférieure de citoyens.

Mais des contreparties symboliques ont été imaginées, avec une idée de contrat porteur d'une image de réciprocité écartant une perspective d'assistance. La difficulté est toujours présente. **Si le RSA relève d'un droit fondé sur une solidarité entre citoyens, sa perception ne peut être assortie d'aucune condition.** Celui qui le touche ne doit rien à personne et on ne peut lui demander de «travailler gratuitement» en parallèle. **Mais on est là dans une sorte de fiction juridique. Pour ceux qui travaillent, une lecture**

sociologique dénonçant des assistés profiteurs est tentante, d'autant plus qu'ils entendent parler de ceux qui «vivent des allocs» tout en se comportant fort peu en citoyens responsables, par exemple en s'adonnant au trafic de drogue.

Le projet de loi immigration porté par le gouvernement prévoit de régulariser une partie de l'immigration de travail aujourd'hui clandestine. On rappelle que la main-d'œuvre immigrée est nécessaire pour occuper les emplois que les Français ne veulent plus faire. N'y a-t-il pas là un problème structurel? Notre système économico-social peut-il reposer à long terme sur l'importation continue d'une main-d'œuvre immigrée bon marché?

On est dans un cercle vicieux. Les clandestins, peu regardants sur la nature du travail qui leur est proposé, sont une aubaine pour des employeurs. Ils les dispensent de se donner du mal pour rendre plus attractifs les postes peu qualifiés pour lesquels il est difficile de recruter. **Du coup les immigrés restent irremplaçables.** L'affirmation, concernant certains métiers, selon laquelle «les Français n'en veulent pas», permet de mettre en cause les Français natifs, déclarés trop exigeants, en passant sous silence les conditions de travail et de rémunération associées aux postes concernés.

Or la réticence envers certaines activités n'a rien d'une fatalité. Ainsi, il est des territoires où les emplois d'aide à la personne sont massivement occupés par des locaux, alors qu'ils le sont par du personnel immigré en région parisienne. Il vaudrait la peine de savoir pourquoi. **De plus, on trouve des employeurs qui travaillent à rendre les emplois qui font question plus attractifs,** notamment en matière d'organisation des horaires de travail et de congés. **Moins ils pourront faire appel à des immigrés prêts à tout pour travailler, plus les employeurs seront incités à poursuivre de telles actions.**

Le président de la République a annoncé une réforme du lycée professionnel, tourné davantage vers l'emploi. Certains lui reprochent de transformer le lycée en entreprise. Pensez-vous que la revalorisation des filières professionnelles va dans le bon sens?

Le communiqué du 4 mai de **Sud-éducation** est éloquent: *«L'adaptation des filières aux réalités économiques locales scelle la soumission de l'enseignement professionnel aux besoins des entreprises et non plus aux besoins de la société à travers la reconversion écologique de notre économie par exemple. Cette territorialisation de l'enseignement va contraindre les élèves s'orienter vers une filière qu'elles et ils n'auront pas choisie, mais qui leur sera imposée par l'offre de formation locale décidée par le patronat local.»* **L'évolution de l'enseignement professionnel au cours des dernières décennies est le fruit d'une hostilité profonde d'une partie de l'opinion à l'égard des entreprises.**

Pendant longtemps, la formation professionnelle avait été largement contrôlée par celles-ci. Mais cette conception a été mise en cause au nom de la démocratie. **Il s'est agi de confier l'enseignement professionnel à un service public de l'éducation, mis à l'abri de la pression des entreprises, avec un développement des enseignements théoriques et le remplacement, pour les enseignants, de professionnels du métier possédant une solide expérience de sa pratique et désireux de transmettre son idéal à la fois technique et moral, par des professionnels de l'éducation, férus de connaissances théoriques et ayant une vision souvent négative des métiers industriels.**

Mettre en cause cette évolution, diminuer la place des enseignements généraux censés former des citoyens, se recentrer sur **une conception vue comme «bassement utilitaire» de l'enseignement professionnel, est perçu par les courants qui se disent républicains comme une régression insupportable. On a un effet de l'idéologie qui conduit progressivement au naufrage en cours de notre système d'enseignement.** Par contraste, le succès des centres de formation créés par nombre d'entreprises, notamment dans les métiers du luxe, est saisissant. **Il est heureux que, dans cette réforme, le souci d'acquisition des compétences dont des travailleurs qualifiés ont besoin soit mis à nouveau au centre.**

23 mai 2023 (Le Figaro)

[Oxford s'enflamme sur la liberté d'expression \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

Oxford s'enflamme sur la liberté d'expression

Par [Arnaud De La Grange](#)

Publié hier à 19:09 , mis à jour il y a 1 heure



C'est la première fois qu'autant d'universitaires signent une lettre pour défendre la libre parole sur les campus (ici, le Balliol College, à Oxford). *Andrei Nekrassov / Alamy via Reuters*

RÉCIT - Des étudiants de la prestigieuse université anglaise s'opposent à l'invitation d'une professeur qu'ils jugent «transphobe». Leurs opposants défendent l'importance du débat démocratique.

Correspondant à Londres,

Régulièrement le théâtre d'escarmouches dans la «guerre culturelle» qui se joue au Royaume-Uni, la prestigieuse université d'Oxford s'enflamme cette fois-ci autour de la question «trans». L'invitation de la professeur féministe Kathleen Stock par l'Oxford Union pour prononcer une conférence sur l'égalité des sexes le 30 mai a mis le feu aux poudres. L'accusant d'être «transphobe», plus d'un millier d'étudiants veulent manifester et empêcher la tenue de l'événement. La polémique enfle, de nombreux intellectuels estimant que c'est la liberté d'expression sur les campus anglais qui se joue dans ce triste épisode. Dénonçant une volonté de bâillonner quiconque ne partage pas ses convictions, un groupe de professeurs d'Oxford est monté au front. Dans une lettre publiée par le Telegraph, quarante-quatre d'entre eux défendent le droit de Kathleen Stock à exprimer ses opinions. Certains sont des universitaires de renom, comme Richard Dawkins ou Nigel Biggar, d'autres de jeunes maîtres de conférences récemment diplômés. Mais tous croient fermement que *«le droit à la liberté d'expression est sacré et doit être défendu»*. Et s'alarment de la soumission d'étudiants et d'administrateurs d'Oxford devant des activistes de plus en plus virulents. Le syndicat étudiant d'Oxford a ainsi adopté une motion visant à couper les liens financiers avec l'Oxford Union, qui fête ses 200 ans sous le signe du débat et de la liberté d'expression. Cette instance a été fondée en 1823 en tant que forum indépendant pour permettre un débat sans restrictions, face à celles imposées par l'université sur certains sujets comme la théologie. Elle s'attache à permettre à des invités controversés de s'exprimer afin de nourrir le débat.

Bien malgré elle, Kathleen Stock avait déjà défrayé la chronique à l'automne 2021. Cette professeur de philosophie avait alors démissionné de son poste à l'Université du Sussex, dans le sud de l'Angleterre, après une violente campagne de harcèlement à son égard. Depuis trois ans, l'enseignante lesbienne de 51 ans était devenue la cible d'activistes transgenres, pour avoir estimé que le sexe biologique était une réalité inaliénable. Elle avait écrit que l'identité de genre ne peut pas l'emporter sur le sexe biologique *«lorsqu'il s'agit de droit et politique»*. Concrètement, elle estimait qu'en ce qui concerne les vestiaires, les toilettes ou encore les prisons, les femmes devaient avoir des espaces réservés et non mixtes, afin

notamment d'être protégées d'éventuelles agressions sexuelles. Et qu'elles ne devraient pas participer à des compétitions sportives avec des femmes transgenres.

Des manifestations d'étudiants ainsi que des affiches et des graffitis avaient exigé son renvoi. Devant la violence des menaces, la police avait demandé à l'enseignante de placer une caméra au-dessus de sa porte d'entrée et proposé une escorte par des agents de sécurité pour se rendre sur le campus. Au sein même de l'institution universitaire, des centaines d'enseignants avaient signé une lettre pour contester la décision de faire Kathleen Stock chevalier de l'Ordre de l'Empire britannique, affirmant que sa «*rhétorique néfaste*» sur les personnes transgenres renforçait «*le statu quo patriarcal*». Kathleen Stock s'était défendue de toute «*transphobie*», revendiquant juste le droit de débattre sereinement de ces sujets. Mais, épuisée par trois années d'attaques, elle avait décidé avec «*une grande tristesse*» de quitter l'université. Le procès qui est fait à Kathleen Stock ressemble à celui dont est victime l'auteur de la saga *Harry Potter*, J. K. Rowling, pour avoir ironisé dans des tweets sur la différence des sexes.

L'université a le devoir statutaire de défendre la liberté d'expression

Lawrence Goldman, ancien doyen à Oxford

Même si de vifs débats ont déjà eu lieu sur le sujet à Oxford ces dernières années, c'est la première fois qu'autant d'universitaires, de sensibilité de droite comme de gauche, signent une lettre pour défendre la libre parole sur les campus. C'est un doctorant et chargé de cours de 26 ans, John Maier, qui a rédigé le texte. Le jeune universitaire se désole de cette inquisition à l'envers. «*Je ne pense pas que ceux qui protestent contre Kathleen aient réellement lu son travail, estime-t-il. Il est intolérable de laisser des groupes de personnes contrôler les opinions qui peuvent être entendues. Si les gens n'aiment pas les idées de Kathleen, ils doivent les contester, pas essayer de la faire taire.*»

La pression sur les signataires est forte. Maier a confié au *Times* qu'un certain nombre d'entre eux ont finalement décidé de retirer leur nom, par peur des réactions. «*J'ai la chance d'être ici depuis 1997, et cela ne me dérange donc pas de m'exprimer, mais je connais un autre universitaire qui aimerait le faire mais ne le fera pas parce qu'il a un contrat temporaire*, a dit au journal Roger Teichmann, professeur de philosophie au St Hilda's College. *Les opposants à Kathleen Stock veulent tout simplement "annuler" des gens*», a-t-il ajouté, en référence à la «*cancel culture*» états-unienne. L'universitaire déplore que ces militants soient aussi ignorants que dépourvus de curiosité, mus par «*une sorte de soif de sang sublimée*». Maître de conférences en français à Oriel et aussi signataire de la lettre, Marie Daouda a estimé qu'un monde où l'on refuse la discussion et la confrontation d'idées serait «*très très triste*».

Je trouve incroyable que les personnes qui préconisent de faire taire toutes les opinions critiques soient de gauche

Jeff McMahan, professeur de philosophie morale à Corpus Christi

Professeur de philosophie morale à Corpus Christi et signataire de la lettre, Jeff McMahan raconte que l'argumentaire des activistes lui rappelle le racisme et l'intolérance dont il a été témoin pendant son enfance en Caroline du Sud. «*Je pense qu'on ne peut faire plus à gauche que moi*, a-t-il confié au *Times*, *mais je n'arrive pas à comprendre la gauche contemporaine. Je trouve incroyable que les personnes qui préconisent de faire taire toutes les opinions critiques soient de gauche. Je veux que mes étudiants et d'autres personnes attaquent mes idées autant que possible. C'est ainsi que l'on se rapproche le plus de la vérité.*» «*Nous sommes arrivés à une situation où tout le monde a peur de dire ce qu'il pense*», s'alarme-t-il.

Un autre signataire, le professeur Lawrence Goldman, 66 ans, ancien doyen à Oxford où il a enseigné pendant vingt-neuf ans, se demande pourquoi l'université ne rappelle pas à l'ordre les étudiants protestataires en leur lisant tout simplement le Riot Act. Pour lui, l'université a «le devoir statutaire de défendre la liberté d'expression». Et ses étudiants doivent, dit-il, accepter les principes démocratiques et libéraux qui fondent Oxford ou aller imposer leur dogmatisme ailleurs.

22 mai 2023 (L'Express)

Vouloir renouveler la démocratie est une dangereuse illusion, par Vincent Tournier

La contestation de la réforme des retraites a vu se multiplier les appels à "inventer" de nouvelles formes de démocratie. La vérité est moins enthousiasmante : il n'y a rien de nouveau sous le soleil.

[afp.com/Sebastien](https://www.afp.com/Sebastien) Bozon

Par Vincent Tournier*

Publié le 17/05/2023 à 08:00

Avec la contestation de [la réforme des retraites](#), qui s'est accompagnée d'une critique des institutions, on a vu se multiplier les [plaidoyers](#) en faveur d'un "renouveau démocratique" dans le but d'assurer une meilleure participation des citoyens. Les appels de ce type ne sont pas nouveaux. Apparus depuis un quart de siècle, ils ont gagné en légitimité au point de prendre une dimension incantatoire. Il est désormais question "d'inventer" de nouvelles formes de démocratie, et ce vocable de l'innovation est complaisamment relayé par les discours officiels, que ce soit [en France](#) ou en [Europe](#) et plus généralement en [Occident](#). De leur côté, les universitaires ont [largement investi](#) cette thématique à laquelle ils apportent leur soutien et leur caution.

Pourtant, une question se pose : qu'est-ce qui est nouveau ? Que veut dire "réinventer" la démocratie ou instaurer de "nouvelles formes" de participation ? Peut-on vraiment innover en politique après 2000 ans d'histoire, surtout en France où tous les régimes politiques ont été expérimentés ?

La vérité est moins enthousiasmante : il n'y a rien de nouveau sous le soleil. Personne n'a jamais inventé quoi que ce soit au cours des dernières décennies. Les mécanismes fondamentaux de la démocratie ont été posés voici longtemps et ils n'ont guère bougé : l'élection libre des représentants, la séparation des pouvoirs, l'indépendance de la justice. Ces mécanismes ne sont certes pas parfaits, ni totalement figés car les curseurs peuvent bouger selon les époques et les pays, mais pour l'heure, aucun pays n'a fait la démonstration qu'il existait des mécanismes démocratiques plus satisfaisants. De ce point de vue, [Francis Fukuyama](#), dont on s'est tant gaussé, avait raison.

Idéologies de rupture

Pourtant, l'idée selon laquelle il est possible d'imaginer des alternatives à la démocratie classique n'a cessé de monter en force. Cette polarisation sur l'innovation a eu deux grands effets. Le premier est d'avoir laissé dans la plus grande indifférence le déclin de la participation électorale. La montée de l'abstention a été considérée comme une simple conséquence de la défiance envers la participation conventionnelle, voire comme la preuve d'une aspiration à un renouveau démocratique. De ce fait, personne n'a vraiment cherché à engager une réflexion sérieuse sur les causes réelles du malaise démocratique.

Le second effet est d'avoir conforté ceux qui rêvent d'abattre les institutions démocratiques. Rien ne pouvait en effet leur faire plus plaisir que de proposer de remplacer les mécanismes les plus vitaux de la démocratie par des mécanismes censément plus démocratiques mais qui contribuent en réalité à la saborder. D'une certaine façon, les plaidoyers en faveur des "conférences de citoyens" accréditent l'idée que la démocratie est ailleurs. L'air de rien, ils réhabilitent l'imaginaire des "conseils d'ouvriers" et autres "comités de défense de la Révolution" où les activistes ont appris depuis longtemps à régner en maîtres.

En temps ordinaire, ces propositions de démocratie alternative ne rencontrent qu'un faible écho dans la population. Du reste, les expériences de démocratie participative de ces dernières années n'ont guère fait la preuve de leur utilité et de leur performance, surtout lorsqu'on se moque ouvertement du public en prétendant y faire siéger des citoyens tirés au sort.

Mais les conditions ont changé. [L'Observatoire du décolonialisme](#) ne cesse d'alerter sur le retour des idéologies de rupture, souvent fondées sur des logiques identitaires, donc hostiles par principe à la démocratie représentative et aux compromis politiques.

Ces idéologies agressives rejettent par principe le jeu électoral et l'alternance au pouvoir. Le débat sur la réforme des retraites en donne un aperçu : pour les opposants, non seulement les mécanismes constitutionnels comme [l'article 49.3](#) sont frappés d'illégitimité (malgré leur caractère légal et nettement plus démocratique que les conférences de citoyens) mais il ne vient visiblement pas à l'idée qu'il est possible d'attendre la prochaine échéance électorale pour présenter un contre-projet.

En cette période troublée où le complotisme et la violence politique connaissent un regain de popularité, il serait peut-être temps de cesser de jouer avec le feu.

**Vincent Tournier est maître de conférences à Sciences Po Grenoble et membre de l'Observatoire du décolonialisme.*

22 mai 2023 (FAZ)

[25 Jahre EZB: Ihre Geschichte wirft Fragen auf \(faz.net\)](https://www.faz.net)

JUBILÄUM DER EZB:

Sie ist immer noch da

Vor 25 Jahren nahm die Europäische Zentralbank ihre Arbeit auf – und bis vor Kurzem hat sie die Inflation in Schach gehalten. Aber ihre Geschichte wirft Fragen nach der Rolle einer unabhängigen Notenbank auf.

VON [GERALD BRAUNBERGER](#)

-AKTUALISIERT AM 22.05.2023-15:28



Die [Europäische Zentralbank](#) wird Ende des Monats 25 Jahre alt. Für eine Zentralbank ist das kein beeindruckendes Alter: Die Bank of England wurde im Jahre 1694 gegründet, die Banque de France stammt aus dem Jahr 1800. Die Deutsche Bundesbank entstand im Jahre 1957 aus der wenige Jahre zuvor ins Leben gerufenen Bank deutscher Länder. Gleichwohl hat die EZB in ihrem noch jungen Dasein allerlei erlebt.

Wenige Jahre nach ihrer Gründung hebelten mit Deutschland und Frankreich die beiden wichtigsten Länder der Währungsunion de facto das Neuverschuldungskriterium des Vertrags von Maastricht aus, wonach eine der tragenden Säulen, auf denen die [Europäische Währungsunion](#) errichtet war, zu bröseln begann. Bald darauf brach die Große Finanzkrise aus, in der die Zentralbanken durch großzügigste Bereitstellung von Liquidität das globale Finanzsystem und damit das Wohlergehen der Weltwirtschaft stabilisieren mussten.

An die Große Finanzkrise schloss sich nahezu übergangslos die Eurokrise an, die wiederum nur durch ein sehr aktives Handeln der EZB mühsam bewältigt werden konnte. Mario Draghis berühmtes „Whatever it takes“ hat diese Zeit in drei Wörtern für die Geschichtsbücher festgehalten. In jenen Jahren setzte – bei weiterhin sehr niedrigen Inflationsraten übrigens – in Deutschland eine Entfremdung von der ohnehin immer etwas skeptisch betrachteten Zentralbank im Osten Frankfurts ein. **Nachdem deutlich wurde, dass sich die Europäische Zentralbank nicht einfach wie ein Klon der [Deutschen Bundesbank](#) verhielt, wurde die Geldpolitik mehrfach zum Verhandlungsgegenstand vor dem Bundesverfassungsgericht.** Die deutschen Debatten jener Zeit um den Euro und die EZB waren unerbittlich und sparten tiefe persönliche Verletzungen nicht aus.

Befand sich die Währungsunion jemals in ernsthafter Gefahr?

Im Nachhinein wird ein Grund für die unterschiedlichen Blickwinkel auf die Rolle einer Zentralbank in potentiell systemgefährdenden (Finanz-)Krisen deutlich: Die Deutsche Bundesbank war in ihrer Zeit als Hüterin der D-Mark niemals mit einer ernsthaften Finanzkrise konfrontiert – ebenso wenig wie das Gros der deutschen Ökonomen. Wer die Geschichte der Geldpolitik am Beispiel der [Bank of England](#), der Banque de France und dem amerikanischen Federal Reserve System (oder auch der Deutschen Reichsbank) studiert, wird dort Episoden finden, die bestätigen, was die nicht zuletzt von dem deutschen Princeton-Ökonomen Markus **Brunnermeier** vorangetriebene moderne Forschung zeigt: **Preisniveaustabilität, Finanzstabilität und Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen bilden – auf durchaus problematische Weise – eng miteinander verbundene Konzepte.**

Nach dem Abflauen der Eurokrise folgten ein paar eher ruhige Jahre, die mit **Null- und Negativzinsen und Anleihekaufprogrammen vor allem wieder in Deutschland für aufgeregte Debatten sorgten** (trotz weiterhin sehr niedriger Inflationsraten), aber dann kamen mit der Pandemie, den anschließenden, auch durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine verursachten wirtschaftlichen Verwerfungen und der **Rückkehr einer lange Zeit unterschätzten Inflation** neue Herausforderungen auf. Kurzum: Die Großthemen unserer Zeit – Demographie, Klima und Energie, Geopolitik und Globalisierung – sind andere als vor 25 Jahren. **Eine hohe Inflation ist von einem damals eher gedanklichen Konstrukt zu einer Realität geworden.**

Angesichts der kurzen, aber ereignisreichen Geschichte der Währungsunion und der besonders in Deutschland existierenden Vorbehalte liegt die Frage nahe: Befand sich die Währungsunion jemals in ernsthafter Gefahr? Wenn ein solcher Moment existierte, dann ist er in den schwierigsten Stunden der Eurokrise zu suchen. Doch immer wenn Gefahr drohte, optierten die Mächtigen für die Fortsetzung der Integration und gegen eine Desintegration. Das gilt für den Strandspaziergang von **Angela Merkel** und Nicolas Sarkozy im Jahre 2010 ebenso wie für Draghis Londoner Rede im Jahre 2012. **Der Austritt eines Landes – Griechenland – wurde sehr ernsthaft erwogen und doch verworfen.**

Der Ökonom Michael Burda hat einmal geschrieben, die deutsche Politik richte sich traditionell an der Sicherung der Absatzmärkte der exportorientierten Unternehmen aus. Nach dieser Betrachtung war die Unterstützung des Euros und der EZB durch die Bundesregierung sehr wohl erklärbar. Hoffnungen mancher Euro-Kritiker, das **Bundesverfassungsgericht** werde die weitere Beteiligung Deutschlands an der Währungsunion ganz erheblich eingrenzen oder gar untersagen, waren von Beginn wenig realistisch. **Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach vernehmlich den Finger gehoben, aber niemals den Daumen gesenkt.**

Die Stabilisierungsbemühungen hatten Kosten und Nebenwirkungen

Freilich gingen die unterschiedlichen Stabilisierungsbemühungen mit allerlei Kosten und Nebenwirkungen einher. Aus einer der Tradition der Bundesbank verhafteten deutschen Perspektive **lässt sich nicht bestreiten, dass in den vergangenen 25 Jahren der deutsche Einfluss in der EZB gesunken ist, während der französische zugenommen hat.** Das hat viel mit der Auswahl des (Spitzen-)Personals zu tun, bei der Paris seit je konsequenter agiert als Berlin.

Aber auch im Wettbewerb der Konzepte liegt Deutschland nicht vorne: Die Geschichte der Währungsunion hat der französischen Idee, mit der Einführung einer Währung beginne ein fließender Prozess zu einer Politischen Union mit anpassungsfähigen Rollen der Institutionen, bisher eher recht gegeben als dem deutschen Gedanken, durch statische Verträge lasse sich dauerhaft ein stabiles Institutionengeflecht garantieren. **Wie die aktuellen Diskussionen um nationale Schuldenregeln und schuldenfinanzierte europäische Großprogramme zeigen, fällt es schwer, den einmal aus der Flasche entkommenen Geist wieder in dieselbe zurück zu befördern.**

Ein gedeihliches Nebeneinander einer gemeinsamen Geldpolitik mit einer nationalen Finanzpolitik in einer Währungsunion ist theoretisch erfolgreich modellierbar, aber in der Praxis schwierig, wenn sich die Länder untereinander nicht über die Bestrafung finanzpolitischer Sünder einig werden. **Eine mächtige gemeinsame finanzpolitische Instanz erforderte allerdings weitaus energischere Schritte hin zu einer Politischen Union, die aus heutiger Sicht auf verfassungsrechtliche Vorbehalte stießen, in den Bevölkerungen wohl keine Mehrheiten fänden. So erscheint die aktuelle Konstellation alles andere als optimal. Sie vergrößert die Handlungsräume der Geldpolitik, die sich gleichzeitig einer wachsenden Gefahr von Abhängigkeiten entgegenseht.**

Zu großzügige Hilfen können Abhängigkeiten zur Folge haben

Im Ergebnis ist in der Währungsunion eine Ausdehnung der Macht der EZB zu konstatieren, die Fragen nach den Grenzen ihres Mandats aufwirft. Diese Debatte, die schwierige demokratietheoretische Themen berührt, wird auch in anderen Ländern mit Blick auf andere

Zentralbanken geführt. So wäre eine wichtige Rolle der Zentralbank in der Bankenaufsicht, wie sie in der Eurozone zumindest für die großen Häuser besteht, nach dem britischen Verständnis nicht akzeptabel.

Die Rolle eines Retters in schweren Finanzkrisen ist aus der Geschichte des 19. Jahrhunderts wohl bekannt und dürfte auch mit heutigen Mandaten vereinbar sein. Daher betrachten die meisten Ökonomen temporäre Wertpapierankaufprogramme in Krisen als vertretbares und in solchen Situationen nützliches Instrument. Aber sie sollten auf akute Krisen beschränkt bleiben, weil sie mit ernsthaften Anreizproblemen behaftet sind. Denn zu großzügige Hilfen der Zentralbank können Abhängigkeiten von den Finanzmärkten wie von den Regierungen zur Folge haben. Insofern war das Anleihekaufprogramm der EZB in der Pandemie besser begründbar als das vorausgegangene, im Jahre 2014 aufgelegte Programm. Vor allem hätte das Programm früher beendet werden müssen.

Zu den großen Trends der vergangenen Jahrzehnte zählt ein erhebliches Wachstum der Staatsverschuldung, aber auch der privaten Verschuldung. Wer Verschuldung grundsätzlich als Teufelswerk betrachtet, übersieht möglicherweise, dass sie in der Vermögensrechnung die Gegenposition zu einem guten Teil der in den vergangenen Jahrzehnten entstandenen Geldvermögen darstellt. **Aber natürlich kann es im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sehr wohl ein Zuviel an Schulden geben, und mit Blick auf manche Staaten auch in der Eurozone muss diese Frage gestattet sein.**

Es ließe sich, in Anlehnung und Erweiterung eines von Raghuram Rajan nach der Großen Finanzkrise für die Vereinigten Staaten vorgebrachten Arguments, wohl konstatieren, dass der schuldenfinanzierte Ausbau der Staatstätigkeit auch in Europa zu einem nicht geringen Teil dem Versuch geschuldet war, ein trendmäßiges Abflachen der Wachstumsdynamik zu konterkarieren, das wesentlich durch demographischen Wandel, zunehmende gesellschaftliche Spannungen und nur kleine Produktivitätsfortschritte gekennzeichnet war.

Ebenso hat der Trend zur Staatsverschuldung durch eine bis heute währende kräftige Nachfrage nach Staatsanleihen als (vermeintlich) sicherer Anlage profitiert. Aber es wird angesichts der hohen Bestände an Staatsanleihen nicht recht gelingen, die Zentralbanken von jeder Verantwortung freizusprechen. Und wahr ist auch: In der EZB lässt sich wie in manchen anderen Zentralbanken eine zunehmende Berufung ehemaliger Finanzminister in Führungspositionen konstatieren.

Eine Bilanz der bisherigen Geschichte der EZB besäße wie jede Bilanz jedoch zwei Seiten. Auf der Aktivseite steht zuvörderst, dass es der EZB während des überwiegenden Teils dieses Vierteljahrhunderts gelungen ist, die Geldentwertung im Zaum zu halten. Zur besonderen Ironie der Geschichte aus deutscher Perspektive gehört, dass die Inflationsrate ausgerechnet während der unerbittlich kritisierten Präsidentschaft **Mario Draghis** so niedrig war wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Natürlich haben gesamtwirtschaftliche Trends geholfen. Aber eine Erzählung, die niedrige Inflationsraten allein dem Umfeld zuschriebe und hohe Inflationsraten allein der EZB, wäre nicht aufrichtig.

Die Rückkehr der Inflation war ursächlich vor allem exogenen, durch die Pandemie, die Geopolitik und den Krieg bewirkte Angebotsschocks vor allem für Energie und Nahrungsmittel geschuldet. Aber die Ausbreitung der Verteuerung auf einen weiten Teil des Warenkorbts weist auf einen Überschuss der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage hin. Und an dieser Stelle kommt die Geldpolitik sehr wohl ins Spiel, denn eine Zentralbank vermag unmittelbar keine Güterpreise zu beeinflussen, dafür jedoch die gesamtwirtschaftliche Nachfrage.

Die Reaktion der EZB auf den Preisschub kam fraglos zu spät. Seitdem hat sie ihre Leitzinsen weitaus kräftiger erhöht als erwartet, und nun kommt auch der dringend notwendige Bilanzabbau in Gang. Es sieht so aus, als habe die EZB den richtigen Pfad gefunden, aber vor ihr liegt noch eine mühsame Strecke.

22 mai 2023 (NZZ)

[Meinungsklima: Linksgrüne Minderheit schüchtert die Mehrheit ein \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch/Meinungsklima: Linksgrüne Minderheit schüchtert die Mehrheit ein)

Deutschland erinnert immer mehr an eine illiberale Demokratie. Massgeblich verantwortlich für dieses Klima sind Politiker und Journalisten

Fast 50 Prozent der Deutschen trauen sich laut Umfragen nicht mehr, ihre Meinung zu sagen. Kein Wunder, denn eine links-grüne Minderheit brandmarkt alles, was ihr nicht passt, als «Nazi» und rechtsextrem.

Hugo Müller-Vogg

22.05.2023, 05.30 Uhr



Für viele eine Reizfigur: Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer sollte kürzlich an einem Auftritt an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main gehindert werden.

Alexander Gonschior / Imago

Vor mehr als drei Jahrzehnten gab sich der saarländische SPD-Vorsitzende Lafontaine frech wie Oskar: «Helmut Schmidt spricht weiter von Pflichtgefühl, Berechenbarkeit, Machbarkeit, Standhaftigkeit. Das sind Sekundärtugenden. Ganz präzise gesagt: Damit kann man auch ein KZ betreiben.»

Die Empörung war damals, im Sommer 1982, riesig, innerhalb wie ausserhalb der SPD. So gehe man nicht mit einem Bundeskanzler und Parteivorsitzenden um, lautete der Tenor. Nur kam niemand auf die Idee, Lafontaine vorzuwerfen, er verharmlose die Naziherrschaft und relativiere damit den Holocaust. Altkanzler Schmidt revanchierte sich sechzehn Jahre später ebenso knallhart. Er verglich den inzwischen zur Linkspartei gewechselten Lafontaine mit «Adolf Nazi»: Beide seien charismatische Redner gewesen.

Boris Palmers Judenstern-Vergleich

Nun sind Nazi-Vergleiche meistens völlig unangebracht. Entweder sie verharmlosen das NS-Regime, wenn sie irgendeine Äusserung oder Handlung von heute mit den Verbrechen der Nazis gleichsetzen, oder sie plustern eine Verfehlung des politischen Gegners zur monströsen Untat auf. Gleichwohl werden solche billigen Vergleiche immer wieder angestellt. Wer aus Sicht der deutschen Links-Grünen und der Mainstream-Medien nicht links genug ist, der wird schnell als Nazi gebrandmarkt.

Das war erst kürzlich an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main zu beobachten. Die Professorin Susanne Schröter, [Direktorin des Forschungszentrums Globaler Islam](#), hatte es gewagt, den Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer zu einer Tagung über Integration einzuladen. Der hat sich mit seiner Partei, den Grünen, längst überworfen. **Palmer provoziert gerne, statt im politisch korrekten Mainstream mitzuschwimmen.** Zu allem Übel hatte Palmer vor einiger Zeit einen schwarzen Fussballer im Internet mit dem Wort «Neger» belegt – was er satirisch gemeint haben wollte.

So kam, was kommen musste. Auf dem Campus protestierten die Protagonisten einer lupenreinen Cancel-Culture gegen Palmers Auftritt, beschimpften ihn lautstark als Nazi. Als Palmer dann die auf ihn gemünzte Bezeichnung mit dem Judenstern verglich, kannte die Empörung kein Halten mehr.

Willige Helfer in den öffentlichrechtlichen Anstalten

Natürlich war dieser Vergleich mehr als deplatziert. Ebenso deplatziert war die darauffolgende Empörungswelle. Sie gipfelte in der Forderung, die Institutschefin Schröter mundtot zu machen. Wer da mitmischte, hatte sogar den Segen des Universitätspräsidenten Enrico Schleiff. Der verkündete ex cathedra: «Jede explizite oder implizite den Holocaust relativierende Aussage ist vollkommen inakzeptabel und wird an und von der Goethe-Universität nicht toleriert.»

Das zielte auf den Judenstern-Vergleich. Offenkundig toleriert die Goethe-Universität jedoch die Gleichsetzung von Menschen mit politisch angeblich nicht korrekten Ansichten mit Nazis. Diese Form der Verharmlosung des Nationalsozialismus mit seiner kruden Rassentheorie und seinem mörderischen Charakter ist in linken Kreisen längst gang und gäbe. Die meisten Medien, allen voran die öffentlichrechtlichen Rundfunkanstalten, sind dabei willige Helfer.

Der unterschiedliche Umgang mit Lafontaines KZ-Vergleich und Palmers Judenstern-Referenz zeigt, wie sehr sich das Meinungsklima in der Bundesrepublik verändert hat. Heute gleicht der Meinungskorridor einer zweispurigen Strasse, deren rechte Spur viel schmalere ist als die linke. Wer gegen eine Frauenquote oder das Gendern argumentiert, wer nicht unbegrenzt Flüchtlinge aufnehmen möchte, wer sich gegen eine noch höhere Besteuerung der Reichen ausspricht oder es gar wagt, dem Klimaschutz nicht eindeutig Priorität gegenüber der Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen und der Sicherung von Arbeitsplätzen einzuräumen, der hat einen schweren Stand. Schlimmer noch: Er wird von vielen Medien ausgegrenzt.

Die SED-Nachfolgepartei ist willkommen, die AfD nicht

Es ist geradezu grotesk. Einerseits haben klassische Medien ihre Türwächterfunktion weitgehend eingebüsst. Dank den neuen Medien kann jeder sein eigener Chefredakteur sein. Andererseits klagen immer mehr Menschen, man dürfe so vieles nicht sagen. Bei einer Allensbach-Umfrage im Jahr 2021 stimmten nur 45 Prozent der Aussage zu, man könne seine politische Meinung frei äussern; 44 Prozent waren gegenteiliger Ansicht. 1991 waren noch 78 Prozent der Auffassung, nicht nur die Gedanken, sondern auch die Worte seien frei.

Dabei spielt es keine Rolle, dass das Recht auf freie Meinungsäußerung verfassungsrechtlich garantiert ist. Entscheidend ist die gefühlte und erlebte Meinungsfreiheit, die Erfahrung, mit seiner Meinung nicht angeprangert zu werden. Bezeichnenderweise fühlen sich die Anhänger der Grünen am freiesten, die AfD-Sympathisanten dagegen am wenigsten frei. Dies ist ein bedenklicher Befund, und ein höchst gefährlicher obendrein. Denn ohne Meinungsfreiheit ist keine öffentliche Auseinandersetzung, kein Ringen um die Meinungsführerschaft mehr möglich – und damit auch keine liberale Demokratie.

Dass weniger als die Hälfte der Deutschen noch ihre Meinung zu sagen wagen, ist ein durchschlagender Erfolg der Cancel-Culture. Diese Zuspitzung von Political Correctness verfolgt das Ziel, als unangemessen eingestufte Meinungen aus dem öffentlichen Diskurs herauszuhalten. Menschen, die «falsche» Ansichten vertreten, sollen erst gar nicht zu Wort kommen dürfen.

Dies zeigt sich bei der Besetzung der Talkshows der öffentlichrechtlichen Sender. Vertreter der in Teilen rechtsextremistischen AfD sind davon praktisch ausgeschlossen, Repräsentanten der in Teilen linksradikalen Linkspartei alias SED dagegen stets willkommen. Auch wenn man der Meinung ist, die AfD mit ihren völkischen und rassistischen Tönen würde vom Wähler am besten wieder in die Versenkung geschickt, kann man ihre relativ starke parlamentarische Existenz nicht einfach ausblenden, jedenfalls nicht mit demokratischen Argumenten.

Die politischen Tugendwächter sind selbst eine Minderheit, allerdings dank medialem Rückenwind eine mächtige. Die grosse Mehrheit der Bevölkerung hält beispielsweise die angeblich geschlechtergerechte Schluckaufsprache («Mitglieder – Pause – Innen») für Unsinn, ärgert sich, in Funk und Fernsehen ständig Gender-Sprech anhören zu müssen. Auch haben mehr als zwei Drittel der Deutschen mit Bezeichnungen wie «Zigeunerschnitzel» oder «Mohrenkopf» kein Problem. Aber sie achten darauf, was «man» noch sagen darf.

Die vielfältigen Bemühungen, die Deutschen in die richtige, links-grüne Spur zu zwingen, sind nicht das Ergebnis einer grossen Verschwörung, eines «deep state». Vielmehr bilden unter den Journalisten jene mit linken und grünen Einstellungen die Mehrheit. Wobei der Begriff «Journalist» bei vielen Mitarbeitern der Öffentlichrechtlichen an Etikettenschwindel grenzt. Hier sind häufig politische Aktivisten am Werk, toleriert von ähnlich gesinnten oder konfliktscheuen Vorgesetzten. Mögen die rückständigen Zuschauer und Zuhörer sich über diese Umerzieher auch aufregen – ihre Zwangsgebühren müssen sie dennoch zahlen.

Erinnerungen an Viktor Orban

Die Strategie, bestimmte Meinungen aus dem politischen Diskurs zu verbannen, erinnert in gewisser Weise an die «illiberale Demokratie» à la Viktor Orban. Anders als in Ungarn wird «das Richtige» in Deutschland nicht von oben verordnet, sondern mehr oder weniger beiläufig implementiert. Getragen wird das alles keineswegs nur von den Medien oder Politikern aus den Reihen der Grünen, der SPD und der Linken. Dabei sind auch staatliche Instanzen hilfreich.

Eine Errungenschaft von Rot-Grün sind beispielsweise die unzähligen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragt:innen (m/w/d) auf ihren gut dotierten Stellen. Dass die CDU dabei in vielen Kommunen mitmacht, um als modern zu gelten, erleichtert den anderen das Geschäft. Vom Staat ebenso grosszügig gefördert werden Organisationen, die sich offiziell dem Kampf gegen Rassismus und Antifaschismus verschrieben haben.

Dem Kampf gegen den Linksradikalismus wird politisch dagegen so gut wie kein Augenmerk geschenkt. Das ist kein Zufall. Denn viele der staatlich alimentierten Antifaschisten hängen ihrerseits einem linksradikalen Weltbild an, was ihre staatlichen Financiers aber kaum stört. Wer gegen angebliche Nazis kämpft, gehört aus links-grüner Sicht automatisch zu den Guten. Alle diese Anti-Vereine und Pro-Gleichstellungs-Initiativen haben einen hübschen Nebeneffekt: Hier lassen sich viele politisch korrekt Gesinnte auf Staatskosten unterbringen.

Es ist ein bedenklicher Befund, wenn die Meinungsforscher von Allensbach feststellen: «Die Mehrheit fühlt sich gegängelt.» Diese Gängelung erfolgt indes nicht von oben, wie wir das von Ungarn oder gar aus der Türkei kennen. Der das Meinungsklima prägende links-grüne politisch-mediale Komplex ist eine Minderheit, die Druck auf die Mehrheit ausübt. Folglich hat die Mehrheit den Eindruck, ihr werde vorgeschrieben, was sie zu denken habe und was sie noch sagen dürfe.

Political Correctness und Cancel-Culture sind mit einer freiheitlichen, pluralistischen Gesellschaft unvereinbar. Sie beschädigen zunehmend den liberalen Kern der Demokratie – die offene Kontroverse, das öffentliche Ringen um den richtigen Weg.

Hugo Müller-Vogg ist Journalist, Buchautor und ehemaliger Herausgeber der «FAZ».

22 mai 2023 (NZZ)

[Arbeitszeit: Schweizer arbeiten gleichzeitig viel und wenig \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch)

Arbeitszeit: Die Schweiz ist gleichzeitig top und Flop

Ist die Bevölkerung in der Schweiz faul oder fleissig? Es kommt darauf an, durch welche Brille man die Zahlen zur geleisteten Arbeitszeit anschaut. Spoiler: Der Schlüssel liegt bei der Teilzeitarbeit.

Christin Severin

22.05.2023, 13.10 Uhr



Arbeiten wir viel oder wenig? In der Schweiz ist die Erwerbsquote hoch, die Teilzeitquote aber auch. Die Arbeitszeit pro Erwerbstätigen ist darum eher niedrig. Gerechnet auf die gesamte Bevölkerung im Erwerbsalter ist die Arbeitszeit aber hoch.

Sylvio Dittrich / Imago

Die hitzige Debatte um die Teilzeitarbeit und Ängste vor dem Ende des Wohlstands suggerieren, dass die Schweizerinnen und Schweizer faul geworden seien. Der Arbeitgeberverband blies unlängst ins gleiche Horn. Innert zehn Jahren sei die jährliche Arbeitszeit pro erwerbstätige Person von 1610 auf 1495 Stunden gesunken. Das entspreche einem Minus von 13,8 Tagen. Das schmerze die Wirtschaft. Der Fachkräftemangel mache ihr zu schaffen. «Die tatsächliche Arbeitszeit muss wieder erhöht werden», fordert der Arbeitgeberverband deshalb.

2022 wurde in der Schweiz mehr gearbeitet

Aber stimmt es überhaupt, dass wir weniger arbeiten? Wer arbeitet weniger? Wer mehr?

Das Bundesamt für Statistik hat am Montag neue Zahlen zur Arbeitszeit in der Schweiz publiziert. Demnach wurden 2022 in der Schweiz insgesamt 7,922 Milliarden Arbeitsstunden geleistet. Dies entspricht einem Plus von 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit wurde das Vor-Corona-Niveau wieder erreicht. Allerdings ging die tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit der Vollzeitarbeitnehmenden innert fünf Jahren um durchschnittlich 59 Minuten auf 39 Stunden und 59 Minuten zurück.

Aus der Zunahme der Arbeitsstunden lässt sich allerdings noch nicht ableiten, dass in der Schweiz mehr gearbeitet wird. Sie hängt vielmehr damit zusammen, dass die Bevölkerung wächst. Die Arbeitsstunden verteilen sich also auf eine grössere Zahl von Köpfen. So schreibt das BfS, dass der Anstieg des Arbeitsvolumens zwischen 2021 und 2022 auf eine Zunahme der Arbeitsstellen um 1,5 Prozent zurückzuführen sei. Die Jahresarbeitszeit pro Arbeitsstelle nahm hingegen um 0,2 Prozent ab.

Gründe für diesen Rückgang sind die Abnahme der vertraglich festgelegten wöchentlichen Arbeitszeit und der wöchentlichen Dauer der Überstunden sowie die Zunahme der Absenzen. Zudem bezogen die Arbeitnehmenden mehr Ferien.

Die Schweiz ist gleichzeitig ganz oben und weit unten

Interessant ist vor allem der internationale Vergleich. Er zeigt, dass die Schweiz bei der Arbeitszeit sowohl nach oben wie auch nach unten ausschwingt - je nachdem, durch welche Brille man die Zahlen anschaut.

Die tatsächliche wöchentliche Arbeitszeit der Vollzeitarbeitnehmenden lag bei 42 Stunden und 44 Minuten. Damit besetzt die Schweiz vor Rumänien den Spitzenplatz der EU/Efta-Länder. Am tiefsten ist die Arbeitszeit in Belgien und in Finnland. In der EU lag der Durchschnitt bei 38 Stunden und 20 Minuten. So betrachtet, ist die Schweizer Bevölkerung sehr arbeitsam.

Wer in der Schweiz Vollzeit arbeitet, arbeitet viel

Durchschnittliche Arbeitszeit pro Vollzeitstelle in ausgewählten europäischen Ländern, in Stunden

Schweiz Rumänien Deutschland EU-Schnitt
Spanien Schweden Österreich Frankreich Niederlande Finnland 42,7 40,1 38,9 38,3 37,9 37,7 37,4 37,3 36,6

Quelle: Eurostat

NZZ / eik.

Betrachtet man jedoch die Stunden pro erwerbstätiger Person, so zählte die Schweiz mit 35 Stunden und 45 Minuten im Jahr 2022 zu den Ländern mit der niedrigsten Arbeitszeit pro Woche. So betrachtet, ist die Schweizer Bevölkerung also sehr «faul» oder arbeitsscheu. Der Grund für den tiefen Rang ist der hohe Anteil der Teilzeitkräfte. Diese senken den Durchschnitt deutlich. Der EU-Wert liegt mit 35 Stunden und 56 Minuten etwas höher.

Die vielen Teilzeitkräfte drücken den Durchschnitt

Arbeitszeit pro erwerbstätiger Person in ausgewählten Ländern, in Stunden

010203040 Rumänien Spanien EU-Schnitt Frankreich Schweiz Schweden Belgien Deutschland Österreich Niederlande

Quelle: BfS/Eurostat

NZZ / eik.

Wiederum Spitze ist die Schweiz allerdings, wenn man das gesamte Arbeitsvolumen auf die Gesamtbevölkerung (15 Jahre und älter) verteilt. Dann gehört die Schweiz wegen der hohen Erwerbsbeteiligung erneut zu den Ländern mit der höchsten Arbeitszeit. Die Position der Schweiz ist auf die hohe Erwerbsbeteiligung insbesondere der Frauen zurückzuführen.

Weil die Erwerbsquote hoch ist, arbeitet die Schweizer Bevölkerung insgesamt viel

Arbeitszeit, verteilt auf die gesamte Bevölkerung (ab 15 Jahren)

Schweiz Schweden Niederlande Deutschland Österreich EU-Schnitt
Rumänien Frankreich Spanien Belgien 22,8 21,6 20,2 20,2 19,6 19,5 19,4 18,7 18,4 18

Quelle: BfS/Eurostat

NZZ / eik.

«Je höher die Teilzeitquote, desto höher die Erwerbsquote», kommentiert Daniel Kopp von der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich. Dieser Trade-off zeige sich auch international. Die Zahlen machten jedenfalls deutlich, dass die Schweiz ihr Arbeitskräftepotenzial sehr gut ausschöpfe, so Kopp.

Im internationalen Vergleich stehe die Schweiz gut dar, meint Professor Josef Zweimüller von der Universität Zürich. Die gesunkene Arbeitszeit pro Vollzeitstelle lasse zwar auf einen Einkommenseffekt schliessen. «In reicheren Ländern muss man weniger arbeiten, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen».

Auf der anderen Seite zeigen die Zahlen aber eine Umverteilung der Erwerbsarbeit. Die Männer arbeiten im Durchschnitt weniger, die Frauen arbeiten mehr. «Generell gilt, dass man mit der Arbeitszeit weniger ans persönliche Limit gehen will als früher», so Zweimüller.

22 mai 2023 (NZZ)

[Milliardäre in der Schweiz: Problematischer Kumpel-Kapitalismus? \(nzz.ch\)](https://www.nzz.ch/feuilleton/milliard%C3%A4re-in-der-schweiz-problematischer-kumpel-kapitalismus-1.1647188)

KOMMENTAR

Kumpel-Kapitalismus: Hat die Schweiz ein grösseres Oligarchenproblem als Nigeria, Brasilien oder die Türkei?

In der Schweiz gibt es relativ viele Milliardäre. Diese könnten laut einem Index zum Kumpel-Kapitalismus der Wirtschaftszeitschrift «The Economist» ein Problem für das Land sein. Die Klüngelei findet aber anderswo statt.

Gerald Hosp

22.05.2023, 16.45 Uhr



Die Container-Reederei MSC wird von Genf aus geleitet. Sie gehört der Familie Aponte, die im vergangenen Jahr zu den reichsten Schweizern aufgestiegen ist.

Bing Guan / Bloomberg

Als hätte es die Schweiz nicht schon schwer genug. Für lange Zeit klang Kritik aus dem Ausland wie Fahrstuhlmusik, die sich ständig wiederholt, aber nicht richtig störend ist. Das Selbstverständnis wurde nicht angetastet. Jetzt aber kommt einiges zusammen: Nicht nur, dass die Neutralität als Prinzip der Aussenpolitik ein Auslaufmodell sein soll, nein, mit der Credit Suisse ist auch ein bankgewordener Pfeiler des Landes in sich zusammengestürzt.

Der Blick auf die Milliardäre

In dieses Malaise platzt nun auch die britische Wirtschaftszeitschrift «The Economist» mit der jüngsten Ausgabe des Indexes zum «crony capitalism» hinein. Übersetzen lässt sich dies mit Kumpel-Kapitalismus, der Begriff bezeichnet die enge Verbindung zwischen der Wirtschaft und dem Staat. Unternehmer und Manager sind dabei auf der Jagd nach ökonomischen Renten. Mit Beziehungen soll der Wettbewerb ausgehebelt werden, um sich zu bereichern.

Der erste Platz im Index erstaunt wohl wenig: Russland liegt an der Spitze. Unter 43 untersuchten Ländern kommt die Schweiz jedoch bereits auf Rang 12, noch vor Ägypten, Thailand, Nigeria, China, Brasilien und der Türkei. Vor zwei Jahren tauchte die Schweiz keineswegs im «Spitzenfeld» auf. Ein genauerer Blick darauf, wie der Index erstellt wird, lohnt sich deshalb.

Der «Economist» schaut sich dabei zunächst an, wie hoch der Anteil des Vermögens von Milliardären am Bruttoinlandprodukt (BIP) eines Landes ist. In einem nächsten Schritt wird dann definiert, inwiefern das Vermögen in einer Wirtschaftsbranche zustande kam, die für den Kumpel-Kapitalismus anfällig ist.

Typische Branchen dafür sind Glücksspiel, Rüstungsgüter, Banken, Infrastruktur, Immobilien, Bauwirtschaft, Versorgungsbetriebe, Telekom und Rohstoffe. Die Daten für die Milliardäre basieren auf den Listen der Zeitschrift «Forbes». Auch hierbei ist unschwer zu erkennen, warum Russland ganz oben steht: Die russischen Geschäftsleute sind häufig im Rohstoffsektor tätig. Insgesamt liegt der Anteil des Vermögens der Milliardäre am russischen BIP bei rund 23 Prozent. Der Wert fällt auf gut 18 Prozent, wenn nur die Klünger-Branchen hinzugezogen werden.

Weltweite Klüngelei

Rang gemäss dem Anteil des Vermögens von Milliardären am Bruttoinlandprodukt, 2023

- 1 Russland
- 2 Tschechische Republik
- 3 Malaysia
- 4 Singapur
- 5 Mexiko
- 9 Indonesien
- 10 Indien
- 12 Schweiz
- 14 Ägypten
- 15 Thailand

Quelle: [The Economist](#)

gho.

In der Schweiz haben die Milliardäre im Ganzen einen ähnlich hohen Anteil am BIP, die «Kumpel-Unternehmer» kommen aber lediglich auf knapp 6 Prozent, was jedoch international ein hoher Wert ist. Auch in der Schweiz tummeln sich einige Milliardäre aus dem Rohstoffsektor oder der Immobilienbranche. Der grosse Sprung nach vorne dürfte aber auf die Kappe der Familie Aponte

gehen, der MSC, die grösste Container-Reederei der Welt, gehört. «Forbes» schätzt ihr Vermögen auf 31,2 Milliarden Dollar, was bereits knapp 4 Prozent des Schweizer BIP ausmacht.

Schulterschluss ahoi

Im vergangenen Jahr verdoppelte sich das Vermögen der Apontes knapp. Die Lieferkettenprobleme wegen der Pandemie liessen die Frachtgebühren in die Höhe schiessen. Häufig wird den grossen Reedereien vorgeworfen, dass sie den Wettbewerb einschränkten, zudem geniessen sie in vielen Ländern einen aussergewöhnlichen Steuervorteil, weil sie nach Frachtkapazitäten und nicht nach Gewinn besteuert werden. Auch in der Schweiz soll dies eingeführt werden.

Gleichzeitig zeigt sich aber, dass die Reeder riesige Summen in den Ausbau der Flotte stecken – auch um sich gegenseitig Marktanteile abzujagen. Die Frachtgebühren sind bereits stark gesunken. Der Kumpel-Kapitalismus hat zumindest nicht lange gehalten, zumal die Branche häufiger auch finanzielle Durststrecken bewältigen muss. Für die gesamte Schweiz sagen die Branche und wohl auch der «Economist»-Index wenig aus. Andere Indikatoren wie der Korruptionsindex von Transparency International lassen die Schweiz in einem besseren Licht erscheinen.

Die Schweiz hat aber tatsächlich ein Klüngelei-Problem, auch wenn dies im «Economist»-Index nicht aufscheint: Wenn es zu einem Schulterschluss zwischen Politik, Verwaltung, Verbänden und Unternehmen kommt, werden häufig die Offenheit des Wirtschaftssystems und der Wettbewerb ausgehebelt. Sei dies bei der Rettung einer Grossbank, bei der Stützung eines Stromkonzerns oder bei der allgemeinen Auslagerung des privaten Risikos auf die Allgemeinheit. Staatsnahe Kumpel-Branchen gibt es auch ohne Milliardäre.

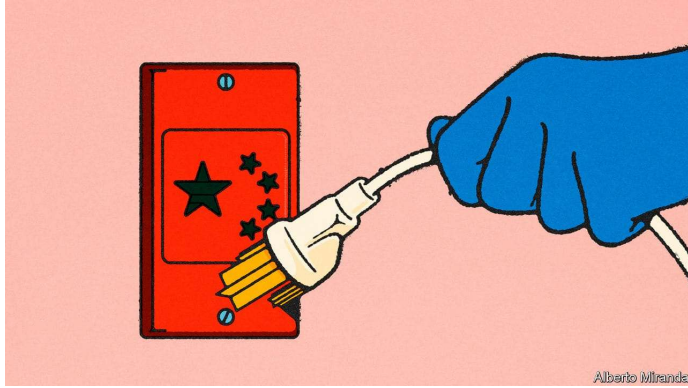
21 mai 2023 (The Economist)

[Europe can't decide how to unplug from China \(economist.com\)](https://www.economist.com)

From Macron to Mercedes

Europe can't decide how to unplug from China

We calculate the continent's exposure to the Asian power



May 15th 2023 | BERLIN, BRUSSELS AND PARIS

How should Europe handle China? The continent is trying to decide. After decades of pursuing trade, Europeans are pondering how much to decouple. Their closest ally, America, wavers between China-bashing and war talk on the one hand, and de-escalation and partial detente on the other. Individual European countries struggle to agree with each other.

Last week Josep Borrell, the eu's chief diplomat, urged Europe's foreign ministers in a letter to find "a coherent strategy" in the face of "a hardening of the us-China competition". But it is far from clear what that strategy might be, or whether Europe would remain so closely aligned with America in the event of a war over Taiwan.

An awkward procession of Europe's leaders to Beijing in the past few months points to the lack of a plan. Germany's [Olaf Scholz](#) paid a visit accompanied by business leaders in November; his foreign minister, who is from a different political party, went last month and struck a tough tone. Spain's prime minister, Pedro Sánchez, went to open doors to his country's trade. [Emmanuel Macron](#) ostentatiously sought to strike a partnership with Xi Jinping. The French president took 53 corporate bosses with him, and insisted that Europe distance itself from Sino-American tensions and from a conflict over Taiwan. His clumsy comments caused an uproar in Europe and America.

The war in Ukraine has complicated matters further as the mood has turned against autocracies. Most countries on the eu's eastern flank—which once opened their arms to Chinese investors—have become hawkish. "Russia's invasion of Ukraine had a sorting effect in Europe when it comes to China," says Janka Oertel of the European Council on Foreign Relations, a think-tank. It seems that those in the east are as leery of the "no-limits" friendship between Moscow and Beijing as they are of Mr Macron's talk of "strategic autonomy" from America. Meanwhile, everyone knows that China remains keen to exploit transatlantic differences.

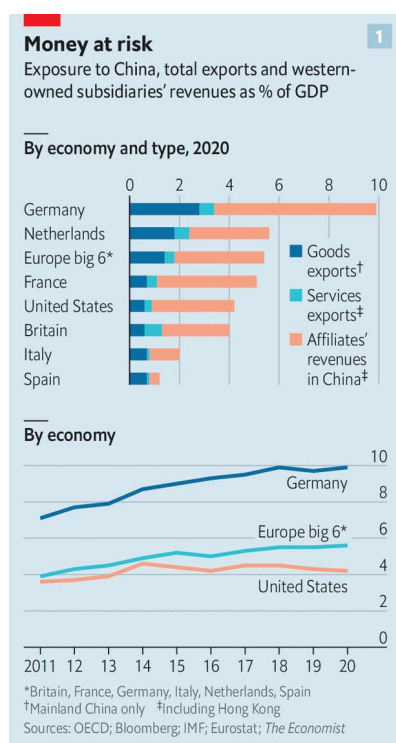
Finding common cause is onerous because it is hard to tell what America wants. Jake Sullivan, President Joe Biden's national security adviser, and Janet Yellen, the treasury secretary, have each recently distanced the Biden administration from hard talk of "decoupling", in favour of "de-risking"—a term also used in the past few months by Ursula von der Leyen, the head of the European Commission. (She had intended to distinguish Europe's policy of managing risk from what seemed to be a tougher American approach akin to economic divorce.) Yet it is not long since the [spy-balloon episode](#), when us-China relations hit a 30-year low. Congress and public opinion in America are hostile to China. Tensions may

rise during the election campaign in 2024, and a pugnacious Republican, perhaps Donald Trump, may win.

Attachment styles

All this makes it urgent for Europe to devise a coherent China policy. Its leaders need to work out how far they want to reduce its dependency on China, and in so doing also respond to the hundreds of billions of dollars in green-industry subsidies unveiled last year in America's Inflation Reduction Act. They also need to decide what they would do if America became more demanding. In an extreme case, in the event of a war over Taiwan, Europe might be expected to impose sanctions on China like those it has slapped on Russia, and to back a military campaign. Some hope that the new doctrine of de-risking is a compromise that solves the dilemma. Others fear that it will prove meagre and inflexible in the face of changing technological and geopolitical realities.

Europe is more economically exposed to China than America is. Some 8% of publicly listed European firms' revenues are from China, compared with 4% for American ones, according to Morgan Stanley, an American bank. Europe and America send a similar share of goods exports to China (7-9%), but because Europe is a more trade-intensive economy its sensitivity is higher. Multinational investments in China are worth 2% of Europe's gdp compared with 1% for America.



The Economist

To form a holistic view we have come up with a yardstick of “total China exposure” (see chart 1). This has three elements: exports of goods, exports of services and the sales of Western-owned subsidiaries in China. These figures are for 2020, the last year for which data are available. The services and subsidiaries data include Hong Kong. We define Europe as its six largest economies, including Britain. We measure each country's exposure as a share of its own economy.

The European big six's total China exposure has hit 5.6% of their combined gdp, up from 3.9% in 2011. That is higher than America's at 4.2%. There is a big range: Italy and Spain are at just 1-2%, France and Britain are at 4-5%. Germany is a huge outlier at 9.9%. Two-thirds of the European big six's exposure is from the sales of subsidiaries in China rather than from exports from Europe. Often these are the Chinese arms of industrial giants such as Volkswagen and basf.

In the event of a “rigid” fragmentation of supply chains, the eurozone's gross national expenditure would drop by over 2%; roughly double the amount America's would, according to the European Central Bank.

Germany's fall would presumably be higher. Similarly, an imf study in April found that in the event of an investment split between the West and China, European gdp would fall by 2%, more than twice the hit to America. In addition, a separation would cause a crisis at some leading European firms that rely on China, including Germany's carmakers, France's luxury empires and two British banks.

The emerging policy of de-risking refers to a calibrated reduction in links with China, rather than a wholesale economic decoupling. Even this is a big departure from how things were a decade ago. Back then European businesses were still stuffing their order books with Chinese contracts, suppressing their doubts about rising industrial competition. Overall trade between China and the eu grew 428% between 2002 and 2019.

An eu strategic paper four years ago marked the first stage of the pivot. It argued that China was not just a partner and an economic competitor, but a systemic rival. The effects were swift. Capitals across Europe, which flogged ports and other infrastructure to Chinese investors, started to have second thoughts.

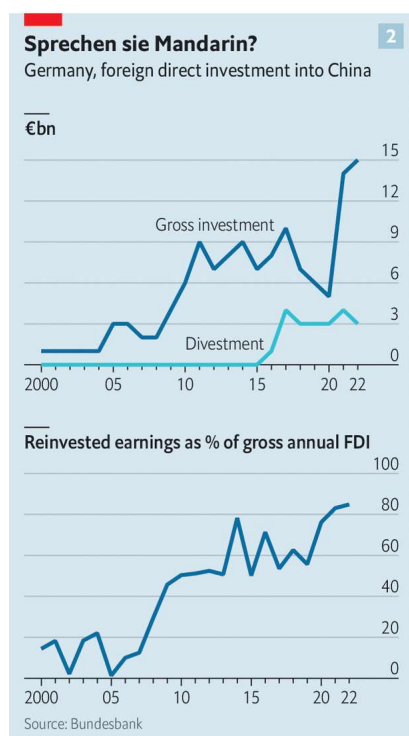
To America's delight, many countries in Europe began to [prise Huawei](#) from their 5g networks (though Germany still let the Chinese telecoms firm in). Remonstrations over human-rights abuses, particularly of Uyghurs in Xinjiang, grew louder. Supply-chain glitches during the pandemic showed the perils of relying too much on Chinese industry. The Sino-eu "Comprehensive Agreement on Investment", struck in December 2020, was put to one side by Europe. And China's declaration of a "no-limits" friendship with Russia just weeks before the invasion of Ukraine soured the mood further.

Mrs von der Leyen thinks that de-risking is the next step, and one that Europeans can agree on. But what it means in practice has yet to be clearly defined. It does not mean shutting the door to China altogether. It is partly about diversification, bolstering economic security and eradicating forced labour from supply chains. It is also focused on security concerns: hampering China's ability to get its hands on security-relevant technology such as quantum computing, which threatens encryption, or semiconductors for military purposes.

Like America, Europe is most strategically vulnerable when it comes to its critical dependence on China for certain supplies. In 2022 China mined nearly three-fifths of global [rare-earth elements](#), used as components in electronic equipment. It also refined 60% of the world's lithium and 80% of its cobalt, two core inputs for the production of high-capacity electric batteries. Europe imports 98% of its rare earths from China, even more than America, which imports 80% from the Asian power. According to a study by merics, a German think-tank, the eu relies on China for 97% of its chloramphenicol, used to manufacture antibiotics. For America, the figure is 93%.

Just friends

European firms have already been diversifying suppliers since the pandemic, "friend-shoring" to allies, and "near-shoring" closer to home. America's energy secretary also declared in March that the Biden administration wanted supply chains in countries "whose values we share." "All of us learned from covid-19 that we have to double- and triple-source, and not only from China," says a French corporate titan. Firms are looking to India, Mexico, Morocco, Norway and Turkey, among others. Policymakers are pushing in the same direction. The eu has unveiled a Critical Raw Materials Act, designed to ensure that no more than 65% of annual consumption of any listed material should be sourced from any single country by 2030.



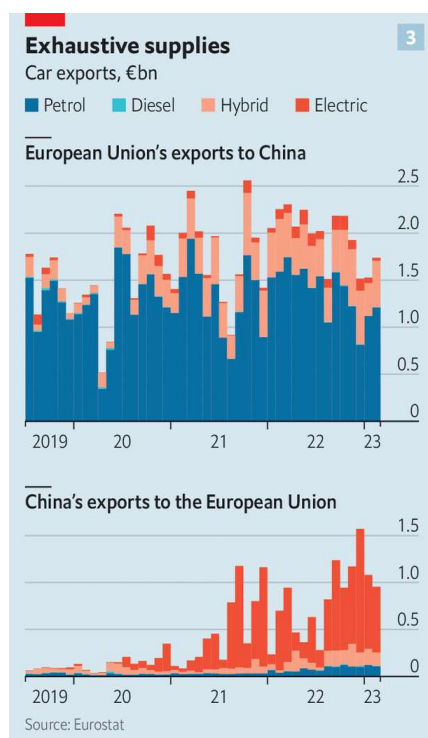
The Economist

In the realm of technology European firms that are embedded into America's technology industry are mirroring American export controls. asml, a Dutch firm which makes equipment used to build semiconductors, has limited the sale of its cutting-edge machines to China. Europe's multinational companies are adjusting how they operate in China, too. In some cases they are divesting. In others they are making subsidiaries in China more self-sufficient, with a higher share of inputs and sales made locally. One measure of this is the share of investment by subsidiaries in China financed from their own profits, rather than from capital sent from Europe. For German subsidiaries in China this has risen from 2% in 2002 and 52% in 2012 to a new high of 85% in 2022 (see chart 2).

If these Chinese subsidiaries were perfectly self-sufficient they could in an extreme scenario be separated from the European parent, with both arms able to continue to operate: think of vw Germany and vw China. The result would be huge wealth destruction for shareholders in big European firms (many of whom are not actually European) but less damage to Europe's economy. In practice this shift to "one company, two systems" is only just beginning and for many large firms decoupling would be severely disruptive.

A final element of de-risking is stricter screening of Chinese investment coming into Europe. Strategic infrastructure is increasingly off-limits for Chinese investors, as inward investment in Europe is screened for security risks. Overall Chinese investment in Europe last year fell to its lowest point since 2013, according to a study by merics and Rhodium Group, a consultancy based in New York. China's foreign direct investment peaked in Europe back in 2016, Rhodium estimates.

The emergence of de-risking is understandable, but Europe's middle way is riddled with potholes. Big companies, still keen on the China dream, may refuse to go along for the ride. "There are certain no-go areas on tech in China," says one senior European industrialist, "but on the rest we are not decoupling; it is business as usual, and the more the better." When Mr Macron was in Beijing, Airbus, a European aircraft manufacturer, agreed to expand an assembly line in Tianjin, and confirmed an order to sell China 160 planes.



The Economist

De-risking may also struggle to adapt to technological change and its commercial effects, which can create new links even as old ones are dismantled. Cars are a good example. The eu exports almost no electric vehicles to China. Yet almost all of China's car exports to the eu, many of which are made for European brands, are battery-powered (see chart 3). Exports have shot up from less than €100m (\$112m) a month before the pandemic to around €1bn a month now. As Europe's motorists seek greener transport, China is both eager and well positioned to flood the continent with cheaper electric models.

The greatest weakness of de-risking in its current guise is that it little prepares Europe for the shock that would follow an attempt by China to seize Taiwan. Europe's armed forces and its defence industry are already stretched, and the continent would struggle to find the capacity to provide much military support to America and Taiwan. Its leaders have little appetite for involvement in another war. But America would probably expect Europe to enforce the kind of embargo put in place on Russia. That would hurt American firms: despite Apple's efforts to diversify its production to India, the tech giant still relies on China. But it would harm Europe more, causing a bigger economic hit and destabilising more companies.

Mr Macron's recent suggestion that Europe should not follow America's lead on Taiwan, in case it is dragged "into crises that are not [its] own", delighted Beijing and [dismayed European capitals](#). Gabrielius Landsbergis, Lithuania's foreign minister, retorted tartly that, at a time when Europeans depend on America's backing of Ukraine, they should be trying to preserve transatlantic unity rather than "begging for dictators to help secure peace in Europe".

Officials in Paris note, as Mr Macron eventually did, that it is official French policy to support the status quo over Taiwan. With naval bases and territories in the Indo-Pacific, France has direct interests in the region. "The problem isn't French policy but the disconnect between what we do and what Macron says, which creates unnecessary doubts among our partners," notes Antoine Bondaz, at the Foundation for Strategic Research, a French think-tank.

One virtue of Mr Macron's comments, notes a Scandinavian minister, is that they have prompted Europeans to talk more about China. Many on the continent fret about escalatory American rhetoric. On May 12th the eu's foreign ministers managed to agree to a set of principles for future dealings with the country. It will be discussed at the eu's next summit in June.

The bloc's deliberations in the coming months will depend heavily on France and Germany, which are its two biggest economies, and among the most exposed to China, and some of the least keen on cutting

commercial ties. Mr Macron has long pushed Europe to become more self-reliant. Mr Scholz, faced with divergent views in his coalition government and a strong industry lobby, is still working on a national strategy that will shape Germany's approach to China (which keeps on being delayed). He is expected to host a bilateral summit with the country next month.

Much of eastern Europe seems wary of Chinese influence. The country's [bullying of Lithuania](#) in recent years over a Taiwanese diplomatic office in the country disgusted many. That is in spite of the fact that central and eastern Europe received some €3.8bn through China's clubby "16+1" initiative between 2000 and 2017. Comments made last month by Lu Shaye, the Chinese ambassador to France, helped focus minds. He appeared to dispute the legal status of all former Soviet countries (even if China later corrected his remarks).

The end of the affair?

Europe needs a measured debate about what to do next. France and Germany both have reservations about Mrs von der Leyen's de-risking measures, but they back the principle. Outward investment screening is under discussion, though will be difficult to put into practice. Inward investment screening is up and running, although Europeans disagree on how much to tighten the rules.

Beyond de-risking, collective eu policy has not been thought through. That is in spite of the fact that de-risking doesn't provide an answer to a scenario in which relations between America and China were to rupture. Since Russia invaded Ukraine, the transatlantic alliance has stood remarkably firm. A Chinese move on Taiwan would prove an even more dangerous, and far more difficult, test.

21 mai 2023 (The Economist)

[Latin America's left-wing experiment is a warning to the world \(economist.com\)](https://www.economist.com)

A polarising pendulum

Latin America's left-wing experiment is a warning to the world

The region has some of the most left-leaning politicians on the planet. And they are scaring off investors



May 18th 2023 | SANTIAGO AND SÃO PAULO

Over the past year or so a majority of Latin Americans have gone into a polling booth and put their mark next to the candidates who most represent change. As a result, left-wing presidents have come to power in Brazil, Chile and Colombia. They join a swathe of established left-wingers in Argentina, Bolivia, Mexico and Peru, and the autocratic left in Cuba, Nicaragua and Venezuela. Across Latin America, 12 of 19 countries are now run by left-wing governments. They represent 92% of the region's people and 90% of its gdp. This group is a diverse bunch. And yet they all promise big results. Can they deliver? As the world moves towards more state intervention, Latin America's experiment offers several cautionary lessons.

The region has tended to lean to the left in recent decades. Under the so-called pink tide from around 1998 to 2015, much of it was led by a mix of left-wing democrats and demagogues. Generous social handouts and redistributionist politics were backed by a commodities boom. Hugo Chávez, the autocratic left-wing president of Venezuela from 1999 to 2013, had the bravado—buoyed by plentiful oil revenues—to give Barack Obama, then president of the United States, a copy of Eduardo Galeano's "Open Veins of Latin America" in 2009. Mr Galeano's book, first published in 1973, rails against intervention in the region by the United States and institutions such as the imf, along with "merchants, bankers, marines, technocrats, Green Berets, ambassadors and captains of industry". It became a bestseller.

Now the turn to the left is spurred by a sense that the region has fallen behind. The commodities boom has faded, and economic growth has stagnated. According to Goldman Sachs, a bank, annual gdp growth in the la7 (Argentina, Brazil, Chile, Colombia, Ecuador, Mexico and Peru) averaged 3.4% between 2011 and 2013 and just 0.9% between 2013 and 2019. This year Goldman Sachs reckons it will be 1%. By comparison, the imf predicts that East Asia will grow 4.3% this year. Over the past decade gdp per head in Latin America has remained broadly flat in real terms.

Inequality remains stubbornly high. "This is what characterises Latin America," says Carolina Tohá, Chile's interior minister. "It has achieved democracies with levels of inequality that would never have been possible in Europe."

When polled, many in the region say that they remain fond of globalisation. In Brazil, Colombia, Peru and Mexico a majority of respondents to a recent survey by Ipsos Mori, a pollster, say that it has benefited their country. Even so, voters are becoming less partial to democracy. This is particularly the case among the young. Those between the ages of 16 and 40 are more likely than their elders to think that there is no difference between a democratic system and an authoritarian one, according to Latinobarometro, a

regional survey. In 2021 Colombia, Peru, Brazil and Chile were the highest scorers in the “System is Broken” index by Ipsos, which is based on respondents’ statements such as “we need a strong leader who is willing to break the rules”. Mexico and Argentina were also above the global average. (In the survey from 2022 sentiment in all those countries had slightly improved.)

One result of this low-growth disillusionment with democratic norms is a shift to the right. In El Salvador Nayib Bukele, a modern-day *caudillo* who has locked up 2% of the adult population in the past year in order to crack down on crime, is immensely popular. Before Brazil’s recent left-wing turn, Jair Bolsonaro, a right-wing populist, was president from 2019 to 2022. Mr Bolsonaro lost the election to Luiz Inácio Lula da Silva, a left-winger previously in office from 2003 to 2010, with just 1.8 percentage points between them. He still has plenty of supporters who think the election was stolen by Lula (as he is known). In Chile a recent election for a body to rewrite the constitution—an idea supported by Gabriel Boric, the 37-year-old social democrat who came to power last year—was dominated by a far-right party. But although the political pendulum swings back and forth, for now it seems the left is winning.

What do these left-wing governments want to do? Broadly, they want bigger government, with more state-owned firms, higher spending and a greater degree of intervention in the market. They all want to reduce inequality through higher taxes on the rich, bigger welfare systems and more state-funded health care. Unlike the earlier pink tide, protecting the environment is one area where these recently elected left-wingers tend to agree that far more needs to be done. The left-wing consensus is also becoming more protectionist and more determined to stop foreign exploitation of green resources, such as lithium.

Southpaw, not sinister

But there are huge differences. Andrés Manuel López Obrador, the president of Mexico since 2018, is an uneasy mix of left-wing rhetoric—talking of “hugs, not bullets” to deal with gangs—with fiscally hawkish policies. Although Mr López Obrador has criticised the central bank for high interest rates, he has generally let the bank get on with matters. Unlike the new crop of left-wingers Mr López Obrador is also far less bothered by climate change: indeed, last year he opened a big oil refinery in Tabasco, his home state, and has pursued a nationalistic and deeply un-green energy policy. He has tried to undermine the Supreme Court and the electoral body.

By contrast Mr Boric is far more concerned about democracy, social rights and the environment. He is one of the few left-wing politicians in the region to call out human-rights abuses in Nicaragua and Venezuela, and to steadfastly criticise Russia’s invasion of Ukraine. Younger than most of his counterparts, his priorities are not shaped by socialist teachings. According to one of his close friends, he and his circle do not tend to read Karl Marx, but take their cues from social media.

Even so, like Mr López Obrador, Mr Boric is keen on nationalising Chile’s vast lithium reserves. He is also fiscally responsible, mostly thanks to Mario Marcel, his finance minister and former head of the central bank. Government spending has been cut by about 25% in real terms, and the deficit has fallen from 7.5% of gdp in 2021 to a surplus of 1.3% of gdp last year. Chile is on course to be the only country in Latin America to go into a recession this year. Still, Mr Boric has not questioned the independence of the central bank.

Lula and Gustavo Petro, Colombia’s first avowedly left-wing president, are flirting with the more radical end of left-wingery. When Lula was elected in 2002 his first term was marked by a fiscally cautious stance. Third time round—and after a stint in prison for charges of corruption, which he denies and which were subsequently annulled—he is unleashed. His pick for finance minister, Fernando Haddad, a long-time member of Lula’s Workers’ Party, initially spooked markets. But Mr Haddad appears moderate compared with his boss.

One of Lula’s first acts as president was to reverse Mr Bolsonaro’s plans to privatise various state-owned companies. He has said he wants to “change the logic” of tax in the country by raising the income-tax

threshold, in order to exempt those who make up to 5,000 Brazilian reais (\$1,015) a month from paying any (about 70% of the population). He also wants to increase the minimum wage.

In March Mr Haddad announced plans for a new fiscal framework which, though not as radical as investors feared, is more complex than the current rule, and is likely to lead to higher spending. Lula has repeatedly criticised the central bank for raising interest rates. On May 8th he tapped an ally to join the monetary policy committee, causing the Brazilian real to depreciate.

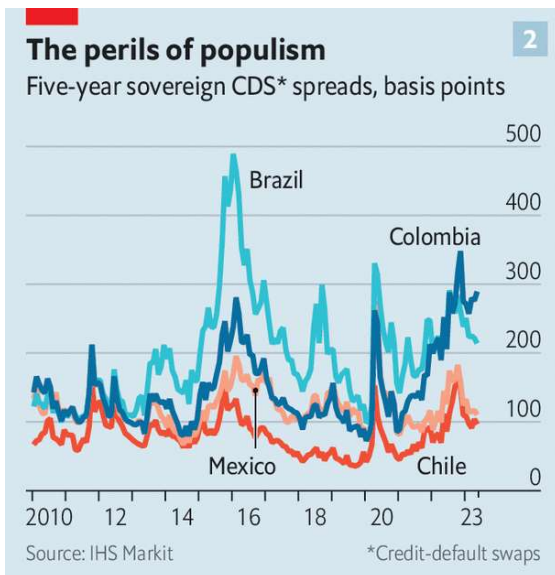
Mr Petro is more extreme. At the end of April he dissolved his cabinet and called for an “emergency government” after several members disagreed with aspects of his agenda, including boosting state intervention in the health system. He has also faced resistance towards his pension and labour reforms. Mr Petro replaced the cabinet, including José Antonio Ocampo, the moderate finance minister, with his allies. But he still faces opposition from Congress.



The Economist

In order to fund higher social spending, Latin America needs higher growth. There is little sign of it picking up. Investment, one driver of rising living standards, is tepid. For the past three decades the region’s share of global foreign-direct investment flows has declined (see chart 1). Red tape, inconsistent policies and volatile politics put off investors, though not all: in 2021 Chinese companies invested \$6bn in Brazil, the largest amount since 2017, according to the China-Brazil business council.

Portfolio flows have fared a little better recently, as investors look for other opportunities away from eastern Europe or China. But even so, it is not the case “that Latin America is shining bright”, says Alberto Ramos of Goldman Sachs. “More like: the darkness around it makes it a more interesting opportunity.” According to the Institute of International Finance (iif), an American trade association, non-resident portfolio investment in the region increased from 20% to 25% of all total portfolio flows to emerging markets in 2020-23, up from 15% to 20% in 2016-19. That can partly be explained by a move away from China along with an uptick in commodity prices because of the war in Ukraine, says Martín Castellano of the iif. But it is still below the share between 2010-15, of 30% to 40% during the commodities boom.



The Economist

One danger is that there is a financial blow-up. Risk spreads on debt in the region are generally tolerable. But in some cases they have risen, and in general they are slightly higher than in emerging markets in Asia (see chart 2). Colombia has clearly got worse, while Brazil is higher than it used to be. Mr López Obrador’s fiscal conservatism has endeared the country to investors, particularly in contrast to Brazil. It helps that Mexico is also close to the United States, and so is well placed for American “friendshoring” of manufacturing jobs. Even so, many analysts suspect that Mexico is not benefiting as much as it would be if Mr López Obrador had not started his term by canning several big investments. In Chile, local investors are wary: since 2019 Chileans, who tended to invest at home, have preferred to take their money out of the country (see chart 3).



The Economist

Another danger is that left-leaning agendas can morph into constitutional struggles—especially if fuelled by public mistrust of the status quo. In the most extreme case, in Venezuela, Nicolás Maduro, Chávez’s hand-picked successor, has ridden roughshod over democratic institutions. Nearly 7m citizens have voted with their feet; those who have stayed are increasingly likely to be disillusioned with democracy. In Peru, Pedro Castillo, a left-winger elected as president in 2021, was booted out of the job by his cabinet after he attempted to shut down Congress before he could be impeached. (Several left-wing leaders, such as Mr López Obrador and Mr Petro, sympathised with Mr Castillo, and argue that he is the victim of a coup.) Since then, chaos has ensued, with most Peruvians clamouring for a new constitution.

Similarly, both Mr Petro and Mr López Obrador display worrying signs of authoritarianism. Rafael Correa, a former left-wing president of [Ecuador](#), may be in exile, but his party helped cause a constitutional crisis there.

If these left-wing politicians fail, it could further stoke inequality and discontent. In Chile Mr Boric came to power after huge, and at times violent, protests in 2019. These were partly fuelled by dismay at the perception that, although gdp had grown over the past few decades, it had benefited elites rather than ordinary people. In reality, the proportion of those living on less than \$3.25 a day (at 2017 purchasing-power-parity prices) had fallen from 36% in 2000 to 11% in 2020, and the Gini coefficient from 55 to 44.

And if they are voted out, their replacements could be worse. The recent constitutional election in Chile was won by the party of José Antonio Kast, an ultra-conservative politician who ran against Mr Boric in 2021. Mr Kast is an admirer of Augusto Pinochet, Chile's former dictator. He appeals to Chileans' increasing fear of crime. Similarly, in Argentina Javier Milei, a libertarian right-winger, is gaining popularity for his extreme views. If the new left-wingers lose support there are plenty of populists of different political stripes waiting to sweep up their votes.

21 mai 2023 (The Economist)

[Iran's proxies in the Middle East remain a powerful force \(economist.com\)](https://www.economist.com)

A power project

Iran's proxies in the Middle East remain a powerful force

A recent altercation with Israel has exposed their limits



May 18th 2023

As Israeli aircraft pounded the beleaguered Gaza Strip for five days, starting on May 9th, officials in Jerusalem were at pains to point out that they were targeting **only the Palestinian Islamic Jihad militia (pij)**. This is a small radical group funded by Iran, which had been firing rockets at Israeli towns. Israel's strategy was clear. **It wanted Hamas, the larger Islamist movement that controls Gaza, to stay out of the fight**. This is because it has a much larger arsenal of rockets, many provided by Iran, which can paralyse life in Israel much more effectively.

The strategy worked. Hamas stayed on the sidelines until a ceasefire was brokered by Egypt. Israel hopes that it has driven a wedge between two Iranian allies on its borders. The deal has set back Iran's efforts to use its proxies to advance its regional ambitions and to attack—albeit indirectly—its chief enemies: Israel and America.

Iran's proxies have always been a key part of its push to assert itself as a regional force. Since the early 1980s, groups backed by Iran such as **Hizbullah**, a militia-cum-party in Lebanon, and the Badr Organisation in Iraq have played big roles in the Islamic Republic's foreign policy. It has also projected its power through its support for the Houthis, who have menaced the Saudis in Yemen, as well as Hizbullah and the Palestinian factions.

Iran's proxies both fulfil the ideological mission of exporting the Islamic revolution and serve as tools of diplomacy and coercion, says Behnam Ben Taleblu of the Foundation for Defence of Democracies, a think-tank in Washington, dc. **They have become ever more relevant as Israel's relations with its neighbours have improved through the Abraham accords**, whereby in **2020** it agreed to establish formal ties with four Arab countries.

Israel has largely succeeded, through persistent air raids, in denying Iran a permanent military foothold in Syria. It has, however, failed to prevent Iran's proxies, Hizbullah and Hamas, from building up sizeable arsenals in Lebanon and Gaza. These may not represent an existential threat to Israel. But they do pose enough of a danger for it to have sought unofficial truces with them. **In three of Israel's recent operations in Gaza, it has not targeted Hamas**. Likewise, since the end of its war in 2006 with Hizbullah, the two seem to have agreed that though they can confront each other in Syrian territory, they will refrain from doing so in Lebanon.

There are limits, anyway, to the power of Iran's proxies. **"Ultimately Hezbollah and the other Shia militias were not enough to save Assad in Syria,"** says Raz Zimmt, an Iran-watcher at Israel's Institute for National Security Studies affiliated to Tel Aviv University. Iran had to deploy its own forces and in 2015 begged Russia to help prevent Syria's regime from falling. In Yemen, too, although Iran's supply of missiles and drones helped the Houthis harry the Saudis and their allies, some of the more sophisticated attacks, such as the ones on the Saudis' oil-processing facilities in September 2019, are believed to have been carried out by Iran itself.



The Economist

While proxies such as Hamas welcome their benefactor's support, they also have their own agendas. These do not always align with those in Tehran. Such groups naturally consider their own local constituencies' interests. So they are not always prepared to do Iran's bidding. In recent weeks Israel has exploited this dynamic in Gaza. **Iran wants its Palestinian clients there to act as a constant thorn in Israel's side. But as Israel's most recent strikes make clear, that is not necessarily to the good of the local population.**

Like the pij, Hamas gets funds from Iran. Unlike the pij, however, it is responsible for actually running Gaza. It also hopes one day to lead the broader Palestinian movement. **As a result Hamas is split when it comes to Iran.** Some members openly support the Islamic Republic. Others, including Yahya Sinwar, Hamas's chief in Gaza, are trying to stay less obviously aligned. Israel has encouraged this division by somewhat relaxing the blockade it has imposed in Gaza, with Egypt's co-operation. It has allowed 20,000 day-labourers to enter Israel, where they earn desperately needed money. Because Mr Sinwar is loth to jeopardise this, he is reluctant to join the joint command structure Iran seeks to establish for its proxies on Israel's borders.

The biggest weakness of Iran's proxy strategy lies closer to home. As the country's economy teeters, investing scant resources in arming foreign militias is feeding resentment among Iranians. And ironically, though its proxies have been central in Iran's foreign policy, its position in the Middle East has been bolstered by more conventional means. On March 10th Iran agreed to restore diplomatic ties with Saudi Arabia, hoping this will go some way to ending its economic isolation. Still, others will keep up the pressure against Iran as long as it destabilises the region elsewhere. **Rather than enhance Iran's geopolitical might, the proxies risk becoming a major obstacle.**

21 mai 2023 (The Economist)

[San Francisco's "woke maths" experiment \(economist.com\)](https://www.economist.com)

The woke maths experiment

San Francisco's "woke maths" experiment

How the pursuit of racial equity provided a lesson in unintended consequences



May 18th 2023 | SAN FRANCISCO

San Francisco's school district was in trouble. **Only 19% of tenth graders had passed the state maths exam and were not required to repeat a maths course. That number dropped further, to 1%, among black pupils. And so, in 2014 San Francisco decided to move Algebra I from eighth grade (about 13 years old) to ninth grade for all pupils, hoping that an extra year of maths would leave pupils better prepared.**

Nearly ten years later, after much controversy, the first evaluation of the change was released in March by researchers at Stanford University. **Disappointingly for both enthusiasts, who had hoped to improve racial equity, and detractors, who regarded the scheme as yet another attack on excellence by woke educators, it showed the programme had almost no effect.**

"Our students...are most definitely not being served equally," said Richard Carranza, San Francisco's school superintendent at the time, back in 2015. "That will stop!" In response to a rhetorical question asking why no other district was doing something similar, he replied: "San Francisco always goes first, the rest eventually catch up."

The research provided bad news at a bad time—a lawsuit was filed against the policy on the same day of the study's release. In the class of 2018—the last class untouched by the reform—37% of pupils enrolled in calculus and statistics Advanced Placement (ap) courses, which allow pupils to earn college credit. In the next class, only 32% enrolled (a 15% reduction). Asian-American and Pacific Islander pupils were the most affected—and for the worse.

Some might interpret these results, and the subsequent backlash, as a reason to go back to square one. But the Stanford researchers caution against such conclusions. After the district offered accelerated courses and summer school, ap enrolment rebounded. Looking beyond ap maths also helps to see the bigger, and less gloomy, picture. More pupils earned advanced maths credits just below ap level, such as pre-calculus. And while all pupils earned more credits in probability and statistics after the reform, black pupils saw the largest gains. **Offering ap maths in all of the city's high schools would be a good next step as San Francisco sorts through the mess.**

21 mai 2023 (Le Point)

[Égalité des chances à l'école : les Français n'y croient plus \(lepoint.fr\)](https://www.lepoint.fr/egalite-des-chances-a-lecole-les-francais-n-y-croient-plus)

Égalité des chances à l'école : les Français n'y croient plus

Selon un sondage Ifop pour la Fondation Kairos, dont « Le Point » publie les résultats en exclusivité, les classes moyennes apparaissent les plus désabusées.

Par [Claire Lefebvre](#)



Près de 6 Français sur 10 considèrent que l'école ne donne pas les mêmes chances à tous. © Emma BUONCRISTIANI/MAXPPP/PHOTOPQR/« LE BIEN PUBLIC »

Publié le 22/05/2023 à 07h00

Voilà une preuve de plus de la formidable occasion manquée que représente la version a minima du plan de mixité sociale à l'école présenté la semaine dernière par Pap Ndiaye. Alors que ce projet initialement érigé en priorité absolue par le ministre de l'Éducation nationale et de la Jeunesse s'est progressivement vu vider de sa substance, un sondage réalisé par l'Ifop pour la Fondation Kairos révèle que près de 6 Français sur 10 considèrent que l'école ne donne pas les mêmes chances à tous les enfants.

Le constat est particulièrement vrai parmi les classes moyennes supérieures (de 1 900 à 2 500 euros de revenus par mois) et inférieures (de 1 300 à 1 900 euros), puisqu'ils sont 64 % à ne pas y croire, contre 58 % chez les plus riches et 50 % chez les plus pauvres.

Autre chiffre éloquent : 56 % des Français seraient favorables à la suppression de la carte scolaire et la prise en charge totale des frais de scolarité pour les moins favorisés : autrement dit à un système de « vouchers » à l'anglo-saxonne leur permettant notamment d'aller dans le privé. Cette solution est de loin préférée à l'idée de scolariser l'ensemble des Français dans un système unique (25 %) ou d'imposer des quotas contraignant les établissements les plus performants à prendre des élèves de différents niveaux et origines sociales (15 %).

Le mythe de l'école égalitaire

Le mythe de l'école républicaine laïque, gratuite et égalitaire aurait-il vécu ? C'est le point de vue d'Anne Coffinier, diplomate et fondatrice de la Fondation Kairos pour l'innovation éducative – Institut de France, qui est à l'origine de ce sondage. « L'idée d'une école égalitaire est belle, et on a tous envie d'y croire. Mais on voit bien que cela ne fonctionne pas. La publication des indices de position sociale [IPS] en est la dernière preuve. Il serait temps de l'admettre et de s'interroger sur d'autres manières d'instaurer une égalité des chances entre tous les élèves », dit-elle.

Comment ? D'abord **en faisant sauter la carte scolaire**, qui limite le choix des parents – notamment les plus modestes, mais aussi ceux d'enfants handicapés ou ayant des besoins spécifiques. Ensuite, en créant des **dispositifs permettant à l'État de prendre en charge la scolarité des enfants dans un établissement privé**, qui est un autre facteur limitant pour les familles. « Au-delà de la volonté d'alerter sur la frustration des familles, on voulait tester ces idées », poursuit-elle, « agréablement surprise » de voir que les Français seraient prêts à jouer le jeu.

Jérôme Fourquet, directeur du département Opinion et stratégies d'entreprise de l'Ifop qui a conduit cette enquête, et François Dubet, sociologue spécialiste de l'éducation et professeur à l'université Bordeaux-2, donnent quelques éclairages pour le comprendre.

Le Point : Près de 6 Français sur 10 (58 %) considèrent que l'école ne donne pas les mêmes chances à tous. C'est énorme !

Jérôme Fourquet : Notre école est championne des inégalités. Plus qu'ailleurs la position sociale des parents y détermine les parcours scolaires des élèves. Pisa, l'étude de référence en matière d'éducation, le redit à chaque parution. Les classements des collèges et des lycées en fonction des résultats de leurs élèves au brevet et au bac le montrent depuis des années aussi. Le résultat, ce sont toutes les stratégies de contournement des moins bons établissements mises en place par les familles qui en ont les moyens – déménagement, dérogation, fuite vers le privé – et **le regroupement de leurs enfants dans les meilleurs collèges ou lycées, pendant que les moins bien lotis sont contraints de rester dans leur établissement de secteur.**

Le problème est que ces regroupements accroissent les inégalités, car on le sait : ensemble, les bons élèves sont meilleurs et les moins bons sont moins bons. La publication des indices de position sociale (IPS), ces indicateurs qui permettent de déterminer le profil social des établissements publics et privés, ne permet plus de l'ignorer. Le fait que 4 Français sur 10 y croient encore est presque plus étonnant finalement.

François Dubet : C'est énorme, et c'est une **conséquence logique de la massification de l'école. À partir du moment où vous souhaitez amener 80 % d'une classe d'âge au bac, puis jusqu'au master, vous accroissez la compétition entre les élèves.** Dans ce contexte, parce qu'ils souhaitent le meilleur pour leur enfant, les parents qui le peuvent vont tout faire pour éviter les établissements les moins bons. **En clair, si tout le monde déplore ces inégalités, il n'est pas certain que tout le monde ait réellement envie de les réduire.**

Les classes moyennes apparaissent comme les plus désabusées sur ce sujet. Elles sont 64 % à ne plus croire en l'école égalitaire, contre 58 % chez les plus riches et 50 % chez les plus pauvres. Comment l'expliquer ?

F. D. : Il suffit, pour le comprendre, de regarder où chaque catégorie scolarise son enfant. Parce qu'ils vivent dans les centres-villes huppés, où les enfants bénéficient d'un capital culturel élevé et où tout va bien, les classes sociales favorisées peuvent se diriger vers leur établissement de secteur sans trop de risques, quitte à compenser à côté avec des cours du soir, des séjours linguistiques, summer camps, etc.

Dans les catégories les plus modestes, l'école est perçue comme la seule manière de progresser socialement et les gens y accordent une grande importance. Mais parce qu'ils ne sont pas forcément au fait des subtilités de la carte scolaire et ont d'autres chats à fouetter – des difficultés sociales à

surmonter, des fins de mois à gérer, etc. –, ils se contentent généralement de scolariser leur enfant dans l'établissement auquel il est rattaché sans se poser de questions.

Les classes moyennes, elles, sont entre le marteau et l'enclume : elles sont parfaitement au courant de ce qu'il faudrait faire pour mettre toutes les chances du côté de leur enfant, mais parce qu'elles se trouvent dans des quartiers mixtes, où les établissements n'ont pas forcément une bonne réputation, elles doivent mettre en place des stratégies de contournement extrêmement compliquées pour scolariser leurs enfants dans un établissement qu'elles jugent valable. Lorsque cela n'est pas possible, elles se tournent vers le privé, au prix parfois de sacrifices financiers considérables. Car à la volonté de progresser dans l'échelle sociale s'ajoute la peur du déclassement.

J. F. : Elles sont d'autant plus désabusées que 1 foyer sur 2 parmi ces classes moyennes reste assujéti à l'impôt sur le revenu. Cela signifie qu'ils contribuent à payer une école publique qu'ils estiment bien souvent défailante.

Autre surprise : une majorité de Français (56 %) pense que la suppression pure et simple de la carte scolaire et la prise en charge par l'État des frais de scolarité permettraient de faire progresser l'égalité des chances. Autrement dit, ils sont favorables à des aides permettant à tous ceux qui le souhaitent d'aller vers le privé...

J. F. : Le privé a la cote, c'est indéniable. Il y a encore trente ans, l'école privée était synonyme de lieu d'enseignement catholique et attirait une population plutôt de droite. Aujourd'hui, elle est perçue comme un établissement scolaire de qualité, point. Alors que l'école publique affiche une promesse de résultat beaucoup plus aléatoire, le privé se met à intéresser des publics nouveaux.

Ce sont par exemple ces familles modestes musulmanes qui scolarisent leurs enfants dans des lycées privés catholiques, au prix souvent de beaucoup de sacrifices. Ou encore ces familles bobos, dont les parents ont été scolarisés dans le public, votent plutôt à gauche et vivent dans des quartiers mixtes, mais qui finissent par se résoudre la mort dans l'âme à mettre leur enfant dans le privé afin de ne pas grever son avenir.

F. D. : L'intérêt des gens pour le privé sonne comme **une réaction à la baisse du niveau général**, pointée notamment par de nombreux enseignants mais aussi par les études internationales comme Pisa, Timms ou Pirls. Dans ce paysage, le privé apparaît beaucoup plus stable, le personnel plus investi, les absences moins nombreuses, mieux gérées, les parents plus écoutés. Forcément, les demandes d'inscription explosent. Mais il apparaît peu probable qu'une aide de l'État suffise à changer la sociologie des effectifs.

Le prix moyen de la scolarité dans un lycée privé est de 1 200 euros par an. Ce qui reste accessible à de nombreuses familles. Le vrai problème, c'est, d'une part, que la sélection à l'entrée est faite selon des critères peu transparents et de plus en plus drastiques à mesure que les candidatures se multiplient. Et d'autre part, qu'une dégradation mécanique du niveau dans le public qui risque d'être générée par cette fuite vers le privé. Dans ce contexte, l'idée d'imposer des quotas de boursiers aux établissements privés apparaissait plutôt bonne. Domage qu'elle ait été retoquée.

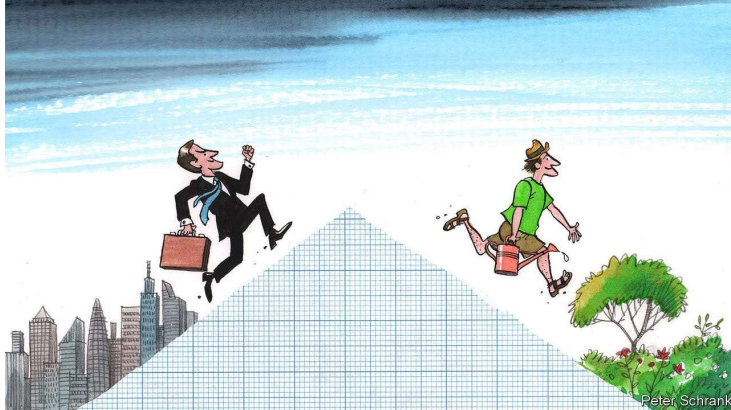
21 mai 2023 (The Economist)

[Meet the lefty Europeans who want to deliberately shrink the economy \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Charlemagne

Meet the lefty Europeans who want to deliberately shrink the economy

De-growers of the world, unite!



May 18th 2023

In 1972 a collective of grandees known as the **Club of Rome** set out to establish the limits to economic growth. Worried about the state of the planet, they fed a computer all they knew about farming yields, natural resources, population trends and so on. **The rudimentary machine crunched the data and spouted a grim answer: given ecological constraints, the highest standard of living possible was one stagnating at half the American level of the time. Anything beyond that risked imminent disaster, a “sudden and uncontrollable decline in both population and industrial capacity”.**

Half a century later, the global population has doubled and gdp more than quadrupled: the limits to growth turned out to be as surmountable in the 20th century as they had been when first posited in the 18th. **But anyone thinking that another 50 years of evidence might have settled the debate has not met the European left.** At a three-day **“Beyond Growth” conference held at the European Parliament in Brussels this week** (and organised by 20 mainly left-leaning meps), an audience of youngsters whooped and cheered as speakers **proclaimed that, this time, the limits of growth really *have* been reached.** **Driven by ecological concerns and riled by social injustice, to them the question is no longer how to mitigate the effects of human activity, for example by investing in green technologies. Rather, some form of “de-growth”—*décroissance*, in the original French—is necessary today to avoid societal collapse.**

Human beings are born small and stop growing as adults, says Philippe Lamberts, co-head of the Green group in the parliament and the conference’s leading light. **Similarly, “when your economy is mature, well, it doesn’t need to grow any longer.” The metaphor falls short of what most economists would think of as convincing evidence.** But it has clearly struck a chord. A similar **growth-as-the-root-of-all-problems jamboree** five years ago was sparsely attended and confined to the parliament’s committee rooms. This time, thousands packed into the eu’s vast hemicycle and beyond. **The big beasts of Brussels came to pay homage,** led by Ursula von der Leyen, president of the European Commission.

One participant gushed at being there at the **“Woodstock for system-changers”.** **That may be to overstate the impact that can be wrought by a cast of minor academics, trade unionists, green lobbyists and fellow-travellers on stage.** Still, many a progressive idea has germinated in Europe, and Brussels is where some of them get turned into policy. So when those roaming its halls, even if only for a few days, **discuss moving “from the welfare state to the social-ecological state”, it is worth paying attention.**

It turns out that the animus against economic growth comes in 50 shades of red. Some merely decry the use of gdp as the primary gauge of a society's success, pointing to how it fails to measure ills ranging from environmental degradation to slumping mental health. Fair enough. A bit further from the mainstream are the "post-growth" advocates, who think people can be just as happy with economies going up or down. If policymakers stop caring about ever-higher output, they can throttle bits of societal activity campaigners don't like, for example big cars, private jets and so on. **Instead of trying to grow the pie, the idea is to take what there now is and share it more equally. One panel decried the "addiction of labour to growth" by advocating a four-day week.** In the very seats where meps crafted rules for minimum wages, **campaigners were discussing *maximum* allowable wages.**

There is an even more exalted tier—the actual de-growers. By far the majority at the conference, their aim is to shrink the pie deliberately. Growth damages the planet, and only benefits the rich anyway, they maintain. The idea that emissions can be cut enough while economies keep growing is "a fairy tale" designed to prolong the neo-liberal world order. It is better—necessary, even—to force a diet now, and get rid of any aspirations for growth later. **How, exactly? "We need to determine democratically what kind of production we need to be doing,"** and nix the rest, one participant advocated. **Panels of citizens can advise what is wasteful and what is socially desirable. Any resemblance to some of the more stringent policies of the early Soviet era are presumably not intended.**

A spectre is haunting economics

Sometimes utopians fail to notice that they have already reached the promised land. **For what is Europe, if not a post-growth continent already?** Parts of it, like *Italy*, are scarcely bigger than they were 20 years ago. Yet, somehow, that has not prompted the contemplative contentment that the de-growers expect. **It turns out voters do not much like stagnation; the newish premier, Giorgia Meloni, rails against "Greta Thunberg's ideology" killing jobs.**

Where the growth-sceptics are right is that the environment has suffered as gdp has soared. **But they too readily dismiss the obvious solution, which is to green the economy, not throttle it.** As Mrs von der Leyen explained to the sceptical crowd, her political breed already accept that the old economic model centred on fossil fuels is "simply obsolete". Europe wants to cut the carbon it spews into the atmosphere by over half by 2030 compared with 1990—it is busily enacting law after law to reach the target—and to reach net-zero carbon emissions by 2050. **Already, its emissions are coming down even as the economy is growing. That is a remarkable pivot** for a continent whose prosperity was built through burning coal, oil and gas. To dismiss such efforts as "greenwashing", as de-growers do, is an over-statement.

Beyond the confines of the conference, Europe is grappling with near-intractable problems. **How much can it spend to assist Ukraine as it fends off Russian aggression? How will Europe's welfare state be financed as society ages? How can the best ideas to continue decarbonising the economy be turned into reality? Finding suitable solutions will require hard graft and much human ingenuity. That is the very stuff that economic growth is made of. The more of it, the better.**

21 mai 2023 (The Economist)

[Joe Biden's global vision is too timid and pessimistic \(economist.com\)](https://www.economist.com)

A new world order

Joe Biden's global vision is too timid and pessimistic

The president underestimates America's strengths and misunderstands how it acquired them



May 18th 2023

In the 1940s and early 1950s America built a new world order out of the chaos of war. For all its shortcomings, it kept the peace between superpowers and underpinned decades of growth that lifted billions out of poverty. Today that order, based on global rules, free markets and an American promise to uphold both, is fraying. Toxic partisanship at home has corroded confidence in America's government. The financial crisis of 2007-09 dented faith in markets. America's failures in Iraq and Afghanistan undermined its claim to spread democracy. Today most countries refuse to heed its call to enforce sanctions on Russia. And China's rise has spurred American politicians to take a more selfish, zero-sum approach to geopolitics.

China's rise has also increased the threat of war. In a conversation with *The Economist*, [Henry Kissinger](#), who will be 100 this month, warns that China and America are "on the path" to confrontation. "Both sides have convinced themselves that the other represents a strategic danger," he says. The stakes could not be higher: both are nuclear-armed. Both are also dabbling with unpredictable artificial intelligence (ai). The elder statesmen's eldest statesman worries that, just as before the first world war, the superpowers will stumble into catastrophe.

Since arriving in the Oval Office in 2021, Joe Biden has developed a new strategy to preserve American pre-eminence and reduce the risk of conflict. Jake Sullivan, the latest of Mr Kissinger's successors as national security adviser, recently gave the fullest account yet of this Biden doctrine. His narrative weaves together middle-class prosperity, defence and climate change. He repudiates the free-market "Washington consensus" and calls for the government to play a muscular role in society, with a strong emphasis on national security.

This means hyperactive industrial policy. Big subsidies will catalyse private investment in semiconductors and clean energy. Export controls will create "a small yard and high fence" to keep selected technology with potential military uses out of unfriendly hands. At the same time, the administration is softening its rhetoric. Instead of "decoupling" from China's economy, it talks of "[de-risking](#)". It wants to find common ground on climate change, African debt and even Ukraine. On May 10th and 11th Mr Sullivan spent eight hours with his Chinese counterpart, the first high-level contact for months.

Behind the doctrine is a belief that a virtuous circle can make America and the world safer. State intervention and protectionism will boost industry, helping the middle class and cooling America's populist fevers. Less erratic leadership (after Donald Trump's) will restore America's authority abroad,

even if the Biden team breaks a few global economic rules. The relationship with China will be managed with “strategic maturity”. As a precaution America will keep spending large sums on its military forces to deter China from aggression.

Will the new doctrine work? After the chaos of the Trump years, Mr Biden’s commitment to diplomacy is welcome. It will be on display at the [g7 summit](#) this week. He is right that American foreign policy must deal with new challenges, from Chinese coercion to climate change. However, especially when compared with the post-1945 order, the Biden doctrine is flawed. Its diagnosis of America’s problems is too pessimistic, and some of its prescriptions would make America weaker.

Start with the economy. Despite what many believe, America’s economic power is not declining. With 4% of the world’s people, it generates 25% of global output, a share unchanged since 1980. No other big country is as prosperous or innovative. As we noted last week, the size of China’s economy is unlikely ever to surpass America’s by much. The main source of America’s strength is creative destruction and open markets in a rules-based global economy. So although Mr Biden is right to reinforce the social safety-net, his state-led, insular economic vision may ultimately erode living standards and American clout.

The Biden doctrine seeks to stabilise relations with an autocratic and paranoid China. In this task it is hampered by a second flaw: it muddles legitimate policies with America-first rule-bending. Mr Sullivan wants to combine export controls with co-operative trade, and an arms race with collaboration. But China’s leaders think this strategy is meant to keep China down. America’s case would be stronger if export controls didn’t keep expanding, if Trump-era tariffs were not still in place and if its politicians were not vying to outhawk each other on China. The lack of agreement on trade makes everything harder. Never mind rules on ai, America and China have no system for nuclear-arms control: China’s arsenal will almost quadruple by 2035.

The final flaw concerns allies. Mr Biden has backed Ukraine and revived nato and alliances in Asia. Yet America’s unpredictable economic nationalism and unwillingness to offer access to its markets undermines its influence. Europe fears a subsidy race and worries [escalating tensions with China](#) will cause it severe damage: our calculations show Germany’s economy is twice as exposed to China as America’s is. The decay of global rules is accelerating the embrace of a transactional approach to foreign policy by emerging economies. The post-1945 order rested on American constancy: each administration was guided by predictable interests. Today allies and enemies know chaos may follow the election in 2024. Trumpian dysfunction is not Mr Biden’s fault, but it makes it vital to be predictable and open now.

Free, open and predictable

Americans need to be persuaded that a more optimistic, positive-sum approach is in their interests. This is the key that will keep their country strong and unlock a better foreign policy, by allowing it to help forge new global rules on trade, climate, ai and more that old allies and new ones can rely on. Such a revived global order would be the best defence against an autocratic one led by China. Unfortunately the Biden doctrine fails to rebut the narrative of American decline and so has not resolved the tension between the country’s toxic politics and its role as the linchpin of a liberal order. Unless America looks out at the world with self-confidence, it will struggle to lead it.

21 mai 2023 (The Economist)

[Can carbon removal become a trillion-dollar business? \(economist.com\)](https://www.economist.com)

A giant sucking sound

Can carbon removal become a trillion-dollar business?

Quite possibly—and not before time



May 21st 2023 | NOTREES

“Today we see the birth of a new species,” declared Julio Friedmann, gazing across the bleak landscape. Along with several hundred grandees, the renowned energy technologist had travelled to a remote corner of Texas’s oil patch called Notrees at the end of April at the invitation of 1PointFive, a division of Occidental Petroleum, an American oil firm, and of Carbon Engineering, a Canadian technology startup backed by Bill Gates. The species in question is in some ways akin to a tree—but not the biological sort, nowhere to be seen on the barren terrain. Rather, it is an arboreal artifice: the first commercial-scale “direct air capture” (dac) plant in the world.

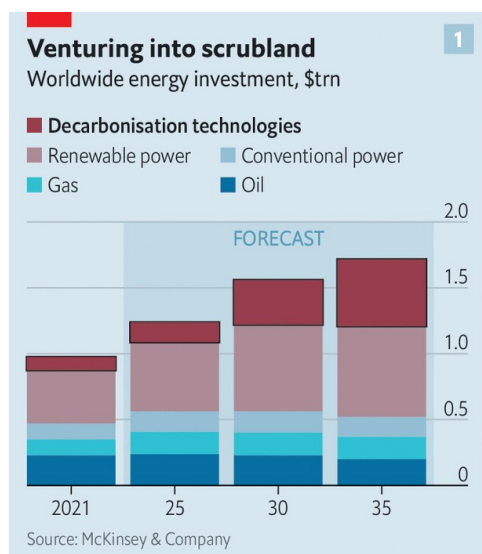
Like a tree, dac sucks carbon dioxide from the air, concentrates it and makes it available for some use. In the natural case, that use is creating organic molecules through photosynthesis. For dac, it can be things for which humans already use CO₂, like adding fizz to drinks, encouraging faster plant growth in greenhouses or, in Occidental’s case, injecting it into underground oil reservoirs to squeeze more drops of crude from the nooks and crannies.

Yet some of the 500,000 tonnes of CO₂ that the Notrees plant will capture each year once fully operational in 2025 will be pumped beneath the Texas plains in the service of a grander goal: fighting climate change. For unlike the carbon stored in biological plants, which can be released when they are cut down or burned, CO₂ artificially sequestered may well stay sequestered indefinitely. Companies that want to net out some of their own carbon emissions but do not trust biology-based offsets will pay the project’s managers per stashed tonne. That makes the Notrees launch the green shoot of a something else, too: a real industry.

Carbon Engineering and its rivals, such as [ClimeWorks](#), a Swiss firm, Global Thermostat, a Californian one, and myriad startups worldwide, are attracting private capital. Occidental plans to build 100 large-scale dac facilities by 2035. Others are trying to mop up carbon dioxide produced by power plants and industrial processes before it even enters the atmosphere, an approach known as carbon capture and storage (ccs). In April ExxonMobil unveiled ambitious plans for its newish low-carbon division, whose long-term goal is to offer such decarbonisation as a service for industrial customers in sectors, like steel and cement, whose emissions are otherwise hard to abate. The oil giant thinks this sector could be raking in annual revenues of \$6trn globally by 2050.

The boom in carbon removal, be it from the atmosphere or from industrial point sources, cannot come fast enough. The un-backed Intergovernmental Panel on Climate Change assumes that if the world is to have a chance of limiting global warming to 2°C above pre-industrial levels, in line with the Paris climate

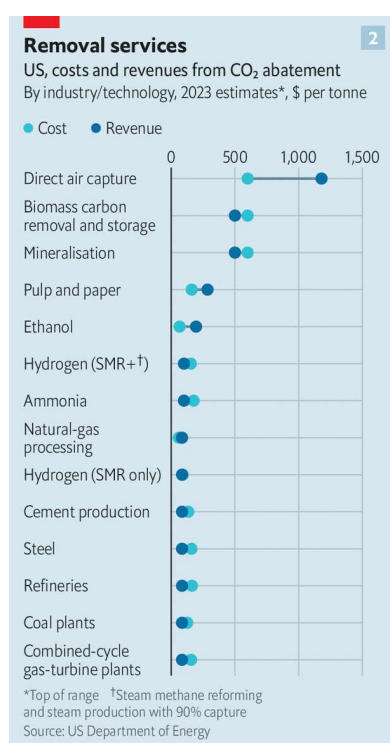
agreement, renewables, electric vehicles and other decarbonisation technologies are not enough. ccs and sources of “negative emissions” such as dac will need to [play a part](#).



The Economist

America’s Department of Energy calculates that the country’s climate targets require capturing and storing between 400m and 1.8bn tonnes of CO₂ annually by 2050, up from 20m tonnes today. Wood Mackenzie, an energy consultancy, reckons that globally various forms of carbon removal account for a fifth of the emissions reductions required to reach net-zero greenhouse-gas emissions by 2050. If Wood Mackenzie is right, and given that humanity belches more than 40bn tonnes a year, this would be equivalent to sucking up more than 8bn tonnes of CO₂ annually. And that requires an awful lot of industrial-scale carbon-removal ventures (see chart 1).

For years such projects were regarded as technically plausible, perhaps, but uneconomical. An influential estimate by the American Physical Society in 2011 put the cost of dac at \$600 per tonne of CO₂ captured. By comparison, permits to emit one tonne currently trade at around \$100 in the eu’s emissions-trading system. ccs has been a perennial disappointment. Simon Flowers of Wood Mackenzie notes that the power sector has spent some \$10bn over the years trying to get the technology to work without much to show for it.



The Economist

Backers of the new crop of carbon-removal projects think this time is different. One reason for their optimism is better and, crucially, cheaper technology (see chart 2). The cost of sequestering a tonne of CO₂ beneath Notrees has not been disclosed but a paper from 2018 published in the journal *Joule* put the price tag for Carbon Engineering's dac system at between \$94 and \$232 per tonne when operating at scale. That is much less than \$600 and not a world away from the eu's carbon price.

ccs, which should be considerably cheaper than dac, is also showing a bit more promise. Svante, a Canadian startup, uses inexpensive materials to capture CO₂ from dirty industrial flue gas for around \$50 a tonne (though that price tag excludes transport and storage). Other companies are converting the captured carbon into products which they then hope to sell at a profit. CarbonFree, which works with us Steel and bp, a British oil-and-gas company, takes CO₂ from industrial processes and turns it into speciality chemicals. LanzaTech, which has a commercial-scale partnership with ArcelorMittal, a European steel giant, and several Chinese industrial firms, builds bioreactors that convert industrial carbon emissions into useful materials. Some make their way into portable carbon stores, such as Lululemon yoga pants.

All told, carbon capture, utilisation and storage (ccus in the field's acronym-rich jargon) is set to attract \$150bn in investments globally this decade, predicts Wood Mackenzie. Assessing current and proposed projects, the consultancy reckons that global ccus capacity—which on its definition includes ccs, the sundry ways to put the captured carbon to use, as well as dac—will rise more than seven-fold by 2030.

The second—possibly bigger—factor behind the recent flurry of carbon-removal activity is government action. One obvious way to promote the industry would be to make carbon polluters pay a high-enough fee for every tonne of carbon they emit that it would be in their interest to pay carbon removers to mop it all up, either at the source or from the atmosphere. A reasonable carbon price like the eu's current one may, just about, make ccs viable. For dac to be a profitable enterprise, though, the tax would probably need to be a fair bit higher, which could smother economies still dependent on hydrocarbons. That, plus the dim prospects for a global carbon tax, means that state support is needed to bridge the gap between the current price of carbon and the cost of extracting it.

The emerging view among technologists, investors and buyers is that carbon capture will develop in the way that waste management did decades ago—as an initially costly but necessary endeavour that needs public support to get off the ground but can in time become profitable. That view is increasingly also held by policymakers.

Some of the hundreds of billions of dollars in America's recently approved climate handouts are aimed at bootstrapping the carbon-removal industry into existence. An enhanced tax credit included in one of the laws, the Inflation Reduction Act, provides up to \$85 per tonne of CO₂ permanently stored (as well as \$60 per tonne of CO₂ used for enhanced oil recovery, which also sequesters CO₂ albeit in order to produce more hydrocarbons). Clio Crespy of Guggenheim Securities, an investment firm, calculates that this credit increases the volume of emissions in America that are “in the money” for carbon removal more than ten-fold. The eu's response to America's climate bonanza is likely to promote carbon removal, too. Earlier this year the eu and Norway announced a “green alliance” to boost regional carbon-capture plans.

With the price of scrubbing a tonne of CO₂ no longer completely otherworldly, buyers are beginning to line up. Big tech, with deep pockets and a progressive image to burnish, is particularly keen. On May 15th Microsoft unveiled plans to purchase (for an undisclosed sum) more than 2.7m tonnes of carbon captured over a decade from biomass-burning power plants in Denmark run by Orsted, a big Danish clean-energy firm, and transported for underground sequestration in the North Sea by a consortium involving Equinor, Shell and TotalEnergies, three European oil giants. Three days later Frontier, a buyers' club with a \$1bn pot for carbon-removal investments bankrolled mainly by Alphabet, Meta, Stripe and Shopify, announced a \$53m deal with Charm Industrial. The firm will remove 112,000 tonnes of CO₂ between 2024 and 2030 by converting agricultural waste, which would otherwise emit carbon as it decomposes, into an oil that can be stored underground.

Carbon middlemen are emerging to connect projects and buyers. NextGen, a joint venture between Mitsubishi Corporation, a Japanese conglomerate, and South Pole, a Swiss developer of carbon-removal and -management projects, intends to acquire over 1m tonnes in certified carbon-removal credits by 2025, and has lined up big buyers. It has just announced the purchase of nearly 200,000 tonnes' worth of carbon credits from 1PointFive and two other ventures. The end buyers include SwissRe and UBS, two Swiss financial giants, Mitsui Osk Lines, a Japanese shipping company, and Boston Consulting Group.

Maybe the biggest sign that the carbon-removal business has legs is its embrace by the oil industry. Occidental is keen on that. ExxonMobil says it will spend \$17bn from 2022 to 2027 on "lower-emissions investments", with a big slug going to CCS. Chevron, ExxonMobil's main American rival, is hosting Svante at one of its Californian oilfields. As the Microsoft deal shows, their European counterparts want to convert parts of the North Sea floor into a giant carbon sink. Equinor and Wintershall, a German oil-and-gas firm, have already secured licences to stash carbon captured from German industry in North Sea sites. Hugo Dijkgraaf, Wintershall's technology chief, thinks his firm can abate up to 30m tonnes of CO₂ per year by 2040. The idea, he says, is to turn "from an oil-and-gas company into a gas-and-carbon-management company".

Saudi Arabia, home to Saudi Aramco, the world's oil colossus, has set itself a goal of increasing its CCS capacity five-fold in the next 12 years. Its mega-storage facility at Jubail Industrial City is expected to be operational by 2027. ADNOC, the United Arab Emirates' national oil company, wants to ramp up its capacity six-fold by 2030, to 5m tonnes per year.

The oilmen's critics allege that their enthusiasm for carbon removal is mainly about improving their reputations in the eyes of increasingly climate-conscious consumers, while pumping more crude for longer. There is surely some truth to this. But given the urgent need to both capture carbon at source and achieve voluminous negative emissions, the willing involvement of giant oil firms, with their vast capital budgets and useful expertise in engineering and geology, is to be welcomed.

21 mai 2023 (Le Point)

[Michel Houellebecq : « L'Occident et plus généralement la modernité sont mal partis » \(lepoint.fr\)](#)

Michel Houellebecq : « L'Occident et plus généralement la modernité sont mal partis »

Pornographie, faits divers et politique... Après six mois de tourments, l'écrivain se confie comme rarement sur ses obsessions du moment. Entretien.

Par Valérie Toranian et [Clément Pétreault](#)

Publié le 20/05/2023 à 09h00

Quand tout a commencé à dérailler dans sa vie, [Michel Houellebecq](#) a interrompu ses sorties quotidiennes au Monoprix. Pas envie, pas le courage et puis, surtout, la honte, un sentiment étrange qu'il n'avait jamais ressenti au long de sa carrière d'écrivain. Il est resté terré chez lui à zapper entre Chérie 25 et Crime District, ses deux chaînes favorites. Flottant dans son immense parka en coton huilé et aux poches baillantes, chemise en jean repassée et boutonnée, l'écrivain se raconte mercredi 17 mai dans un restaurant populaire du 13^e arrondissement de [Paris](#). Il évoque à plusieurs reprises sa « vanité d'écrivain » et cette « célébrité anormale », qui l'a poussé à faire « des choses anormales ». Il pense évidemment aux mots sur les musulmans qu'il a laissé publier dans la revue *Front populaire* (malgré sa relecture), propos qu'il renie aujourd'hui sans sourciller. Il se flagelle aussi pour cette aventure rocambolesque et glauque qu'il convient désormais d'appeler « l'affaire du porno de Houellebecq », sordide coup monté dans lequel il a, dit-il, naïvement sauté à pieds joints.

Sur la table, un petit bouquet de fleurs en plastique jouxte une planche de tapas qui sera engloutie avec méthode par un [Houellebecq](#) en pleine introspection, niant être devenu l'un de ces personnages un peu pathétiques qui hantent la plupart de ses romans. L'auteur des *Particules élémentaires* a expié ses turpitudes par une frénésie d'écriture qui le conduit à publier *Quelques mois dans ma vie octobre 2022-mars 2023* le 25 mai (Flammarion), [court récit autobiographique](#), drôle, sombre et sec. Dans ce rituel d'exorcisme personnel, il s'accable, espérant se dédouaner. Il veut prouver qu'il n'a pas renoncé à observer ce monde qui l'amuse et le désespère. Il évoquera sa passion pour Xavier Dupont de Ligonnès, sa tentative infructueuse de rencontrer le terroriste norvégien Anders Behring Breivik, son indulgence pour Macron, sa détestation de Mélenchon, son admiration pour les écrits d'[Emmanuel Carrère](#), dont il envie *L'Adversaire* et son envie de déménager loin de Paris. Confessions d'un homme tourmenté.

Le Point : Vous invoquez la bêtise dès les premières pages de votre livre, notamment vos déclarations sur les musulmans publiées dans la revue *Front populaire* en novembre dernier. Avec le recul, comment expliquez-vous ce moment ?

Michel Houellebecq : Je pense de plus en plus que le problème n'est pas l'islam, c'est la délinquance. Les délinquants le sont parce que leur nature les porte vers le mal et, lorsqu'ils s'engagent dans le djihad, c'est pour pouvoir faire encore plus de mal, l'islam n'est qu'un prétexte. Ils peuvent avoir accès à des armes sérieuses, introuvables en banlieue, ils peuvent torturer et décapiter, ils sont heureux. J'ai beaucoup aimé le livre d'[Emmanuel Carrère](#), *V13*, dans lequel on perçoit clairement que les terroristes ne sont pas si pieux que ça. J'avais déjà pressenti que la piété salafiste ne conduit pas au terrorisme avec mon voisin pakistanais en [Irlande](#), qui était un rigoriste, certes, mais qui avait été réellement horrifié par le 11 Septembre. Pascal, qui était pourtant un vrai

chrétien, le disait déjà : la religion est le meilleur prétexte que les gens ont trouvé pour s'entretuer en toute bonne conscience.

Avez-vous donc changé sur la question de l'islam ?

Oui, j'ai été pris dans une bêtise collective, il y a tout un discours qui s'est développé sur un lien entre islam et délinquance qui est simplement faux. La pratique assidue d'une religion, quelle qu'elle soit, ne conduit pas à la délinquance, ce sont deux chemins de vie radicalement divergents. Par ailleurs, la lecture du Coran m'a laissé penser que l'interprétation salafiste de l'islam, celle qui est de règle par exemple en Arabie saoudite, est la plus juste, mais qu'elle n'inclut pas l'obligation du djihad guerrier. Les choses sont séparées sur le plan géographique : il y a le domaine de l'islam, il y a le reste du monde, et l'extension du domaine de l'islam n'est pas une obligation du croyant.

Vous évoquez certains passages de la littérature ou les peintures de Picasso, qui avait sa façon de torturer les femmes, de les enlaidir.

Oui, c'est vrai que Picasso me dégoûte dans son comportement et dans sa peinture. Picasso avait vraiment envie de faire du mal aux femmes, son âme était laide. Dans la littérature, je nie qu'il y ait une opposition entre la « fleur bleue », une invention de Novalis, le plus pur des poètes romantiques, et le sexe ; les romantiques étaient des gens aux désirs forts. *Gamiani*, de Musset, est un récit pornographique réussi.

L'accès au porno est très facile et les gens ont de moins en moins de rapports sexuels. Comment l'expliquez-vous ?

Il y a un mouvement vers l'asexualité qui avait été pressenti par Philippe Muray mais qui reste difficile à décrire, c'est insidieux et multiple. Les « hikikomoris », qui n'arrivent plus à sortir de chez eux ni à avoir un contact réel avec qui que ce soit, surtout pas avec les femmes, sont apparus au Japon, mais le phénomène a malheureusement tendance à gagner la Chine. C'est une conséquence de la modernité.

Ce n'est pas juste un retour de la pudibonderie ?

C'est vraiment difficile à démêler. Il y a de ça, mais c'est aussi une conséquence de la virtualité. Lorsque j'étais adolescent, dans les années 1970, on baisait davantage que les jeunes d'aujourd'hui. Le Covid a encore accru cette difficulté d'entrer en contact avec les gens, tout le monde arrive à la conclusion que c'est mieux de ne rien faire, finalement.

Certains affirment qu'il y a presque un nouveau séparatisme entre les hommes et les femmes.

Il y a quelque chose de ça, mais je vois une séparation plus générale entre les êtres. Interrogez des homosexuels, ils vous diront qu'aujourd'hui c'est plus dur de draguer que dans les années 1980. À terme, cette séparation générale aura des conséquences. Des populations vont disparaître pour des raisons démographiques évidentes. Ne plus se reproduire, c'est être voué à disparaître.

Est-ce la technologie qui est responsable de ces éloignements ?

La technologie a un rôle destructeur. Quand j'étais étudiant à Paris, il n'y avait bien sûr pas de portables, mais même avoir le téléphone chez soi coûtait cher, beaucoup d'étudiants n'avaient pas le

téléphone. Pour voir les autres, ils passaient chez eux sans prévenir. C'est une chose qui est devenue complètement impensable aujourd'hui. Tout s'est refroidi.

Cela peut-il avoir des conséquences politiques, cet isolement... ?

Les gens votent et voteront de moins en moins. Ça m'a frappé au moment des Gilets jaunes, qui étaient censés être un mouvement de ploucs mais qui en sont arrivés à des revendications d'un certain niveau de sophistication, comme le référendum d'initiative populaire, qui dénote un vrai niveau de réflexion politique. Les rassemblements se faisaient sur les ronds-points, ce qui était une réponse à l'isolement de chacun, ce mouvement voulait vraiment dire quelque chose. Je suis d'accord avec eux, je pense qu'il faut des référendums, qu'il faut passer à la démocratie directe.

Il y a une seule personne sympathique chez les Insoumis, c'est François Ruffin. Je trouverais bien qu'il s'allie à Fabien Roussel, et qu'ils mettent fin au mélenchonisme. *Michel Houellebecq*

Et Macron, vous le trouvez comment ? Il va s'en sortir ?

Il est sur le départ, de toute façon. Le Rassemblement national pourrait probablement gagner si c'était Jordan Bardella ; avec Marine, ce sera plus difficile, la malédiction du nom Le Pen fonctionne toujours. Elle ferait peut-être mieux de passer la main si elle veut que son parti gagne.

Que pensez-vous du degré de violence de la société ?

Je peux insulter Mélenchon autant que vous le souhaitez, ce type est une catastrophe. Je le tiens pour responsable, il est haineux, prétentieux et mégalomane. Il y a une seule personne sympathique chez les Insoumis, c'est François Ruffin. Je trouverais bien qu'il s'allie à Fabien Roussel, et qu'ils mettent fin au mélenchonisme. Roussel est communiste, pour lui la liberté est un concept assez lointain, mais ce n'est quand même pas Mélenchon. Il est pour le nucléaire, les sanctions contre la Russie auraient eu des conséquences moins graves si l'on n'avait pas saboté le nucléaire français.

Beaucoup de gens des classes populaires pensent que Marine Le Pen les défend mieux que la gauche...

Peut-être à juste titre. Ils ont raison de voter pour la personne qui leur paraît les défendre le mieux. Je n'ai jamais eu peur de la gauche. Le seul avantage d'être d'un milieu populaire au départ, c'est qu'on n'a pas peur de la gauche. Elle est là pour servir le peuple, et pas l'inverse. Si les communistes ne les défendent plus, ils ont raison d'abandonner les communistes.

Vous avez changé sur l'islam. Sur l'immigration aussi ?

Non. Il faut considérablement la restreindre. Il faut que les pays arrivent à se développer et qu'ils admettent que c'est maintenant principalement de leur faute s'ils n'y arrivent pas. L'organisation en nations me paraît supérieure à l'idée d'une vaste terre sans frontières. Il ne faut pas écouter les extrémistes no border, les frontières sont bonnes.

N'avez-vous pas le sentiment d'assister à un retour d'un discours marxiste « très années 1970 » ?

On n'a pas vécu les mêmes années 1970 ! Pour moi, les années 1970, ça a surtout été les Pink Floyd... Pour restituer l'esprit de ces années, mieux vaut penser à des groupes de musique. Dans mon lycée de quasi-province, il y avait quelques gauchistes, mais ils étaient très peu nombreux et ils étaient

considérés comme sympathiques bien qu'un peu bizarres. Lorsqu'on s'éloignait de Paris, le gauchisme disparaissait peu à peu.

Pensez-vous que vous avez encombré vos livres d'idéologies ?

Ça m'arrive de le penser. J'aurais peut-être dû écrire des choses en mettant moins d'idées. Il m'arrive aussi de me dire que mes idées ne sont pas très intéressantes. Ce qui est intéressant, c'est l'histoire, la grâce de l'écriture, les personnages surtout. Mais c'est vrai que Balzac, porté par une énergie incroyable, mélange un peu tout, écrit tout ce qui lui passe par la tête, des frais de notaire au magnétisme... Pour ma part, j'aime le vocabulaire de la science, il est riche en beaux mots, rarement employés.

Quel livre existant auriez-vous aimé écrire ?

J'envie *L'Adversaire*, d'Emmanuel Carrère.

On vous découvre passionné de faits divers...

J'ai été invité par un journal norvégien et j'ai émis l'idée que j'aimerais bien rencontrer Anders Breivik, ils l'ont repoussée avec indignation. Je n'ai pas insisté, mais les écrivains ont le droit de rencontrer des criminels, le résultat peut en valoir la peine... C'est quand même intéressant, Anders Breivik. Je n'ai rencontré aucun criminel, mais c'est l'un de ceux qui m'ont le plus intéressé. Breivik est vraiment étrange. J'ai réussi à lire une partie de son manifeste, qui comporte des passages vraiment curieux. Il conseille à ceux qui s'engagent dans l'action terroriste de prévoir qu'ils seront arrêtés et de ne pas hésiter à se faire un petit soin beauté avant de passer à l'action, ce que l'on appelle, je pense, un soin « coup d'éclat », pour être en valeur sur la photo de l'arrestation. Avant de se donner pour mission de chasser les musulmans de Norvège, c'était une sorte de star du hip-hop à Oslo. Je me suis dit que ça valait le coup que je le rencontre, ça m'a déçu qu'on ne m'y autorise pas, je pense que j'aurais pu faire quelque chose.

Avez-vous un criminel préféré ?

Xavier Dupont de Ligonès... Je trouve fascinant qu'il tue toute sa famille et que le lendemain il invite au restaurant le seul fils qu'il n'a pas encore tué, et qu'il prévoit de tuer le soir même... Ce qui me plaît aussi chez lui, c'est son parcours après les meurtres. Il est complètement incohérent. Un jour il est dans un hôtel 4 étoiles, le lendemain dans un Formule 1...

Qu'est-ce qui fait qu'un fait divers devient populaire ?

Il y a beaucoup de moyens, mais il faut se distinguer, être original d'une manière ou d'une autre. Jean-Claude Romand, c'était à cause du niveau de mensonge exceptionnel sur lequel il avait construit sa vie ; le fait d'avoir tué le chien, aussi. Plus récemment, l'Algérienne dont le nom m'échappe, comme celui de la victime [affaire Lola, tuée le 14 octobre 2022 dans le 19^e arrondissement de Paris]. Une femme tortionnaire sexuelle, ça porte une horreur particulière.

Vous dites « je suis entré en enfer en janvier, je n'en suis pas sorti ». N'êtes-vous pas aussi l'instrument de votre propre malheur ?

Oui. Des gens me disent à juste titre que mes lecteurs s'en foutent que je fasse du porno, peut-être même que certains ne m'en apprécieront que davantage. Je termine mon livre avec Gérard Depardieu

parce que c'est le seul qui a vraiment compris que j'étais entré dans une zone anormale à cause de la célébrité. Cela me fait réagir de manière anormale. Aux stars, on demande des choses qu'on ne demande pas à des gens normaux. Il y a des choses que je ne peux plus me permettre. Et, plus encore, il y a des choses que je ne peux plus permettre qu'on me fasse. Contrôler mon image, c'est devenu une obligation professionnelle.

Vous évoquez votre goût pour le porno amateur pendant des pages... Pensez-vous à vos lecteurs de droite, catholiques ?

Oui. J'ai toujours été en désaccord avec eux sur ce point, qui les rapproche des pires tendances du puritanisme anglo-saxon. Quand j'entends des prédicateurs déclarer aux jeunes filles que leur corps est le « temple de l'Esprit saint », ça me terrorise. Et je ne crois pas non plus que « true love waits » ; quand on aime, on a envie de tout sauf d'attendre, aimer rend déjà suffisamment timide, ce n'est vraiment pas la peine d'en rajouter avec des considérations morales hors sujet. Ils devraient cesser cette cause anti-pornographique qui n'est pas conforme aux traditions de laisser-aller du catholicisme européen – surtout en Italie, en France et en Espagne. C'est un vrai désaccord.

Depardieu, c'est une figure de paria aujourd'hui. Et vous, êtes-vous un paria ?

Non. Depardieu est menacé de devenir un paria, il est dans une situation devenue malheureusement habituelle. Les filles mentent, tout simplement. On ne peut pas avoir un désir de séduire et être un violeur en même temps, ce n'est pas compatible, Depardieu est dans le désir de séduire, je ne crois pas du tout qu'il ait violé qui que ce soit. Il me l'a dit et je le crois.

Vous définissez-vous comme un macho ?

Oui, je suis un macho romantique, tendance grunge.

Est-ce que ce qui vous est arrivé pendant ces quelques mois fait de vous un personnage de Michel Houellebecq ?

Non, je ne crois pas. J'ai peu de personnages au statut social exceptionnel. Je vis des événements anormaux liés à mon niveau de célébrité anormal. Le fait que mes organes sexuels valent potentiellement de l'argent accentue mes réserves à l'égard du libéralisme.

Que l'on puisse louer un ventre pour une GPA, ça ne vous plaît pas non plus ?

Ah non, pas du tout. Je suis pour la prostitution, mais la GPA, non. Je suis franchement contre, pour des raisons simples : il arrive que la grossesse se passe mal, l'accouchement aussi, et que ça laisse des séquelles. Mais je n'en fais pas un point de rupture comme l'euthanasie. Le stade suivant par rapport à la GPA, la vente d'organes, serait pour moi un autre point de rupture.

Vous parlez de ce livre comme d'un exorcisme. Est-ce le cas ?

Oui, je pense que ça marche. Au moins, j'ai dit ce que je pensais et ce qui m'était arrivé. Je compare ça avec mon exorcisme de la peur du cancer de la langue... qui, lui, n'a pas marché du tout, même après un livre long, dont la fin était pénible à écrire. J'ai échangé plein de mails avec un chirurgien spécialisé qui m'a envoyé des photos, des schémas. Mais j'ai toujours peur du cancer de la langue.

Ça ne vous empêche pas de fumer...

Si ! Je fume moins. Je n'ai jamais eu peur du cancer du poumon, mais le cancer de la langue, je n'aime pas l'idée.

Dans votre livre, il y a le cafard, la truie, la vipère... Et vous, quel animal seriez-vous ?

Un mouton, ou peut-être une tortue. Je suis distrait et je pense lentement.

Vous dites que vous avez besoin d'explorer les positions extrêmes avant de vous faire votre opinion. On vous découvre par moments terriblement consensuel, raisonnable, vous demandez pardon... Êtes-vous devenu centriste ?

C'est un peu vrai. Disons que je pense que *Valeurs actuelles* s'est mis à déraisonner à un moment donné. Outre le soutien à la candidature d'Éric Zemmour, la croisade anti-porno, ils ont commencé à exagérer à propos de l'islam. Le voile ne m'a jamais vraiment dérangé, je parle du voile ordinaire, pas de la burqa. Mais, avec le burkini, c'est devenu vraiment ridicule. On devinera sans peine que ce n'est pas mon maillot de bain favori. Mais en quoi est-ce que ça me dérange de voir des femmes en burkini à la plage ? En quoi est-ce que ça m'agresse ?

Est-ce que votre récit est anti-décadent ?

Je trouve que l'Occident a ses mérites, il les a eus, en tout cas, mais il y a un désir de mort en Occident, les mots de « culture de mort » prononcés par Jean-Paul II étaient les mots justes. Donc non, je pense que l'Occident et plus généralement la modernité sont mal partis. J'espère simplement que les successeurs conserveront certains vestiges de notre civilisation, qu'ils tiendront compte de ce qui a été accompli culturellement (et plus égoïstement qu'ils s'abstiendront de brûler mes livres). Pour l'instant, le processus est en cours, je ne vois rien qui puisse interrompre cette décadence.

Vous avancez l'idée que ne pas vouloir travailler est typique d'un moment décadent...

Oui, quand même, c'est un signe. Tout comme le fait de ne plus vouloir faire d'enfants.

Cette inflexion de votre discours sur l'islam vient-elle de votre envie d'entrer dans un dialogue avec les représentants des religions sur la question de la fin de vie ?

Cela a joué, la réconciliation était nécessaire pour communiquer. Il me fallait en finir avec ces brouilles qui me paraissent mineures par rapport à la cause de la lutte contre l'euthanasie. Il ne s'agit pas uniquement des religions monothéistes : les bouddhistes y sont hostiles, les hindouistes aussi. Le fait que toutes les traditions spirituelles soient du même avis sur la question est, je le sais bien, un argument d'autorité, mais je trouve bien arrogant le progressisme lorsqu'il rejette en bloc l'ensemble des traditions spirituelles antérieures. Je serais prêt à aller à un débat télévisé, à condition qu'il soit animé par David Pujadas. Peut-être même à affronter Raphaël Enthoven, qui est loin d'être bête, c'est un adversaire plutôt redoutable.

Quand on vous lit, il y a du désespoir, de la solitude. Lors d'un pot de fin de tournage, vous estimez que c'est votre « dernier moment de bonheur ». Vraiment ?

J'ai vécu un des plus violents contrastes de ma vie. Le tournage se passe dans l'amitié et l'harmonie. Quand j'arrive en France, je m'aperçois que le contrat que j'avais signé avec le réalisateur néerlandais est rétroactif... là, je n'avais pas du tout percuté. Je suis habitué à ne pas lire les contrats que je signe.

Mais là, il m'a fallu lire plusieurs fois, puis demander à des gens compétents, avant d'admettre qu'une clause rétroactive n'était pas impensable.

Vous racontez que vos amis vous disent de ne pas accorder d'importance à ces choses, mais quelque chose s'écroule en vous, un sentiment de honte vous submerge...

Avec cette histoire de film, au début, je n'arrivais plus à aller nulle part. Je prenais l'escalier pour ne pas croiser des gens dans l'ascenseur, j'ai arrêté de faire mes courses chez Monoprix... Mon vrai contact avec le monde réel, c'est d'aller au Monoprix, j'y tiens beaucoup. Là, ça va, je retourne à Monoprix, mais il suffirait que le film sorte et ça redeviendrait infernal. Je crois que c'est ma vanité qui m'a entraîné là-dedans. Quand une fille me dit qu'elle veut coucher avec moi parce que je suis le plus grand auteur français, je trouve ça normal... Peut-être que je ne devrais pas.

Vous décrivez le porno amateur comme un don, vous parlez de « générosité ». Pourquoi ?

Par moments, je trouve ça beau, oui. On ressent de l'amour. Ce n'est pas la majorité des cas, mais il y en a. J'ai vu mes premiers pornos professionnels très tard et ça m'a dégoûté, j'ai trouvé ça nul. Pour le porno amateur, c'est autre chose, je trouve ça très bien d'en faire : ça cimenter le couple et procure de bons souvenirs. Par contre, le diffuser, c'est une démarche que je ne ferais pas.

Pourtant, c'est ce que vous avez fait.

Je ne l'ai pas fait exprès. J'étais censé n'être reconnaissable dans aucun plan pornographique.

Vous parlez d'« exhibitionnistes honnêtes », qu'est-ce que c'est ?

C'est quelqu'un qui s'exhibe pour le plaisir, sans en tirer profit. J'ai décidément un problème avec le libéralisme...

Le sexe constitue-t-il vos seuls moments de bonheur ?

Non, mais je ne suis plus tout jeune, il y a beaucoup de petites souffrances physiques qui s'accumulent, et le seul moment où mon corps m'apporte vraiment du bonheur, c'est le sexe. Lorsqu'il y a de l'amour, c'est encore mieux, bien qu'une certaine sympathie puisse suffire.

C'est un cliché très féminin que de vouloir éprouver des sentiments dans le sexe...

C'est peut-être un cliché dans le cadre du désir, les femmes peuvent désirer de manière tout aussi tyrannique et arbitraire que les hommes, mais sûrement pas dans celui du plaisir. C'est étonnant à quel point on peut donner du plaisir à une femme qui vous aime, alors qu'on ne fait rien de très remarquable.

Vos amis politiques ont été présents ces derniers mois. Bruno Le Maire ?

Bruno Le Maire ne m'a pas laissé tomber. Il ne pouvait pas faire grand-chose non plus, alors il a fait comme s'il ne se passait rien de spécial.

Vous avez une formation d'ingénieur. La croissance verte, est-ce une bonne idée ?

J'ai une formation d'ingénieur agronome, spécialisé en écologie végétale. Il y a eu un scandale quand des diplômés d'Agro Paris Tech avaient dit qu'ils refusaient d'utiliser leur diplôme, qu'ils ne

voulaient pas cautionner ce qui se passe... mais, en l'occurrence, ils avaient raison. Le personnage principal de *Sérotonine* est dans la situation à laquelle ils souhaitent échapper. Il écrit des rapports raisonnables, basés sur une formation scientifique sérieuse, et on n'en tient pas compte. L'agriculture intensive détruit la microbiologie des sols, ce productivisme est stupide et à terme suicidaire, détruire la biologie des sols les rend en réalité de moins en moins productifs.

Vous lisez quoi en ce moment ?

Je suis en train de lire un livre de Stefano Montefiori, que je recommande, j'ai appris beaucoup de choses sur l'Italie. Juste avant, je lisais Camilla Grebe, ce n'est pas mal du tout. Sinon, ma découverte la plus récente est *La Sentence* de John Grisham, je vous le conseille, c'est étonnant.

Vous racontez à propos de Blanche Gardin que vous n'avez pas beaucoup de choses en commun mais que vous vous êtes bien entendus. Pourquoi ?

Oh si, il y a des choses en commun. Mes grands-parents, qui m'ont élevé, votaient communiste, mais c'était un pur vote de classe, ils n'auraient pas eu l'idée de lire Marx. Mais j'ai été orienté vers la lecture de *Pif* plutôt que vers celle de *Mickey*, ce dont rétrospectivement je me réjouis. Mais je ne savais pas, avant de la rencontrer, qu'elle-même venait d'une famille communiste – des communistes intellectuels, eux, par contre.

Et vous, avez-vous visité des pays communistes ?

Oui. Ce n'était pas si mal, les pays de l'Est. Je suis allé en Pologne avant que tout ça ne se casse la gueule, je n'ai pas détesté. Les gens ne se gênaient pas pour critiquer ouvertement le régime, même en parlant avec des étrangers. Ils ne se gênaient pas pour dire que les choses étaient mal organisées, et c'est vrai que c'était objectivement très mal organisé. J'ai vu des magasins où il n'y avait qu'un ou deux produits en rayon, d'énormes piles de haricots ou de tomates en boîte. Si vous n'aimiez aucun des deux, il fallait revenir un autre jour. Ce qui est bizarre, c'est que les communistes réussissaient à produire des choses, mais pas à les distribuer. Alors que ça ne paraît pas si difficile de distribuer des choses. Dans les aspects positifs, il y avait des concerts de musique classique de très grande qualité. J'ai eu une amante russe qui m'a dit que la seule chose qui avait toujours fonctionné en Russie, même dans les pires périodes, c'était le chauffage. Jamais en panne.

Sur l'Ukraine et la Russie, pensez-vous que Macron fait ce qu'il faut ?

Oui, Macron a fait ce qu'il fallait. Il ne pouvait pas faire grand-chose, mais il l'a fait de son mieux.

Vous pensez qu'il ne faut pas livrer d'armes à l'Ukraine ?

L'Ukraine a été victime d'une agression injuste, le monde entier a-t-il pour autant le devoir de l'aider ? Je ne m'y sens personnellement pas obligé.

Ils ne sont pas décadents, eux ?

Si, au moins autant que la moyenne des pays européens. En 2022, l'indice synthétique de fécondité en Ukraine est de 1,3 – inférieur même à celui du Japon. L'Ukraine est par ailleurs le leader mondial sur le marché de la GPA.

Vous avez quitté le 13^e arrondissement de Paris, ça ne vous manque pas ?

Je vais bientôt recharger. Mon objectif est d'habiter à la campagne, je vais quitter Paris. Peut-être en Mayenne, ou dans la Manche, c'est bien la Manche. J'aime les zones océaniques, je vais plutôt essayer d'habiter par-là.

21 mai 2023 (Le Figaro)

[Michel Biero, l'Alsacien qui vend Lidl aux Français \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

Michel Biero, l'Alsacien qui vend Lidl aux Français

Par [Charles Jaigu](#)

Publié le 19/05/2023 à 06:00



Michel Biero. *Stéphane Grangier / akg-images*

PORTRAIT - Grâce à ses formules chocs, le numéro deux de l'enseigne de grande distribution allemande promeut une marque longtemps mal connue et mal comprise.

«On est quand même dans un pays de cinglés!» Michel Biero ne parle pas la langue de teck. Le volubile trublion de la grande distribution a trouvé son ton et son style. Ses interventions médiatiques remarquées, ses bonnes relations avec Emmanuel Macron et ses ministres de l'Agriculture en font un trouble-fête audible par temps difficiles. «*Cinglé, ce pays*» où les agriculteurs mal payés et en colère détruisent des grandes surfaces, où les consommateurs préfèrent les marques connues et chères qui malmènent les agriculteurs...

Selon Michel Biero, la loi Egalim n'a pas réussi à protéger les producteurs face aux mastodontes de l'agroalimentaire. La principale responsable de cette situation est, selon lui, «la loi de modernisation économique (2008), qui met les grands groupes en position de force pour négocier», nous dit-il, en faisant une longue démonstration le feutre à la main, devant le tableau blanc de la salle de réunion du siège du distributeur allemand, près de Rungis.

Nous ne sommes pas des financiers comme Carrefour, nous gardons le sens de la simplicité

Michel Biero

Le numéro deux de Lidl n'y va jamais par quatre chemins. Son pedigree d'alsacien germanophone sans diplômes fait sa force. Le parler vrai, c'est lui. Le terrain, c'est lui. C'est l'avantage, surjoué, mais bien joué, du petit outsider face aux nantis pachydermiques. «*Nous ne sommes pas des financiers comme Carrefour, nous gardons le sens de la simplicité*», tacle ce quinquagénaire grand et mince, à la poignée de main énergique. Il a visiblement un compte à régler avec Alexandre Bompard, le patron de Carrefour, «*qui me tape dessus chaque fois qu'il le peut*». En revanche, il n'a qu'éloges pour Michel-Édouard Leclerc, qui est pourtant son véritable concurrent. Il nous explique même que le patron breton a été mal compris quand, récemment, il a affirmé qu'il n'hésiterait pas à s'approvisionner à l'étranger pour faire encore baisser les prix. «*Il a précisé ensuite qu'il ne parlait que de certains produits comme Coca. En tout cas, pour nous, il n'est pas question d'acheter autre chose que des produits français, malgré l'inflation*», dit-il en nous rappelant que Lidl se fournit à 70 % dans l'hexagone.

José Bové des grandes surfaces

La transformation de l'enseigne aux prix cassés vient de loin. Elle a été voulue par le discret et talentueux patron allemand de Lidl France, Friedrich Fuchs, qui en 2012 a décidé d'abandonner le modèle du hard discount après un scandale sanitaire qui ruina l'image déjà fatiguée de Lidl, qui avait commencé sa conquête du marché français à partir de l'Alsace, vingt-trois ans plus tôt. En dix ans, ce pari d'une transformation d'image et de positionnement a été tenu: la part de marché de Lidl a doublé de 4 à 8 %, et l'entreprise est passée de 22.000 salariés à 50.000. Lidl est désormais la cinquième marque de grande distribution en France, *«mais la deuxième la plus appréciée des Français, derrière Leclerc»*. L'enseigne y est parvenue en ne vendant que 10 % de marques externes, le reste étant «fait Lidl», et donc moins cher. Encore fallait-il rassurer sur la qualité des produits. Et ce fut le défi de Michel Biero: *«Il n'y a qu'en France que les gens pensent que ce qui est moins cher est forcément moins bon»*, ironise Biero en nous montrant les cuisines où ses produits sont *«testés et goûtés tous les jours»*. Il a réussi à se faire entendre, et encore plus facilement par ces temps d'inflation, qui l'aident à fidéliser une clientèle française qui aime en général *«papillonner»*.

Tout cela fait-il de Michel Biero le José Bové de la grande distrib? La présence de l'enseigne jaune et bleue au Salon de l'agriculture depuis 2015 a été l'un des nombreux «coups» gagnants de cette enseigne décomplexée qui a su bousculer le jeu d'une grande distribution française endormie sur ses acquis. Cela a permis à Lidl d'apparaître comme une marque soucieuse de sa bonne relation avec le monde agricole. Aujourd'hui, Biero n'y va plus entouré de gardes du corps, et il assure connaître les *«5000 fournisseurs, dont la moitié ont mon portable»*. Finalement, l'Alsacien s'est acclimaté à ce pays de cinglés.

21 mai 2023 (Le Figaro)

[«Les classes moyennes»: deux siècles d'histoire d'une notion-clé pour comprendre la société française \(lefigaro.fr\)](#)

«Les classes moyennes»: deux siècles d'histoire d'une notion-clé pour comprendre la société française

Par [Guillaume Perrault](#)

Publié hier à 07:00 , mis à jour hier à 10:50



Dans l'omnibus, un tableau de Maurice Delondre (XIXe siècle). BRIDGEMAN IMAGES

GRAND RÉCIT - L'expression de «classes moyennes» est apparue voilà plus de 200 ans, pendant la Révolution. Découvrir la richesse de son histoire, c'est mieux apprécier la place centrale de ces Français dans l'identité du pays, sa réalité sociale, son imaginaire et ses valeurs.

Emmanuel Macron espère regagner le soutien des classes moyennes. Il annonce sa volonté de diminuer leur pression fiscale. Louable projet, mais qu'entend-on par classes moyennes ? **Aucune notion n'est plus séduisante et mouvante à la fois.** C'est d'autant plus frappant que l'expression est apparue dans la langue française voilà plus de deux siècles, à une période très précise : la Révolution. Retracer son histoire permet de mieux comprendre le rôle-clé des classes moyennes dans la société française, ses réalités sociales et politiques, mais aussi son imaginaire et ses valeurs.

L'éloge des conditions sociales moyennes est une tradition de la pensée occidentale depuis l'Antiquité. **Aristote a vanté la « voie moyenne », ni pauvreté ni richesse.** C'est pourquoi, **pendant des siècles, le mot «médiocrité» n'était pas nécessairement péjoratif en français.** Il exprimait d'abord l'idée de **juste milieu**, éloigné des extrêmes dangereux: une vertu individuelle (la modération, la tempérance) ou un état de fortune intermédiaire. **Bref, «médiocre» signifiait souvent «moyen», sans notion de blâme, bien au contraire.**

C'est ainsi qu'il faut comprendre la phrase de **Montesquieu** : **« Une république où les lois auront formé beaucoup de gens médiocres, composée de gens sages, se gouvernera sagement »** (*L'Esprit des Lois*, 1748, Livre V, chapitre III). Dans son style propre, **Rousseau** exprime une idée voisine : **« Partout le riche est toujours le premier corrompu, le pauvre suit, l'état médiocre est atteint le dernier. Or, chez nous l'état médiocre est l'horlogerie »**. Ce « nous » désigne les habitants de Genève, terre natale de **Rousseau**, qui s'exprime ainsi dans une lettre adressée à un célèbre médecin genevois de l'époque, le docteur Tronchin, le 27 novembre 1758. Les Rousseau étaient horlogers de père en fils depuis trois générations, et Jean-Jacques considère que sa famille appartenait à ce qu'on appellerait aujourd'hui les classes moyennes, ni riches ni pauvres.

Puis la Révolution française abolit la société d'ordres (noblesse, clergé, tiers-Etat) et proclame, dès l'article 1^{er} de la Déclaration des droits de l'homme et du citoyen (26 août 1789) : **« Les hommes naissent et demeurent libres et égaux en droits. Les distinctions sociales ne peuvent être fondées que sur l'utilité commune »**.

Comment alors désigner ces citoyens ni riches ni prolétaires ? La langue française hésite. La belle expression de « classe mitoyenne des fortunes » fleurit quelques années

Comment alors désigner ces citoyens ni riches ni prolétaires ? La langue française hésite. La belle expression de « classe mitoyenne des fortunes » fleurit quelques années. Puis, sous le Directoire, en 1797, lorsque paraît une **nouvelle traduction de *La Politique* d'Aristote**, un terme inédit surgit sous la plume du traducteur. **Confronté au mot grec qui désigne ceux qui ne sont ni opulents ni misérables**, l'érudit hésite à reprendre à son compte la traduction choisie depuis des siècles, c'est-à-dire « citoyens de fortune moyenne » ou « citoyens d'état médiocre » (au sens neutre du terme). **Dans un trait de génie, il traduit par « classes moyennes », le plus souvent au pluriel, parfois au singulier.** Voilà le personnage central de la société française des deux siècles à venir soudain baptisé.

Ce traducteur, dénommé Champaigne, revendique d'avoir inventé cette expression pour éclairer ce que vivaient les Français de 1797. **Ceux-ci étaient alors, pour la plupart, traumatisés par le souvenir de la Terreur toute récente (1793-1794) et l'épisode de l'égalitarisme anti-élitiste défendu par les Exagérés (Hébert) et les Enragés (Jacques Roux).** Mais ils étaient tout aussi désireux, dans leur grande majorité, de **conserver l'égalité civile proclamée en 1789.** L'érudit cherchait donc, chez Aristote, un guide pour comprendre le présent, et un garant illustre **afin de justifier la politique de « voie moyenne » des Directeurs, Barras au premier chef. Ceux-ci cherchaient à stabiliser la société née de la Révolution et à enraciner enfin des institutions viables.**

La vraie République « *est la prépondérance politique de la classe moyenne, tenant à la patrie par le lien de la propriété, classe qui se distingue par son amour de l'ordre (...)* », argumente l'érudit

C'est pourquoi **le traducteur écrit dans sa préface** : « *Aristote nous semblera souvent moins un écrivain du siècle d'Alexandre [le Grand, NDLR] que l'historien et le censeur sévère des faits qui se sont passés de nos jours* ». La vraie République « *est la prépondérance politique de la classe moyenne, tenant à la patrie par le lien de la propriété, classe qui dans toutes les nations se distingue par son amour de l'ordre, sa haine pour les révolutions, ses talents, sa vertu* », argumente l'érudit.

Et Champaigne propose cette traduction « engagée » d'un passage crucial de *La Politique* d'Aristote (Livre VI, chapitre IX, § 8.), traduction qui ne déforme en rien son sens, mais qui lui donne l'aspect d'un discours à la tribune d'une assemblée du Directoire : « ***Oui il est vrai que la classe moyenne est la base la plus sûre d'une bonne organisation sociale : il est vrai qu'une cité aura nécessairement un bon gouvernement si cette classe a la prépondérance sur les deux autres réunies ou du moins sur chacune entre elles en particulier. C'est elle qui, se rangeant d'un côté, fera pencher l'équilibre et empêchera l'un ou l'autre extrême de dominer*** ».

La raison en est simple, poursuit Aristote traduit par notre intellectuel : « ***Si le gouvernement est entre les mains de ceux qui ont trop, ou trop peu, il sera ou une fouguese démagogie, ou bien une oligarchie despotique*** », avec le même résultat : **la fin de la liberté politique, la tyrannie.** « ***La classe moyenne est bien moins exposée à tous ces excès (...) C'est cette classe moyenne qui assure aux démocraties un aplomb et une durée que n'a pas le régime oligarchique*** ».

Il existe un lien évident entre l'apologie de la classe moyenne et la fondation, par la Convention thermidorienne puis le Directoire, de grandes écoles recrutant sur concours ouverts à tous

L'éloge de la classe moyenne s'explique aussi par son trait fondamental : elle se veut ouverte aux gens du peuple les plus méritants et ne reconnaît, comme supériorité légitime, que celle de la valeur individuelle. Et il existe un lien évident entre l'apologie de la classe moyenne et la fondation au même moment, par la Convention thermidorienne puis le Directoire, de grandes écoles recrutant sur concours ouverts à tous. **L'Ecole normale supérieure naît en octobre 1794.**

Polytechnique, certes d'abord créé sous l'appellation d'École centrale des travaux publics sous la Terreur, en mars 1794, reçoit son nom et son rôle définitifs en septembre 1795. L'X est chargée de dispenser aux élèves, recrutés sur concours, une formation scientifique de haut niveau afin de les préparer à se spécialiser ensuite dans d'autres grandes écoles de l'État tant civiles (École des mines ou École nationale des ponts et chaussées) que militaires (École d'application de l'artillerie ou du génie). **Il s'agit de dégager de nouvelles élites fondées sur la suprématie des talents. L'idéal méritocratique français, qui prend appui sur une histoire antérieure et méconnue (il existait des bourses dans la France du XVIIIe siècle), devient un modèle de société et comme un trésor national.**

«Rendre sans objet le conflit naissant entre la bourgeoisie et le peuple»

Le prestige de Polytechnique est d'emblée si vif que des jeunes gens des « classes moyennes » affluent des quatre coins de France à Paris pour passer le concours. **Parmi eux, un Grenoblois, Stendhal, qui se rend dans la capitale en 1799. À peine descendu de la malle-poste, il renonce à son projet -trop fatigant- mais se consolera plus tard en faisant du héros d'un de ses romans, Lucien Leuwen, un polytechnicien.** Et, dans *La Chartreuse de Parme*, l'écrivain évoque la préoccupation des hautes classes confrontée à **une concurrence nouvelle**, et s'inquiétant pour l'avenir de leurs enfants rétifs à l'instruction ou peu capables en dépit du rôle persistant de la fortune et des recommandations. Stendhal fait dire à la marquise Del Dongo, retrouvant sous Napoléon son fils Fabrice longtemps élevé loin d'elle: « *elle interrogea son fils et fut épouvantée de son ignorance* ». Or il est grave que l'éducation du jeune homme soit manquée car « *maintenant il faut du mérite* », s'inquiète lucidement la marquise.

« Je soutiens avec ardeur la cause de la société nouvelle telle que la Révolution l'a faite, ayant l'égalité devant la loi pour premier principe et les classes moyennes pour élément fondamental »

Guizot, Mémoires, 1857

Dans la première partie du XIXe siècle, néanmoins, le sens de l'expression « classes moyennes » ne fait pas encore l'unanimité. Sous la Restauration, chez certains penseurs comme Royer-Collard, **le terme désigne d'abord la bourgeoisie, entendue comme une catégorie politique encore en conflit avec la noblesse.** Celle-ci, en 1814-1815, a en effet retrouvé une place privilégiée dans les pouvoirs publics même si l'égalité civile proclamée en 1789 n'est pas remise en cause. Bien plus tard, dans ses *Mémoires pour servir à l'histoire de mon temps* (1858), **Guizot** emploie encore le terme avec ce sens : **« Je soutiens avec ardeur la cause de la société nouvelle telle que la Révolution l'a faite, ayant l'égalité devant la loi pour premier principe et les classes moyennes pour élément fondamental ».**

Pour lui, la bourgeoisie est le moteur de l'histoire et du progrès. Si elle se distingue de l'aristocratie d'Ancien régime, ou tout au moins de l'idée que s'en fait **Guizot**, c'est que **la bourgeoisie est ouverte à tous les talents.** D'où sa célèbre formule, prononcée sous la Monarchie de Juillet (1830-1848) lors d'une réunion publique pendant une campagne électorale dans le Calvados, département dont il était député : **«enrichissez-vous par le travail et par l'épargne»** (et non pas «enrichissez-vous» tout court, comme l'ont aussitôt affirmé des adversaires politiques, tronquant sa citation).

Une société rendant possible aux plus talentueux des prolétaires d'intégrer les classes moyennes devait, selon ses défenseurs, justifier le suffrage censitaire et **« rendre sans objet le conflit naissant entre la bourgeoisie et le peuple »**, comme l'explique l'historien **Klaus-Peter Sick** dans un article remarquable («Le concept de classes moyennes. Notion sociologique ou slogan politique ? » *Vingtième Siècle. Revue d'histoire.* 1993/1).

Après l'effroi provoqué par **l'insurrection des ouvriers lyonnais, les Canuts, en décembre 1831**, Saint-Marc Girardin illustre cet état d'esprit, dans le *Journal des Débats* : **« Ce serait cruauté et tyrannie que de vouloir élever une barrière insurmontable entre la classe moyenne et les prolétaires. Point de barrière, donc ; point de lois aristocratiques ».** Pour autant, l'heure n'est pas à

l'attendrissement : «*Ne donnons point de droits politiques ni d'armes nationales à qui ne possède rien, mais que nos lois continuent de plus en plus de donner à chacun les moyens de posséder; et que de cette façon, elles diminuent de plus en plus le nombre des prolétaires pour augmenter le nombre des propriétaires et des industriels*».

L'emploi de l'expression « classes moyennes » au sens de bourgeoisie devient moins fréquente à partir de la proclamation du suffrage universel masculin (mars 1848). **Et le sens actuel du terme, c'est-à-dire les catégories sociales intermédiaires, entre bourgeoisie et ouvriers et employés, l'emporte peu à peu dans la langue française au cours de la seconde moitié du XIXe siècle.**

«*Oui je pressens, je sens, j'annonce la venue et la présence, dans la politique, d'une couche sociale nouvelle (...)*»

Gambetta, 1872

Gambetta, le 26 septembre 1872, dans un discours à Grenoble, fait ainsi l'éloge d'élus d'un nouveau profil sociologique : ceux issus des «*nouvelles couches*», socle de la démocratie grâce à l'enracinement du suffrage universel, et base du régime républicain que l'orateur républicain entend imposer et construire. «*N'a-t-on pas vu les travailleurs des villes et des campagnes, ce monde du travail à qui appartient l'avenir, faire son entrée dans les affaires politiques ? N'est-ce pas l'avertissement caractéristique que le pays, – après avoir essayé bien des formes de gouvernement, – veut enfin s'adresser à une autre couche sociale pour expérimenter la forme républicaine ?*», lance le tribun. «*Oui je pressens, je sens, j'annonce la venue et la présence, dans la politique, d'une couche sociale nouvelle qui est aux affaires depuis tantôt dix-huit mois, et qui est loin, à coup sûr, d'être inférieure à ses devancières* », s'enflamme l'avocat.

Gambetta oppose tous ceux qui travaillent aux rentiers, et assimile ceux-ci (de façon polémique et inexacte) au personnel politique du Second Empire déchu. Mais en pratique, l'orateur, lui-même fils d'un épicier de Cahors, désigne surtout, par « couches nouvelles », les petits et moyens patrons, dont les entreprises forment alors le cœur de l'économie française, ainsi que les professions libérales. **Dans l'esprit du temps, l'indépendance est en effet un trait caractéristique des classes moyennes.** Etre son propre maître paraît naturel et enviable. Devenir un salarié soumis à l'autorité d'un autre semble une condition peu flatteuse, un peu dégradante, tout juste tolérable quelques années lorsqu'on commence dans la vie, le temps de pouvoir se mettre à son compte.

Si Gambetta n'emploie pas l'expression de « classes moyennes », c'est tout simplement parce qu'elle appartient aussi, à l'époque, au vocabulaire marxiste ou anarchiste. Au lendemain du traumatisme de la Commune de Paris, écrasée dans le sang, les républicains opportunistes comme Gambetta veulent rassurer le pays et répudient un vocabulaire désormais associé, un temps, à l'imaginaire de la lutte des classes et des antagonismes sociaux sans merci. «*Messieurs, j'ai dit les nouvelles couches, non pas les classes : c'est un mauvais mot que je n'emploie jamais* », précise ainsi Gambetta (discours à Auxerre, 1^{er} juin 1874).

C'est que désormais l'ombre de Karl Marx plane au-dessus de la notion de « classes moyennes ». L'auteur du Manifeste du parti communiste (1848) et de Le Capital (1867) attribue le rôle de moteur de l'histoire non plus aux classes moyennes comme Guizot (qu'il a lu attentivement), mais à la classe ouvrière. **Marx prédit que les classes moyennes -qu'il désigne sous l'appellation de « petite bourgeoisie » et le qualificatif péjoratif de « petit bourgeois »- sont condamnées à dépérir en régime capitaliste sous l'effet de la concentration économique et de la spéculation.**

Marxiste, Jean Jaurès reprend l'analyse à son compte. Dans La Dépêche, en mars 1889, il consacre deux articles aux classes moyennes en régime capitaliste. Certes, concède le député de Carmaux, «*il y a encore beaucoup d'industries, comme la bijouterie, la tannerie, qui peuvent être abordées avec des capitaux modestes ; il y a de plus, dans la classe moyenne de notre pays, un tel esprit*

d'ingéniosité, d'initiative, d'épargne, qu'en bien des points le petit patronat se maintient encore ; mais il est menacé et sera bientôt débordé de toutes parts ».

« Avant un demi-siècle, la classe moyenne sera délogée de ses derniers retranchements et refoulée en masse vers le salariat »

Jean Jaurès, 1889

Et Jaurès d'affirmer : **« Avant un demi-siècle, la classe moyenne sera délogée de ses derniers retranchements et refoulée en masse vers le salariat. »** De même, à l'en croire, **« l'élite scientifique des classes moyennes se fait une place dans le monde nouveau, elle monte, mais à quel prix ? En se mettant du côté de la force, je veux dire du capital oppressif. Avec le machinisme et la grande industrie, les capitalistes ont besoin des ingénieurs et ceux-ci arrivent à de belles situations. Mais comme leur rôle social est éloigné de ce qu'il doit être ! ».** L'auteur les qualifie de **« serviteurs du dividende ».**

De façon générale, le député de Carmaux juge la méritocratie républicaine illusoire et mensongère. **«** *Devant la bourgeoisie laborieuse qui voudrait monter, la puissance brute du capital se dresse; toutes les hauteurs sont occupées ou du moins presque toutes, car le capital anonyme, qui s'est emparé d'abord des plus hautes cimes, s'installe peu à peu sur toutes les cimes secondaires qui restaient encore abordables au seul élan de l'intelligence et de la volonté* », soutient Jaurès. **«** *De même qu'autrefois dans la marine et dans l'armée les hauts grades étaient interdits à la bourgeoisie comme au peuple, de même aujourd'hui les hauts grades du commerce et de l'industrie, accaparés par une féodalité nouvelle, sont interdits à la bourgeoisie laborieuse comme au peuple.* **»**

Et le député de Carmaux conclut par ce jugement désespérant : **«** *Il n'y a guère plus de place, dans la jeunesse instruite et pauvre, pour les hautes ambitions honnêtes, qui, certes, dans aucun ordre social, ne se réaliseront toutes, mais qui, même quand elles restent à l'état de rêve irréalisé, sont le ressort de la vie.* **».** Ne restent donc réalisables, pour Jaurès, que des ambitions déshonorantes : **«** *Tous ceux qui ont de grandes audaces se jettent dans les opérations et les combinaisons de finance, car c'est là que se ramasse, aujourd'hui, aux dépens de la bourgeoisie comme aux dépens du peuple, la force vive de la nation* **».**

Les termes de la controverse sur l'ascenseur social, le mérite, le capital et le travail, bref tout ce qui détermine l'avenir des classes moyennes dans la société française sont ainsi en place très tôt.

À la fin du XIXe siècle, à mesure que le traumatisme de la Commune s'estompe, le terme de « classes moyennes » redevient d'usage courant dans la langue française, à la faveur de l'industrialisation. Dans le domaine des sciences sociales, des universitaires non marxistes l'emploient dans le sens neutre et descriptif qui prévaut encore aujourd'hui.

Dans le discours politique des années 1900-1914, la France est souvent dépeinte comme le pays de cocagne des classes moyennes

Dans le discours politique des années 1900-1914, la France est souvent dépeinte comme le pays de cocagne des classes moyennes, que favoriseraient **l'exceptionnelle stabilité monétaire de l'époque et l'absence d'impôt sur le revenu.** L'expression ne désigne plus seulement, à l'époque, une condition sociale, mais un idéal politique et humaniste, un imaginaire chargé d'un puissant investissement affectif. **Pas un discours public sans éloge de la modération, de la mesure et du bon sens qu'on prête à ces Français attachés à la petite propriété.** Les contemporains sont convaincus que la société française d'alors est, grâce à ce groupe central, caractérisée par des transitions douces entre catégories sociales, et non par des frontières rigides comme en Angleterre. **« Le Français moyen », selon le mot d'Edouard Herriot dans les années Vingt, ne se veut pas une expression péjorative, mais flatteuse.** **Les classes moyennes n'en englobent pas moins des situations de plus en plus hétérogènes et des Français aux niveaux de revenus nettement différents.** Parallèlement aux classes moyennes indépendantes, **des classes moyennes salariés se développent. Des fonctionnaires de rang**

intermédiaires, d'abord (professeur de lycée, officier subalterne, inspecteur en chef des contributions indirectes). Et, désormais aussi, des salariés du privé. **L'économiste libéral Paul Leroy-Beaulieu, dès 1881, forge la notion de « cadres »**, empruntée à l'organisation militaire, pour analyser ce fait nouveau : des salariés (ingénieurs, techniciens) qui ne sont ni travailleurs manuels ni directeurs. Répondant à une inquiétude répandue, **l'intellectuel veut croire que le salariat ne fera pas perdre à ce nouveau type de classes moyennes « son indépendance d'esprit »** si précieuse.

Tous ne partagent sans doute pas son optimisme, car c'est à l'époque qu'apparaissent les premières tentatives d'organisation des intéressés en vue de **la défense de leurs intérêts**, souvent sous l'aiguillon d'exemples étrangers. **En Belgique a lieu en 1899 le premier Congrès international de la petite bourgeoisie, rebaptisé en 1903 Congrès international des classes moyennes.**

Si les classes moyennes sont affaiblies, n'est-ce pas la société française elle-même qui est déstabilisée et la République menacée ?

La première guerre mondiale et ses suites, bouleversant l'ensemble de la société française, ne pouvaient qu'affecter très durement les classes moyennes. Les épargnants qui ont fait confiance aux emprunts russes sont ruinés. Une inflation spectaculaire fait fondre les économies comme neige au soleil. Or, si les classes moyennes sont affaiblies, n'est-ce pas la société française elle-même qui est déstabilisée et la République menacée ? **On ne compte plus les livres et les articles sur «la grande pitié des classes moyennes» dans les années Vingt et Trente.** « *Le Français des classes moyennes, nanti de biens ou d'espérances, était réfractaire à l'association ; le même Français, menacé dans les conditions de sa survie, finit par se liguier* », constate le journaliste Pierre Frédéric. (*Etat des forces en France, 1935*).

D'autres faits nourrissent l'inquiétude. Le développement de la grande industrie, en premier lieu. Son gigantisme, son organisation hiérarchisée et sa production standardisée, inspirées par les méthodes de l'Américain **Henry Ford**, paraissent menacer l'idéal d'autonomie et de mesure des classes moyennes. En 1930, l'écrivain **Georges Duhamel** revient effaré d'un voyage aux Etats-Unis et dénonce « **l'américanisation** » de la France dans *Scènes de la vie future*, où figure une description horrifiée des abattoirs ultra-modernes de Chicago qui inspirera **Hergé** pour son album *Tintin en Amérique* (1932). **L'arrivée au pouvoir d'Hitler** (janvier 1933), **en deuxième lieu. De nombreux observateurs jugent, à tort ou à raison, que le nazisme doit son succès, au premier chef, au soutien des classes moyennes allemandes en grande détresse depuis la crise de 1929.** (???) **La notion de classes moyennes devient alors, plus que jamais, un sujet d'études dans les milieux universitaires. Raymond Aron, alors jeune sociologue, lui consacra ses premiers travaux.**

Les partis semblent « engagés dans une immense compétition au terme de laquelle le vainqueur gagnera le droit de se faire proclamer... le défenseur des classes moyennes »

Pierre Desqueyrat, 1936

La victoire du Front populaire aux législatives d'avril-mai 1936 et sa chute dès avril 1938 renforce la conviction générale qu'aucune victoire électorale durable n'est possible si on s'aliène les classes moyennes. Un jésuite actif dans le débat intellectuel à l'époque, Pierre Desqueyrat, observe avec malice : « **Les partis politiques manifestent la plus vive sympathie pour les classes moyennes. Ils donnent l'impression qu'ils sont engagés dans une immense compétition politique au terme de laquelle le vainqueur gagnera le droit de se faire proclamer... le défenseur des classes moyennes** ».

Dans cette compétition, au début de 1936, la droite, les modérés et les radicaux se considèrent tous comme les représentants légitimes de ces catégories sociales (petits et moyens patrons du commerce et de l'industrie, professions intellectuelles et libérales, etc.). **Mais le parti radical, lui, est le pivot de la vie politique de l'entre-deux-guerres.** Situé au centre-gauche de l'échiquier, il fait et défait les majorités à la Chambre des députés.

« Je représente la petite bourgeoisie et je déclare que la classe moyenne et la classe ouvrière sont des alliés naturels »

Edouard Daladier, 28 juin 1935

Or, les radicaux ont été effrayés par les manifestations du 6 février 1934, qui ont conduit le gouvernement dirigé par un de leurs leaders, Edouard Daladier, à démissionner. Ils s'inquiètent de voir une fraction de leurs électeurs, hostiles à la politique de déflation, les quitter pour des partis plus à gauche ou au contraire pour les Croix de feu du colonel de la Roque. **Le parti radical choisit ainsi de s'allier à la gauche marxiste (la SFIO et même, pour la première fois, le PCF) en passe de s'unir. « Je représente la petite bourgeoisie et je déclare que la classe moyenne et la classe ouvrière sont des alliés naturels », lance Daladier lors d'un meeting unitaire de la gauche à la Mutualité (28 juin 1935).** Une décision qui ne fait pas l'unanimité dans son parti: aux législatives de 1936, une partie des électeurs radicaux refuseront de cautionner l'alliance électorale avec le PCF.

De leur côté, socialistes et communistes, qui se veulent des partis ouvriers, sont mal à l'aise face aux classes moyennes. Leur grille d'analyse, rappelons-le, est la pensée de Marx : la classe ouvrière ne cessera d'augmenter, les classes moyennes de déperir. Si **Maurice Thorez**, tout à son désir nouveau de rassurer, s'efforce de faire des gestes envers eux, cela semble moins le cas, paradoxalement, de **Léon Blum**. « *Les classes moyennes lui apparaissent comme un ensemble de catégories résiduelles, condamnées par l'évolution historique décrite par Marx à une disparition prochaine et destinées à se fondre dans le prolétariat* », explique l'historien Serge Bernstein (article dans l'ouvrage collectif *Les territoires du politiques*, presses universitaires de Rennes, 2012). En outre, en 1933, les « néo-socialistes » (Marcel Déat, Gaston Bergery), adversaires de Léon Blum au sein de la SFIO, avaient fait de l'alliance entre classe ouvrière et classes moyennes, un de leurs chevaux de bataille, ce qui a peut-être provoqué, chez le leader socialiste devenu président du Conseil en mai 1936, la crainte de paraître se déjuger s'il montrait de la sollicitude envers les classes moyennes.

Les lois sociales de 1936 entraînent une hausse de 30 % des coûts salariaux, « acculant ainsi à la faillite un nombre important de petites et moyennes entreprises », précise Serge Bernstein.

Or, après la victoire électorale du Front populaire, les grèves et occupations d'usine (juin 1936) effrayent l'électorat des radicaux. Surtout, **les réformes sociales (congés payés, hausses de salaires et réduction du temps de travail) entraînent une hausse de 30 % des coûts salariaux, « acculant ainsi à la faillite un nombre important de petites et moyennes entreprises »,** précise Serge Bernstein. Les nationalisations et la dévaluation du franc, à l'automne, **achèvent de détacher du Front populaire la plus grande partie des électeurs de classes moyennes du parti radical.**

C'est aussi l'époque où se fonde une **Ligue de défense des classes moyennes (octobre 1936)** afin de faire pression sur le gouvernement de Léon Blum. Au sein de la Confédération générale des syndicats de classes moyennes est créé, en avril 1937, une Confédération générale des cadres de l'économie française. Elle choisit d'appeler son journal « Front économique » en réplique au slogan du « Front populaire ».

L'omniprésence de la notion de classes moyennes dans la vie politique de 1936-1939 a aussi des causes plus techniques. **Le gouvernement Blum, décidé à généraliser les conventions collectives et à intervenir davantage dans la vie économique et sociale du pays,** est à la recherche d'interlocuteurs. Il favorise la création de groupements professionnels avec qui il pourra négocier. Ce fait, qui paraît tout naturel à un Français du XXI^e siècle, est à l'époque **une rupture avec une tradition de défiance à l'égard des corps intermédiaires héritée de la Révolution.** Un professeur alors fameux, l'historien et juriste Maxime Leroy, le souligne : « **Ce n'est plus l'individu qui parle à l'Etat, c'est le groupe. Le groupe chassé de l'Etat par Sieyès [qui ne reconnaissait aucun intermédiaire légitime entre le citoyen et la nation, NDLR] et Le Chapelier [auteur de la loi qui a interdit les corporations en 1791] y rentre** ».

Il reste que, lorsque les sénateurs radicaux provoquent la chute du premier gouvernement Blum (juin 1937), ils motivent leur décision en lui reprochant d'écraser les classes moyennes indépendantes.

Après la Deuxième guerre mondiale, la notion de classes moyennes est plus que jamais plébiscitée

Après la Deuxième guerre mondiale, la notion de classes moyennes est plus que jamais plébiscitée. La hausse du niveau de vie sans précédent, pendant les Trente Glorieuses, contribue à la constitution d'un vaste groupe central dans la société française, que favorisent également **l'Etat providence**, la redistribution, l'allongement de la durée des études, l'augmentation du nombre des diplômés et le poids croissant du secteur tertiaire.

Chacun des acteurs -organisations professionnelles, partis et gouvernement- affirme alors représenter les classes moyennes et les placer au cœur de ses préoccupations. L'expression prend même un sens intimidant, par la masse des électeurs qu'elle désigne et la présomption de justice dont bénéficient les mesures qui les favorisent. Schématiquement, les classes moyennes indépendantes (désormais en déclin et inquiètent pour leur avenir, comme le montre **le mouvement Poujade de 1953 à 1958**) votent à droite, les classes moyennes salariées du public votent à gauche, et les deux camps se disputent les classes moyennes salariées du privé.

« Tandis que moi, qui ne suis rien/ Qu'une petite fille de Français moyen,/ Quand je travaille, oui je me sens bien./ Et la fortune viendra de mes mains ! »

Sheila, «Petite fille de Français moyen», juin 1968

Malgré les bouleversements de la société française, **les valeurs associées aux classes moyennes - effort, épargne, optimisme- conservent leur aura auprès d'une grande partie de de la population tout au long des années 60.** Immédiatement après Mai 68, comme un pied de nez aux « évènements », **Sheila**, qu'on surnommait « **la petite fiancée des Français** », interprète une chanson intitulée « petite fille de Français moyen ». Après avoir gentiment moqué les jeunes femmes « de la haute » qui ne savent comment meubler leur désœuvrement, vont voir des films incompréhensibles et débattent doctement de politique, Sheila (Annie Chancel de son vrai nom), fille d'un commerçant en confiserie qui faisait les marchés, lance, avec une simplicité revendiquée :

«Tandis que moi, qui ne suis rien Qu'une petite fille de Français moyen, Quand je travaille, oui je me sens bien. Et la fortune viendra de mes mains!»

Saint-Germain des Prés ricane mais la chanson est première au hit-parade tout l'été 1968.

Huit ans plus tard, **Valéry Giscard d'Estaing**, devenu président de la République, expose l'analyse qui a guidé sa stratégie politique depuis les années 60 dans un ouvrage, *Démocratie française*. **« L'évolution en cours, loin de conduire au face-à-face de deux classes, bourgeoise et prolétarienne, fortement contrastées et antagonistes, se traduit par l'expansion d'un immense groupe central aux contours peu tranchés, et qui a vocation, par sa croissance numérique exceptionnellement rapide, par ses liens de parenté avec chacune des autres catégories de la société, par son caractère ouvert qui en assure largement l'accès, par les valeurs modernes dont il est porteur, d'intégrer en lui-même progressivement et pacifiquement la société française tout entière »**, écrit avec optimisme le successeur de Georges Pompidou, sans doute inspiré, dans ses réflexions, par **le modèle de la « middle-class » américaine.**

Le score très élevé du « non » (48,96%) au référendum sur Maastricht, en 1992, peut être interprété comme la première manifestation d'un nouveau temps d'inquiétude pour les classes moyennes

Puis arrive, de nouveau, par étapes, à compter des années 1990, un temps de doute et d'inquiétude pour les classes moyennes. Le score très élevé du « non » (48,96%) au **référendum sur le traité de Maastricht**, le 20 septembre 1992, peut être interprété comme sa première manifestation. Puis, **depuis une quinzaine d'années**, plusieurs auteurs (au premier chef **Jérôme Fourquet, Pierre Vermeren et Christophe Guilluy**) ont ausculté les classes moyennes, les causes de leur situation incertaine et la dégradation supposée des perspectives de mobilité sociale de leurs enfants (Guilluy, pour sa part, conteste jusqu'à la pertinence du concept de « classes moyennes » aujourd'hui).

Dans l'arène politique, les leaders n'arrivent plus à forger un discours politique rassembleur, englobant, qui permette une alliance durable entre classes sociales différentes. Faute d'y parvenir, de nombreux gouvernants et chefs de partis incriminent les institutions de la Ve République, accusées de tous les maux après avoir rendu des services signalés pendant des décennies. Et ils multiplient les préconisations techniques dans l'espoir de favoriser la reconstitution d'une majorité politique et sociale. Est-ce vraiment un débat institutionnel de plus qu'attend aujourd'hui « le Français moyen » ?

21 mai 2023 (Le Figaro)

[Michel Houellebecq : «Ce que je confesse surtout à mon propos, c'est ma grande bêtise» \(lefigaro.fr\)](https://www.lefigaro.fr)

Michel Houellebecq : «Ce que je confesse surtout à mon propos, c'est ma grande bêtise»

Par [Vincent Trémolet de Villers](#)

Publié le 19/05/2023 à 08:39 , mis à jour le 19/05/2023 à 11:46



Michel Houellebecq. *LIONEL BONAVENTURE*

ENTRETIEN EXCLUSIF - L'islam, la pornographie, Macron, Sarkozy, la littérature et le prix Nobel... L'écrivain qui publie *Quelques mois dans ma vie* se confie au *Figaro*.

L'écrivain publie *Quelques mois dans ma vie* (éd. Flammarion), cent vingt pages percutantes et très sombres dans lesquelles il revient sur sa querelle avec le Recteur de la Mosquée de Paris et il raconte ses démêlés avec la justice hollandaise après une sordide histoire de vidéos érotiques tournées à Paris et Amsterdam. Les personnages ont des noms d'animaux, les vices apparaissent sous la forme de serpents : on se croirait parfois dans une toile de Jérôme Bosch. [Michel Houellebecq](#) s'y montre intraitable avec lui-même et déterminé à ne pas se laisser emporter dans des opérations commerciales crapoteuses qui reposent sur sa célébrité.

LE FIGARO. - Vous publiez *Quelques mois dans ma vie*, sorte de confession sur deux événements qui ont perturbé votre existence. Vos propos sur l'islam dans la revue *Front Populaire* et le film érotique tourné à votre insu par un artiste hollandais. Pourquoi avoir écrit ce livre ? S'agissait-il d'une rédemption ?

Michel HOUELLEBECQ. - Au départ, le projet était plus modeste. «L'artiste» hollandais se répandait en interviews sur mon compte, j'ai voulu raconter comment les choses se sont passées. Après que j'ai publié une version plus brève de l'histoire dans *Le Point*, Bernard-Henri Lévy m'avait dit qu'il y avait à son avis deux voies : prendre les choses de haut, essayer d'en dégager le sens ; ou l'honnêteté totale, que j'avais choisie, ça pouvait être une bonne idée aussi. J'ai continué dans cette voie, mais en essayant quand même de dégager un enseignement, de comprendre ce que pouvait représenter cet artiste hollandais, ce que l'existence de gens comme lui pouvait nous dire de notre époque. **Ce que je confesse surtout à mon propos, c'est ma grande bêtise. On aurait pu ajouter comme sous-titre «Comment peut-on être aussi con ?»**

Comment ?

La vanité joue un grand rôle. La vanité vient du succès, elle vous fait croire que tout le monde vous aime et même vous désire. Curieusement, cela va de pair avec une certaine **naïveté**. Je n'avais pas songé que, vu ma célébrité, mes activités sexuelles pouvaient avoir une valeur marchande. **Il m'arrive d'oublier que**

je suis célèbre. J'ai déjà eu des polémiques intellectuelles violentes, et j'en aurai encore, mais jusqu'à présent ma vie privée avait été à peu près épargnée, je ne suis quand même qu'un écrivain, je pensais conserver cette tranquillité relative à condition d'éviter certaines erreurs, comme de coucher avec une actrice ou une femme politique.

Les catholiques devraient se limiter à l'euthanasie, à la GPA, enfin aux vrais sujets moraux

Michel Houellebecq

La sexualité et même la pornographie traversent toute votre œuvre. C'est par elles cette fois que vous avez vécu votre mésaventure....

J'ai découvert les films porno à vingt ans, bien après le sexe réel, et j'ai été totalement indigné. C'était laid, mal joué, et surtout désastreux du point de vue de l'initiation sexuelle. Trente ans plus tard j'ai découvert le porno amateurs, et ça m'a réconcilié avec le genre. Je trouve normal pour un couple de se filmer de temps en temps, ça fait de bons souvenirs. **Le diffuser sur Internet, par contre, je trouve ça bizarre, mais ça doit être une question de génération. Il y a des gens qui ne peuvent pas préparer un cassoulet sans en poster des photos sur les réseaux sociaux.** Ça ne me viendrait pas à l'idée, mais je ne trouve pas ça très grave. Pour vous le dire franchement, j'avoue ne pas comprendre la croisade anti-porno de certains catholiques : il fut un temps où l'Église était plus indulgente sur ces sujets. C'est pour moi un des nombreux signes **de l'influence délétère du protestantisme** ; c'est une dérive que l'on n'observe pas chez les orthodoxes. Les catholiques devraient se limiter à l'euthanasie, à la GPA, enfin aux vrais sujets moraux.

Vous écrivez vous-même dans votre livre «l'élément le plus important dans la sexualité c'est l'amour», on est loin de la dimension anatomique et technique de la pornographie ?

Il y a souvent de l'amour dans les films porno amateurs. Vraiment. Ce qui me paraît beaucoup plus préoccupant que le porno, c'est le développement de l'asexualité. Quand la séparation entre la sexualité et la reproduction sera pleinement achevée, quand par ailleurs la virtualisation de l'existence par les moyens du numérique aura franchi un palier supplémentaire, on peut vraiment s'inquiéter pour la reproduction, mais aussi pour la sexualité.

Dans vos livres, on n'en manque pas...

Il y en a, oui, moins qu'on ne le dit parfois, mais pas davantage que dans la vie réelle, je ne crois pas. C'est peut-être plus cru que chez d'autres, c'est vrai ; **la pornographie me paraît plus intéressante que l'érotisme.**

Tous vos malheurs sont arrivés après le Nobel pour lequel vous étiez un des favoris...

Le Nobel, ça ne m'a pas fait grand-chose. Comme Le Clézio et Modiano l'avaient eu récemment, je pensais que ça ne pourrait pas être un auteur français. Après **Annie Ernaux** c'est devenu encore plus difficile, presque impossible, ou il faudrait que je vive 120 ans. **Comme elle a dit du mal de moi j'aimerais en faire autant, mais je ne l'ai toujours pas lue.**

Pendant que l'on montait dans votre dos un film avec vous, vous tourniez un film de Guillaume Nicloux avec Blanche Gardin...

On s'est bien entendus avec Blanche Gardin. On est éloignés politiquement mais on se retrouve sur d'autres choses que je trouve plus importantes. En plus, logiquement, il me semble qu'elle devrait rejoindre Fabien Roussel ; elle n'a rien à faire avec Mélenchon. Puisqu'on parle de cinéma, je dois dire que **Gérard Depardieu, à qui j'ai raconté mes malheurs, m'a été d'un grand réconfort.** Il m'a conseillé de me battre sur tous les fronts : l'écriture, la justice, les médias... Comme acteur il me fascine, il est quand même très massif et quand il se déplace c'est une ballerine, il y a chez lui une vraie grâce. **Je ne crois pas du tout aux accusations portées contre lui.**

Avez-vous lu l'essai qu'un journaliste du *Monde* vous consacre, à vous, Sylvain Tesson et Yann Moix, un essai qui vous classe à l'extrême droite ?

Non. Je suis certain a priori que ce livre n'a aucun intérêt. Le *Rappel à l'ordre* de Daniel Lindenberg avait un sens. Non seulement j'appréciais énormément les livres de Philippe Muray et de Maurice Dantec, mais j'avais avec eux des relations amicales. Je ne connais pas Sylvain Tesson, et je ne l'ai pas lu. **Quant à l'extrême droite, on ne sait plus du tout ce que ça veut dire. Je ne crois pas avoir jamais rencontré quelqu'un d'extrême droite. En revanche, oui, je suis populiste. Je ne reconnais aucune valeur à la démocratie représentative, je suis favorable à la démocratie directe, au référendum d'initiative populaire.**

Les cons sont toujours la majorité, disait Céline. Vous n'êtes donc pas d'accord ?

C'est complètement faux. C'est aussi con qu'Audiard dans ses mauvais jours, cette phrase de Céline. **Qu'on le veuille ou non, la Suisse est un pays bien géré.** La seule petite objection, c'est qu'il arrive hélas que la majorité puisse errer sur le plan moral - comme dans le cas de l'euthanasie. Il faudrait un pouvoir spirituel qui puisse, de manière très exceptionnelle, prendre le pas sur le pouvoir temporel ; mais ça paraît à l'heure actuelle impossible.

Vous parlez aussi d'immigration dans l'interview à *Front Populaire*. Pour vous la ruée vers l'Europe est inéluctable ?

Non, rien n'est inéluctable. Il n'est pas radicalement impossible que l'Afrique se développe, ni qu'elle connaisse la fameuse « transition démographique ». **Et dans le cas où malheureusement ça ne se produirait pas, les murs, ça sert quand même à quelque chose.** Si vous me permettez un bref éloge de la littérature, je dirai que l'image des pays scandinaves, et en particulier de la Suède, comme modèle d'intégration idyllique, était largement écornée par la littérature scandinave. Il arrive que seul le roman, à un moment donné, dans un pays donné, s'exprime avec honnêteté.

Avez-vous lu le roman de Bruno Le Maire ?

Pas encore, mais je le ferai, même si ces derniers temps je reviens aux classiques du rock, je ne suis pas dans un moment de musique classique. **J'aime ce qu'écrit Bruno Le Maire, j'avais adoré les passages mettant en scène Nicolas Sarkozy.**

Que pensez-vous d'Emmanuel Macron ?

Je ne sais pas. Je ne comprends pas tout à fait cet homme. J'aimerais le comprendre, mais quelque chose m'échappe. **Sarkozy, je le sens bien. Tout me plaît chez Sarkozy, même quand il envoie des SMS alors qu'il est à table avec la reine d'Angleterre.** Et les « petits pois », concernant les juges, c'était une formule extraordinaire, brillante et tellement vraie. Mais ça lui a coûté, et lui coûte encore cher.

Vous avez aussi connu une nouvelle polémique au sujet de l'islam ?

C'est de ma faute. J'aurais dû mieux relire mes propos à ce sujet dans *Front Populaire*. **Parce que je suis persuadé depuis longtemps que le problème ce n'est pas l'islam, c'est la délinquance.** Quand on lit **V13 d'Emmanuel Carrère**, ce que je recommande vivement, on s'aperçoit que **les djihadistes ne sont pas de grands connaisseurs en matière de foi.** Ce sont d'abord des délinquants qui cherchent une violence supérieure. Ils veulent faire la guerre, parader dans des véhicules militaires, décapiter des prisonniers et jouer au foot avec leurs têtes, être accueillis comme des héros par une ou plusieurs femmes soumises, etc. **Enfin ce sont des brutes barbares, la guerre est avant tout un divertissement, Pascal le disait déjà.**

Par ailleurs, il faut arrêter avec l'obsession de l'assimilation. Voir des filles en burkini à la piscine, qu'est-ce que ça peut me faire ? Pendant longtemps les Chinois ont été les immigrés les moins assimilés, et en même temps les plus appréciés, parce qu'on pouvait se promener sans aucun risque dans Chinatown à deux heures du matin, même en minijupe. **Je ne crois pas beaucoup aux grands discours sur la laïcité, sur les valeurs républicaines, pour moi tout cela sonne un peu creux.** Les musulmans

accepteraient sans doute plus facilement d'être traités en France comme le sont les chrétiens dans les pays musulmans tolérants - je suis à peu près sûr qu'il en existe. Des citoyens comme les autres, qui pratiquent leur religion avec discrétion, parce que c'est une religion seconde. Mais nous n'avons pas de religion première, et nous n'en aurons plus. Même en l'absence de religion nettement majoritaire, la coexistence religieuse dans une relative indifférence, ça a quand même déjà fonctionné, et ça fonctionne encore dans certains pays, par exemple le Bénin. **Quant à l'assimilation, elle finit de toute façon par se faire par la langue - et parfois par les mariages ; mais il ne faut pas l'exiger trop vite.**

J'ai assisté à beaucoup de concerts de rock mais je n'ai jamais rien vu comme les JMJ à Paris avec Jean-Paul II

Michel Houellebecq

Vous êtes toujours athée ?

Je suis agnostique, pas athée. Par ailleurs je suis positiviste, pas matérialiste. **Parce que je suis impressionné par la pensée d'Auguste Comte, des crétins me prétendent maurrassien, ils n'ont manifestement lu ni Comte ni Maurras. Les religions m'intéressent, oui.** J'ai assisté à beaucoup de concerts de rock mais je n'ai jamais rien vu comme les JMJ à Paris avec Jean-Paul II. C'était à l'hippodrome de Longchamp. Il y avait deux millions de personnes ; très impressionnant, vraiment. **Par ailleurs, j'aimais beaucoup Benoît XVI. C'était une intelligence éblouissante.** En plus, mon premier voyage à l'étranger a été un séjour linguistique à Traunstein, en Bavière, un coin adorable où le futur pape a fait son séminaire. Mais d'autres religions m'attirent, c'est vrai ; dans les dernières pages d'*anéantir*, je suis sérieux. Je ne suis pas sûr de croire en la réincarnation, mais j'ai déjà eu des expériences de « déjà vu », et c'était vraiment troublant.

Vous continuez à croire au péché originel ?

Il suffit d'avoir été dans un internat de garçons pour savoir que l'homme n'est pas naturellement bon. Ça ressemble vraiment à la prison, en un peu moins violent. On parle beaucoup des abus sexuels en ce moment, mais on ne dit pas tout. Il y a le viol des femmes, oui ; il y a la pédophilie, aussi. Ce que j'ai vécu pendant des années, à l'internat de garçons, c'était la peur du harcèlement ; les coups, les humiliations et parfois les viols de préadolescents par des adolescents du même sexe. J'ai écrit un chapitre pénible là-dessus dans *Les particules élémentaires*. Si les victimes ont si souvent honte d'avoir été violées, c'est qu'elles ont honte, selon l'expression vulgaire, de *s'être fait baiser*. Il y a une expression encore plus vulgaire, c'est celle de *s'être fait enculer*.

Lorsque je me souviens que j'ai échappé à l'époque au viol réel, ce que je traverse depuis quelques mois me paraît quand même moins grave ; ça se rapproche plutôt du *cyberharcèlement*. Plus précisément c'est un chantage à la *sextape*, assorti d'une tentative d'escroquerie, le tout enrobé de prétentions artistiques bidon.

Mais vous croyez aussi à une forme de pureté originelle ?

Oui, l'amour existe. Quelque chose de plus étrange aussi, que l'on appelle sympathie. Même un auteur aussi pessimiste que *Schopenhauer* est désarmé par la sympathie. Il est surprenant, écrit-il, «*de voir deux personnes qui ne se connaissent nullement accourir joyeusement l'une vers l'autre, comme s'il s'agissait d'anciennes connaissances*». Un argument de plus en faveur de la réincarnation.

Si un projet de loi sur l'euthanasie est proposé par le gouvernement, que ferez-vous ?

Même si je n'aime pas ça, j'entrerai dans la bataille. Avec un doute ; j'ai peut-être tort d'émettre des idées, la fiction littéraire est bien plus forte. J'aime particulièrement *The Test*, une nouvelle de *Richard Matheson*. C'est l'histoire d'un couple, le père du mari vit avec eux, chaque année il doit passer des tests qui décideront s'il a le droit de rester en vie. Cette année-là, ils sont à peu près certains qu'il va rater. La femme n'est pas si mécontente d'avoir cette charge en moins, l'homme en un sens est du même avis, leur appartement n'est pas si vaste ; mais il se souvient de moments heureux, enfant, avec son père. Et pour leurs propres enfants tout cela est normal, ils ont bien suivi leur cours d'instruction civique. L'ambiance de gêne qui s'installe est admirablement rendue. **Dans les nouvelles de Matheson, aux moments de grande tension, on entend voler les mouches.**



Quelques mois dans ma vie, Michel Houellebecq (éd. Flammarion). Flammarion.

21 mai 2023 (Le Point)

[La « Nakba », un triste anniversaire fêté par les Palestiniens \(lepoint.fr\)](https://www.lepoint.fr)

La « Nakba », un triste anniversaire fêté par les Palestiniens

Les Palestiniens marquaient lundi 15 mai le 75^e anniversaire de la « catastrophe » qu'ils associent à la création d'Israël, synonyme d'un exode.

Par I.M. avec AFP



Un rassemblement à Ramallah célébrant le 75^e anniversaire de la création d'Israël, tristement nommée « Nakba » par les Palestiniens. © ISSAM RIMAWI / ANADOLU AGENCY / Anadolu Agency via AFP

Publié le 15/05/2023 à 23h21

Il y a 75 ans, la création de l'État d'Israël, en 1948, contraignait 760 000 Palestiniens à l'exode, alors que débutait la première guerre israélo-arabe. Lundi 15 mai, les Palestiniens ont célébré ce 75^e anniversaire de ce qu'ils nomment la « Nakba », ou « Catastrophe », dans un contexte de tensions fortes avec Israël. À Ramallah, siège de l'Autorité palestinienne, plusieurs milliers de manifestants venus de toute la Cisjordanie occupée se sont rassemblés en arborant des drapeaux palestiniens ou des banderoles noires portant l'inscription « retour » en arabe et en anglais, et l'image d'une vieille clé.

Israël a été créé le 14 mai 1948 en application d'une résolution de l'ONU prévoyant le partage de la Palestine, alors sous mandat britannique. Le lendemain, les armées de cinq États arabes envahissaient le jeune État dans le but de le faire disparaître. Israël est sorti vainqueur de cette guerre au cours de laquelle, selon l'ONU, quelque 760 000 Palestiniens ont été contraints de quitter leur foyer. Ceux qui sont encore en vie et leurs descendants réclament depuis lors un « droit au retour » qu'Israël refuse catégoriquement, faisant valoir qu'autoriser même une fraction d'entre eux à revenir équivaldrait à signer sa fin en tant qu'État juif.

L'ONU recense aujourd'hui 5,9 millions de réfugiés palestiniens répartis entre les Territoires palestiniens (la Cisjordanie, occupée par Israël depuis 1967, et la bande de Gaza), la Jordanie, le Liban et la Syrie. Israël a célébré son 75^e anniversaire le 26 avril, selon le calendrier juif.

« Le plus tôt possible »

Les commémorations interviennent dans un climat de fortes tensions, le conflit israélo-palestinien ayant fait plus de 170 morts depuis le début de l'année, dont 35 la semaine dernière lors d'une nouvelle guerre entre Israël et des groupes palestiniens dans la bande de Gaza.

Pour la première fois, grâce à une résolution votée en novembre, les Nations unies ont marqué l'anniversaire de la « Nakba » à leur siège à New York, lundi. Faisant référence aux centaines de résolutions votées par l'ONU sur le conflit israélo-palestinien, et notamment la résolution 194 de l'Assemblée générale ayant décidé en décembre 1948 « qu'il y a lieu de permettre aux réfugiés [palestiniens] qui le désirent, de rentrer dans leurs foyers le plus tôt possible et de vivre en paix avec leurs voisins », le président de l'Autorité palestinienne Mahmoud Abbas a exigé « officiellement [...] que l'on s'assure qu'Israël respecte ces résolutions ou que l'adhésion d'Israël à l'ONU soit suspendue ».

A1 Ramallah, beaucoup de participants au festival organisé pour commémorer la « Nakba » portent des gilets noirs avec l'inscription « la Nakba est à l'origine de l'histoire et le retour est un droit ». Des grands-parents sont au rendez-vous avec leurs enfants et petits-enfants pour dire leur attachement à leur terre et au « droit au retour ». Vêtu du costume traditionnel palestinien, Khairy Hanoun, 64 ans, est venu de Tulkarem, dans le nord de la Cisjordanie. Il porte une très vieille valise, symbole d'exil, et une ancienne clé, rappelant celles des maisons de 1948.

« Pour les jeunes »

« Nous sommes venus dire à l'occupation [Israël, NDLR] que c'est ainsi qu'ils ont chassé nos pères et grands-pères, avec leurs vêtements seulement », dit-il. Le festival a réuni aussi des descendants de Palestiniens restés à l'intérieur des frontières israéliennes à l'issue de la guerre de 1948-1949, et que l'on appelle en Israël des « Arabes israéliens ». « L'une des plus grandes erreurs commises par le mouvement sioniste est qu'entre 150 000 et 160 000 Palestiniens sont restés [en Israël] après la Nakba », a déclaré Mohammed Baraka, représentant de cette communauté qui a pris la parole durant les commémorations. « Aujourd'hui, nous sommes près de deux millions, et nous ne sommes pas un chiffre, mais des témoins de l'identité de la patrie qu'Israël a tenté d'assassiner », a-t-il ajouté.

Selon les derniers chiffres du Bureau central des statistiques israélien (CBS), publiés à l'occasion du 75^e anniversaire du pays, Israël compte aujourd'hui plus de 2 millions d'Arabes, soit 21 % de la population. Ces chiffres incluent la population de Jérusalem-Est, secteur dont l'annexion par Israël n'est pas reconnue par l'ONU. Descendante de réfugiés, Nohad Wahdane explique que « ces commémorations sont organisées chaque année pour que les jeunes apprennent leur histoire et ne l'oublient pas ». Abla al-Kouk, directrice d'école, voit, elle, dans ces commémorations une occasion de « souligner le droit au retour, qui n'est pas soumis à prescription, pour tous ceux qui ont été chassés de leurs terres et de leurs maisons. »

21 mai 2023 (Le Point)

[La France en voie de smicardisation \(lepoint.fr\)](https://lepoint.fr)

La France en voie de smicardisation

ÉDITO. La forte revalorisation du salaire minimum n'est, hélas, pas une bonne nouvelle pour tout le monde : elle accentue le déclassement des classes moyennes.

Par [Pierre-Antoine Delhommais](#)

Publié le 16/05/2023 à 08h00

Au rythme où les prix progressent, les smicards vont bientôt apparaître de façon improbable comme d'affreux privilégiés bénéficiant de l'indexation automatique de leur salaire sur l'inflation. Après avoir déjà été revalorisé de 5,6 % en 2022 et de 1,81 % au 1^{er} janvier, le smic a de nouveau été augmenté de 2,22 % le 1^{er} mai, pour être porté à 1 747,20 euros brut par mois pour 35 heures hebdomadaires. Au total, depuis octobre 2021, le smic a progressé de 12,5 %. De quoi faire rêver de très nombreux Français, de quoi permettre aussi au gouvernement de revendiquer fièrement une fibre sociale et de se défendre contre les accusations de l'opposition selon lesquelles sa politique économique ne profite qu'aux riches et se désintéresse du sort des plus défavorisés.

La forte revalorisation du smic est bien sûr une excellente nouvelle pour les 2,5 millions de personnes du secteur privé et de la fonction publique directement concernées, qui se trouvent tout en bas de l'échelle salariale et dont le faible pouvoir d'achat a pu être ainsi tant bien que mal protégé contre l'envolée des prix de l'énergie et de l'alimentation. Elle en est une moins bonne, en revanche, pour l'économie française quand on connaît les effets négatifs d'un salaire minimum trop élevé – son niveau horaire en France est l'un des plus hauts de l'OCDE – sur l'emploi non qualifié, mais aussi sur la compétitivité des entreprises, laquelle est déjà mal en point au vu de l'ampleur de notre déficit commercial.

Nivellement vers le bas des salaires

La progression du smic nettement plus rapide que celle des autres salaires, désindexés en France de l'inflation depuis le tournant de la rigueur de 1983, a surtout pour énorme inconvénient de resserrer l'échelle des rémunérations. En générant une légitime frustration chez tous les salariés des classes moyennes payés au-dessus du smic mais qui eux ne bénéficient nullement de sa revalorisation. Et qui éprouvent un sentiment de déclassement en constatant qu'ils sont progressivement rattrapés par leurs collègues touchant le salaire minimum.

L'empilement en France, depuis de très nombreuses années, des dispositifs d'aide aux revenus les plus faibles (prime d'activité, exonération totale des cotisations patronales au niveau du smic, etc.) s'est logiquement traduit par un nivellement vers le bas de la grille salariale : en 2021, selon l'Insee, la moitié des salariés du secteur privé percevaient un salaire net mensuel inférieur à 2 012 euros, 20 % gagnant moins de 1 500 euros et 30 % entre 1 500 et 2 000 euros net.

Ce système salarial centré sur le smic, cette « smicardisation » en quelque sorte de toute la société, dissuade les patrons d'augmenter leurs employés, afin de ne pas crouler sous le poids des charges. Avec le consentement résigné de salariés désireux de leur côté ne pas être davantage imposés et taxés et de ne pas perdre les divers avantages liés à de basses rémunérations. De tout cela résulte

une panne complète de l'ascenseur salarial, qui n'est sans doute pas étrangère au désamour des Français pour le travail qui s'est manifesté avec force à l'occasion de la réforme des retraites.

Conscient qu'elles sont, plus encore que les classes populaires payées au smic, les premières victimes de la flambée des prix de l'énergie et de l'alimentation, le ministre des Comptes publics, Gabriel Attal, a annoncé « un plan Marshall pour les classes moyennes ». Sans préciser toutefois en quoi il pourrait consister.

La situation désastreuse des finances publiques

Cette promesse de « plan Marshall » se justifie politiquement dans la mesure où une majorité de Français se reconnaissent dans cette catégorie sociologiquement très floue des personnes ni riches ni pauvres ou si l'on préfère un peu trop riches pour se considérer comme pauvres et un peu trop pauvres pour s'estimer riches. Elle paraît en revanche bien présomptueuse au vu des marges de manœuvre budgétaires rendues très limitées par la situation désastreuse des finances publiques. Soutenir durablement le pouvoir d'achat des classes moyennes supposerait d'abaisser significativement le niveau des prélèvements obligatoires dans le pays, donc aussi celui des dépenses publiques, afin de rapprocher le salaire net du salaire brut. Autant dire que le lancement d'un plan Marshall pour les classes moyennes n'est pas pour demain.

21 mai 2023 (Le Point)

[Écriture inclusive à l'université : « une mystique délirante » \(lepoint.fr\)](https://lepoint.fr)

Écriture inclusive à l'université : « une mystique délirante »

ENTRETIEN. Le linguiste Jean Szlamowicz réagit à la polémique suscitée par l'emploi du langage « inclusif » dans un examen de droit de l'université Lyon-II.

Propos recueillis par [Kévin Badeau](#)



Le pronom personnel « iel » est désormais souvent employé pour évoquer une personne, quel que soit son genre. © Fiora Garenzi/Hans Lucas via AFP

Publié le 16/05/2023 à 15h00

« **T**ouz », « Als », « appelæ »... L'emploi de l'écriture dite « inclusive » n'en finit plus de percuter le débat public. Dernière illustration en date : un sujet d'examen rédigé sous cette forme et adressé le 10 mai aux étudiants de l'université Lumière Lyon-II. L'initiative du professeur – qui au passage semble inventer des mots – a provoqué une bronca à droite de l'échiquier politique. L'UNI, syndicat étudiant, qui a révélé ce devoir, estime que « les sujets d'examen ne doivent pas être le lieu de la propagande woke ».

À Grenoble, au contraire, le tribunal administratif a annulé le 11 mai les statuts du service des lettres de l'université de Grenoble-Alpes, eux aussi rédigés en écriture inclusive depuis 2020. À la lumière de ces deux événements, le linguiste Jean Szlamowicz, auteur de l'essai *Les Moutons de la pensée* (Les éditions du Cerf, 2022), qualifie ce langage d'« ésotérisme illuminé ».

Le Point : De l'écriture dite « inclusive » dans une épreuve universitaire et dans les statuts d'une fac française... En tant que linguiste, comment appréciez-vous ces deux initiatives ?



Jean Szlamowicz, linguiste et essayiste. © jean szlamowicz/SP

Jean Szlamowicz : C'est l'illustration d'un phénomène farcesque, visiblement suffisamment consensuel dans ces milieux spontanément activistes : la confusion des signes linguistiques avec des personnes humaines. Des gens parfaitement ignorants de la réalité scientifique de la langue s'autorisent à légiférer à partir de leurs conceptions de la morale et de leur interprétation symbolique sauvage. Ils prétendent alors « inclure » en fonction d'une croyance à la représentation de l'ontologie humaine par les signes linguistiques. C'est une mystique délirante, un désir fou – avec un horizon totalitaire parfaitement assumé.

Pour le profane, cette forme d'écriture apparaît comme énigmatique, voire impénétrable...

L'idée que la langue doive « représenter » des êtres dans un sens politique témoigne d'une perte totale de rationalité – comme s'il était concevable qu'une langue parfaite ait des vertus magiques qui résoudraient les maux de la société. C'est un ésotérisme illuminé qui détourne complètement la nature même des phénomènes sociaux qui ne dépendent certainement pas de la grammaire ou de l'orthographe !

Y voyez-vous l'expression d'une énième percée woke dans nos universités ?

Cet entrisme pseudo-progressiste se trouve, en tout cas, en flagrant décalage avec les exigences institutionnelles. L'enseignant est censé se comporter en modèle, et non pas instrumentaliser sa position afin de diffuser ses priorités idéologiques personnelles. On est tenté d'y voir une forme de détournement de l'autorité publique. L'enjeu, c'est la banalisation de propositions idéologiques complètement partisans. Cette normalisation ne tient que par l'emploi du mot « inclusif » qui établit sa moralité par le seul fait que son antonyme est la notion d'exclusion.

Vous remarquerez que le sujet de l'épreuve incite à utiliser l'écriture inclusive – « vous répondrez avec la forme d'inclusivité que vous maîtrisez » –, ce qui présente l'inclusivité à la fois comme une innovation, un devoir et une compétence : l'enseignant montrerait une certaine bienveillance temporaire face aux hésitations. Le flottement des normes serait permis le temps d'imposer de nouvelles pratiques. Il n'y aurait donc plus de graphie commune : ce qui compte, c'est d'exhiber sa bonne volonté politique, sa soumission idéologique... et de le marquer dans l'orthographe.

Autre point troublant de cette proposition dans un examen universitaire : si chacun invente les formes qui lui conviennent, sur quels critères reconnus peut-on évaluer des examens ?

Dans un récent livre, la sociologue Nathalie Heinich dit que la France apparaît comme un bastion de résistance au wokisme. L'annulation par la justice des statuts de l'université de Grenoble-Alpes rédigés sous cette forme lui donne-t-elle raison ?

Je ne suis pas sûr qu'il faille s'en remettre au droit pour légiférer sur des faits de culture, d'idéologie, d'usage linguistique ou d'interprétation linguistique... Il suffirait que la justice décide en sens inverse pour que l'écriture inclusive devienne non seulement une contrainte mais se mette à incarner une interprétation « légale » de la langue... La majorité des locuteurs du français parlent et écrivent normalement.

Seuls quelques idéologues exercent une pression pour imposer leur lecture fantaisiste et partielle de la langue. Le rationalisme se porte encore bien en France. Mais est-ce durable avec des enseignants de plus en plus gagnés à la cause inclusiviste ? Les savoirs disciplinaires sont de moins en moins maîtrisés, mais que d'arrogance vertueuse chez ces petits intellectuels !

Le débat autour de l'écriture inclusive fait penser que la langue est devenue un champ de bataille idéologique. Cela vous inquiète-t-il ?

Comme le lieu de cette bataille est l'enseignement, cela conditionne la diffusion des connaissances, voire substitue aux connaissances des postures morales. Le marquage des préférences idéologiques dans l'écriture est d'une gravité radicale. Cela revient à instaurer un signalement personnel volontaire où chacun doit manifester le camp auquel il appartient par sa pratique linguistique. On construit ainsi les conditions d'une bataille rangée où l'on peut compter ses alliés et ses ennemis. L'agit-prop remplace la culture, le marquage binaire et polarisant – pour ou contre – remplace la pensée.

Le faux savoir est pire que l'ignorance. Croire que l'on sait mieux que les autres comment changer la société en imaginant que l'orthographe est la clé d'une réforme des mentalités repose sur le réflexe moutonnier consistant à se placer au-dessus des autres. C'est une logique de parti, voire de secte.

PUBLICITÉ

Il faut donc avoir le courage de ne pas céder à la mode, avoir la persévérance de rectifier les contre-vérités et ne pas se laisser intimider par l'air du pseudo-progressisme. Car c'est l'un des arguments creux qui séduit tant les faibles, celui qui consiste à faire miroiter une appartenance au camp du Bien, le rabâchage de l'inclusivisme se présentant comme le sens même de l'Histoire.

18 mai 2023 (The Economist)

[The world could soon breach its 1.5°C target for global warming \(economist.com\)](https://www.economist.com)

Mercury rising

The world could soon breach its 1.5°C target for global warming

Human-driven warming will be amplified El Niño



May 17th 2023

In 2015, in Paris, the nations of the world committed themselves to trying their best to prevent the planet warming by more than 1.5°C from its pre-industrial state. Even at the time, the goal looked ambitious. In recent years, it has come to seem almost impossible.

On May 17th the World Meteorological Organisation (wmo), an arm of the United Nations, added to the gloom. It said there was a 66% chance that the world would exceed the 1.5°C threshold in at least one of the next five years. That is a big jump from its estimates of even a year ago, when the wmo assessed the likelihood at 48%. Even if the 1.5°C target is not breached, the wmo thinks it is virtually certain that one of the coming five years will be the hottest in human history. (That record is now held by 2016, which was 1.28°C warmer than the pre-industrial average.)

Optimists point out even if the 1.5°C threshold is exceeded, it will only be temporary, and the Paris agreement will not technically be breached—yet. (That would require exceeding the target for several years.) The rise will be temporary because for the next few years the rising level of human-driven warming will be amplified further by natural, but transient, changes.

The biggest of those variations is the El Niño Southern Oscillation (enso), a natural cycle of warming and cooling in the waters of the eastern Pacific ocean that has widespread effects on the climate. The world has just seen three consecutive “La Niña” years, the name given to the cooler phase of the cycle, helping hold global temperatures down. It now seems almost certain that a warmer “El Niño” phase will begin sometime later this year, setting up 2024 to be a scorcher. (One reason for the 2016 record is that the year coincided with an especially strong El Niño.)

But the enso is not the only factor. An additional temporary nudge could come from the eruption last year of the Hunga Tonga-Hunga Ha’apai volcano, near Tonga. It was one of the biggest eruptions since that of Mount Pinatubo in the Philippines in the 1990s, and injected an estimated 146m tonnes of water vapour into the stratosphere. Water vapour, like carbon dioxide, is a greenhouse gas. Unlike carbon dioxide, it will gradually fall out of the stratosphere over the next few years. But Stuart Jenkins, a climatologist at Oxford University, reckons that while it persists it could increase the odds of passing 1.5°C by a few percentage points.

Some tentatively encouraging signs gleam amid the gloom. Global emissions of greenhouse gases from fossil fuels seem to have gone sideways for several years, leading some researchers to speak cautiously of a possible peak. RystadEnergy, a Norwegian think-tank, predicted earlier this year that global emissions of carbon dioxide from industry could peak in 2025 and then begin a slow decline.

But so far, despite the warm words, the world's actions still fall far short of its promises. Even the upper end of the goals agreed in Paris—of limiting warming to “well below 2°C”—will be achievable only with drastic action. For Europe and America to meet their commitments, for instance, **would require them to switch off all their fossil-fired power plants within the next three decades.**

And simply stopping emissions will not be enough. Somewhere between 3.5bn and 5.4bn tonnes of carbon dioxide will need to be sucked out of the atmosphere every year, rising to 4.7bn to 9.8bn tonnes within 30 years. **All that is a big ask, to put it mildly.** But the optimist's take might be that the psychological impact of breaching the 1.5°C goal, even if only temporarily, could help focus minds.

18 mai 2023 (Contrepoints)

[Et si on s'intéressait aux sources des difficultés économiques de la France ? - Contrepoints](#)

Et si on s'intéressait aux sources des difficultés économiques de la France ?

[Claude Sicard](#)

Alors que les indicateurs économiques français sont à la traîne, la création d'une commission d'enquête viserait à identifier les responsabilités au sein de l'administration et à analyser en profondeur les facteurs ayant conduit à cette situation critique.



Publié le 18 mai 2023

Depuis la fin des Trente Glorieuses, l'économie française réalise de très mauvaises performances, bien inférieures à celles de tous les autres pays européens.

Il serait donc temps de comprendre à la fois quelles en sont les raisons et pourquoi nos dirigeants n'ont pas cherché à y remédier. On peut soupçonner des fautes commises par nos responsables politiques et/ou par des responsables placés à de hauts niveaux dans l'administration du pays. Il paraît donc nécessaire de mettre en place une commission d'enquête parlementaire, à l'image de ce qui vient d'être fait [à propos du déclin de notre secteur nucléaire](#).

En effet, le 11 octobre 2022, une [commission d'enquête](#) a été organisée à l'Assemblée nationale par la Conférence des présidents, visant « à établir les raisons de la perte de souveraineté et d'indépendance énergétique de la France ». La présidence en a été confiée à [Raphael Schellenberger](#) et le député Antoine Armand en a été nommé rapporteur. Cette commission a travaillé intensément et a remis son rapport le 6 avril dernier, après avoir procédé à 150 heures d'audition de responsables à différents niveaux, dont deux anciens présidents de la République. Ses conclusions sont très sévères et il en résulte une trentaine de recommandations extrêmement utiles pour l'avenir de notre pays.

Rappelons qu'une commission d'enquête a été aussi créée au Sénat sur « [L'influence croissante des cabinets de conseil privés sur les politiques publiques](#) ». De telles commissions sont très précieuses.

Dans le cadre de la Commission que nous proposons de créer, il s'agirait de rechercher les raisons pour lesquelles l'économie française est bien moins performante que celle des autres pays européens, et de pointer les responsabilités au sein des administrations. Pour résoudre cet état de fait, une analyse méticuleuse des facteurs ayant conduit à la situation actuelle paraît nécessaire.

La France, un pays aux très mauvaises performances économiques

En 2018, le service des statistiques des Nations Unies (UNSD) a publié les résultats d'une étude montrant comment ont évolué sur une longue période les économies d'un certain nombre de pays, en se référant à leur PIB/capita qui est l'indicateur de richesse utilisé par les économistes. Nous indiquons donc, ci-dessous, les évolutions des grands pays européens, en ajoutant le cas d'Israël qui est particulièrement exemplaire :

	<u>PIB/tête (US dollars courants)</u>			
	<u>1980</u>	<u>2000</u>	<u>2017</u>	<u>Multiplicateur</u>
Israël	6.393	21.990	42.452	6,64
Espagne	6.141	14.556	28.356	4,61
Suisse	18.879	37.937	80.101	4,25
Danemark	13.881	30.734	57.533	4,13
Allemagne	12.091	23.929	44.976	3,71
Pays-Bas	13.794	20.148	48.754	3,52
Suède	16.864	29.292	54.043	3,21
France	12.669	22.161	38.415	3,03

(ONU : Statistics Division)

Durant cette période, les performances économiques de la France ont été bien inférieures à celles des autres pays européens. Il aurait fallu au moins être au multiplicateur quatre, ce qui aurait permis au PIB d'être environ 30 % plus élevé qu'aujourd'hui.

Notre taux de dépenses publiques serait alors de 40 %, c'est-à-dire conforme au taux moyen des dépenses publiques de l'Union européenne (42,5 %), et notre taux d'endettement se trouverait ramené à 78 % par rapport au PIB. Il est tout à fait inadmissible que nos dirigeants aient laissé le pays dans une telle situation : tous les clignotants de l'économie sont à présent au rouge, et l'endettement ne cesse de croître.

Quelques avertissements qui n'ont pas été entendus

Il est évidemment impossible que cette dérive de notre économie ait échappé aux services du Trésor. On trouve sur son site les traces de diverses études mentionnant ce problème.

Par exemple, une étude portant sur la période 1975-2013 se concluait par :

« Le PIB/tête, en France, a crû moins vite que celui des États-Unis, et dans une mesure moindre de l'Allemagne et des pays du Nord. Le déficit de croissance moyen en matière de PIB/habitant est de 0,4 points par an, par rapport aux pays riches ».

Certains économistes ont, eux aussi, tiré la sonnette d'alarme.

Dans *Changer de modèle*, Philippe Aghion et Élie Cohen écrivent :

« Alors que les PIB par tête en Suède et en France étaient comparables en 1980, la Suède est à 10 points au-dessus. La France se paupérise par rapport à de nombreux autres pays : elle reste dans la moyenne de la zone euro parce que l'Espagne et l'Italie sont en dessous d'elle en PIB/capita ».

Divers économistes ou journalistes ont formulé leur diagnostic sur le mal français : trop de dépenses publiques, souci exacerbé de réduction des inégalités, fiscalité trop lourde impactant la compétitivité des entreprises, manque d'investissements en recherche & développement, etc.

Il faudra déterminer avec précision les causes de l'apathie de l'économie française.

Selon François de Closets, [les Français sont d'éternels insatisfaits](#), ils ruinent l'État avec leurs exigences.

Dans son livre *La France doit choisir*, Jean-Louis Beffa, l'ancien président de Saint-Gobain, énonce que les difficultés de l'économie française proviennent de son changement de modèle : le pays s'est traditionnellement développé, et notamment après la Seconde Guerre mondiale, avec le modèle colbertiste que Jean-Louis Beffa nomme « commercial-industriel », pour passer, avec la mondialisation, au modèle anglo-saxon qu'il qualifie de « libéral-financier », un modèle d'économie capitaliste où la

concurrence est très sévère et où les entreprises sont lancées dans une course effrénée aux profits. L'auteur considère que ce modèle libéral ne convient pas à la sociologie des Français. Il recommande donc de revenir rapidement à notre modèle traditionnel où l'État intervient dans l'économie et accompagne les entreprises dans leur développement.

Deux économistes particulièrement lucides, Élie Cohen et Christian Saint-Étienne ont mis l'accent sur les dangers de la désindustrialisation du pays :

Christian Saint-Étienne : *La France est-elle en faillite ?* en 2008 ; *La France : état d'urgence*, en 2013 ; *Relever la France* en 2016.

Élie Cohen a publié en 2014 *Le décrochage industriel*.

Ces auteurs ont mis en avant le problème de la désindustrialisation du pays, qui est au cœur même de toutes les difficultés de l'économie depuis une quarantaine d'années, c'est-à-dire depuis la fin des Trente Glorieuses :

- faible croissance,
- chômage plus important que partout ailleurs,
- balance commerciale déficitaire chaque année,
- prélèvements obligatoires les plus élevés de tous les pays de l'OCDE,
- budgets en déséquilibre depuis 1975, contraignant l'État à recourir, chaque année, à l'endettement.

Mais ils ne furent pas entendus.

La commission d'enquête devra donc élucider la cause réelle expliquant le manque de dynamisme de notre économie, comprendre pourquoi les meilleurs analystes économiques n'ont pas diagnostiqué les causes du mal, et expliquer pourquoi les experts, à divers niveaux, qui ont tiré la sonnette d'alarme n'ont pas été écoutés.

Il y a manifestement un sérieux coup de balai à donner dans les rouages de l'État.

18 mai 2023 (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/05/17/guerre-en-ukraine-l-otan-ne-peut-pas-se-permettre-un-nouvel-echec-sur-l-adhesion-de-kiev_6173650_3232.html

Guerre en Ukraine : « L'OTAN ne peut pas se permettre un nouvel échec sur l'adhésion de Kiev »

[Chronique](#)

[Sylvie Kauffmann](#), [éditorialiste au « Monde »](#)

En 2008, le sommet de l'Alliance atlantique à Bucarest s'était achevé sur un compromis désastreux, laissant l'Ukraine et la Géorgie à la porte. En amont de celui de Vilnius, en juillet, la dynamique s'est inversée entre Américains et Européens, relève dans sa chronique Sylvie Kauffmann, éditorialiste au « Monde ».

Publié hier à 05h30, modifié hier à 09h53 Temps de Lecture 4 min.

Dans l'histoire tortueuse des relations entre la Russie de Vladimir Poutine et les pays de l'Alliance atlantique, un épisode apparaît comme un moment-clé : le sommet de l'OTAN à Bucarest, du 2 au 4 avril 2008. Un point de l'ordre du jour, explosif, monopolise l'énergie des dirigeants réunis dans la capitale roumaine : l'adhésion de l'Ukraine et de la Géorgie.

Au terme d'une bataille homérique entre George W. Bush, qui est pour, et Angela Merkel et Nicolas Sarkozy, qui sont contre, un compromis boiteux est trouvé : les deux pays ont vocation à devenir membres de l'OTAN... un jour, que l'on se garde de préciser.

Quinze ans plus tard, le sujet revient sur la table d'un nouveau sommet, à Vilnius les 11 et 12 juillet, dans un contexte dramatiquement différent. Non seulement l'Ukraine et la Géorgie n'ont pas pu intégrer l'OTAN, mais [toutes deux ont été envahies par la Russie](#). La guerre fait rage en Ukraine. Les protagonistes ont changé, sauf Vladimir Poutine, qui est toujours là.

Le fantôme de Bucarest plane sur le sommet de Vilnius. Inévitablement, la question hante les esprits dans cette région d'Europe : le président russe aurait-il osé envahir l'Ukraine si elle avait été membre de l'OTAN ? Kaja Kallas, la première ministre estonienne, n'hésite pas une seconde : « *Conquérir l'Estonie aurait été bien plus facile que d'attaquer l'Ukraine, [explique-t-elle dans un entretien au Monde](#). Si la Russie ne nous a pas attaqués, c'est parce que nous sommes dans l'OTAN. L'adhésion de l'Ukraine est la seule issue.* »

Interrogée sur le même sujet le 12 mai, lors de la conférence Lennart Meri à Tallinn, en Estonie, [sa collègue lituanienne, Ingrida Simonyte](#), n'a pas non plus l'ombre d'un doute : « *Bucarest a été l'une des plus grandes erreurs de l'histoire de ce siècle* », répond-elle. Hors de question de « *répéter Bucarest* » à Vilnius.

Pas de cadeau pour Bush

Quel est donc ce traumatisme de Bucarest ? En 2008, George W. Bush approche de la fin de son second mandat à la Maison Blanche. Sous son premier mandat, l'OTAN a déjà absorbé avec succès, en 2004, les trois Etats baltes, qui ont fait partie de l'Union soviétique. Les pays du défunt pacte de Varsovie ont aussi rejoint l'Alliance.

Pour Bush, l'intégration dans l'OTAN de l'Ukraine et de la Géorgie, deux ex-républiques soviétiques dont la population manifeste de fortes aspirations démocratiques, est une façon de finir en beauté en complétant son « *Freedom agenda* ». Pour cela, il faut que le sommet de Bucarest leur accorde le Membership Action Plan (MAP), statut créé en 1999 qui ouvre la procédure d'adhésion. Cette décision ne peut être prise qu'à l'unanimité des Etats membres.

L'Allemagne et la France, cependant, ont une autre vision pour leur continent. Elles craignent de provoquer Poutine, qui se fait de plus en plus vindicatif sur l'élargissement de l'OTAN ; elles n'ont pas de cadeau à faire à Bush, après le fiasco de l'invasion de l'Irak – à laquelle elles ont refusé de participer, s'attirant les foudres de Washington. La chancelière Merkel et son ministre des affaires étrangères Frank-Walter Steinmeier, déterminés à s'opposer à la proposition de Bush, sont arrivés à Bucarest parés pour l'offensive. Ils se sont concertés avec le président Sarkozy.

De l'avis de plusieurs témoins, le 3 avril, la bataille est terrible. Les diplomates courent fébrilement en tous sens, des papiers à la main avec des suggestions de nouvelles formulations pour la déclaration du sommet qu'il faut renégocier. [Le compromis final](#) réaffirme la politique de « la porte ouverte » – « *Aujourd'hui, nous avons décidé que ces deux pays deviendraient membres de l'OTAN* » –, mais sans fournir le moindre calendrier. « *La porte est ouverte mais vous n'êtes pas invité* », ironise-t-on à Kiev.

« On a donné le feu vert à Poutine »

Bucarest a été « *a goddamn mess* » (un gros bordel), reconnaît aujourd'hui Dan Fried, qui a participé au sommet comme adjoint de la secrétaire d'Etat Condoleezza Rice. Pour les responsables américains et européens des pays post-communistes, le compromis a permis de sauver une façade d'unité de l'Alliance, mais ses conséquences ont été désastreuses, laissant Poutine imaginer que les Occidentaux n'auraient pas le courage de voler au secours de ces deux pays. « *En gardant cette zone grise, on lui a donné le feu vert* », disent les Baltes. [Quatre mois plus tard, en août 2008, les chars russes entrent en Géorgie](#), dont la Russie occupe toujours 20 % du territoire. A Paris et à Berlin, on continue de penser que céder à Bush à Bucarest aurait été une erreur.

Diplomates et responsables des trente et un Etats membres de l'OTAN mènent actuellement d'intenses discussions en amont du sommet de Vilnius pour, précisément, éviter un Bucarest 2.0. Mais comment ? Personne ne revendique une intégration immédiate de l'Ukraine, pays en guerre, qui entraînerait quasi automatiquement l'OTAN dans le conflit au nom de la défense collective d'un allié attaqué. Il faut donc trouver une formule, une feuille de route, un autre MAP, bref, des engagements concrets susceptibles de défendre l'Ukraine et de garantir son ancrage dans l'Alliance, sans déclencher une extension du conflit.

Le paradoxe est que, aujourd'hui, la situation s'est inversée au sein de l'Alliance. En 2023, ce sont les Européens – certains plus que d'autres – qui poussent et les Américains qui freinent. Washington a pris soin de tenir l'OTAN en dehors de la guerre en Ukraine : ce sont les Etats et l'Union européenne – oui, l'Union européenne ! – [qui arment Kiev](#), pas l'OTAN en tant que telle.

[La priorité des Etats-Unis reste la Chine](#) ; Joe Biden ne veut surtout pas se trouver embourbé dans une guerre avec la Russie en Europe. Commodément, Berlin et Paris s'abritent derrière les hésitations du puissant allié américain. Ce sont donc les Baltes, les pays nordiques et d'Europe centrale qui poussent le plus. La différence avec 2008, c'est qu'[en 2023, leur voix porte](#). Un autre monde.

18 mai 2023 (Le Monde)

https://www.lemonde.fr/le-monde-des-religions/article/2023/05/18/l-apotre-paul-un-conservateur-misogyne-et-antisemite-ce-proces-est-totalement-injuste_6173824_6038514.html

L'apôtre Paul, un conservateur misogyne et antisémite ? « Ce procès est totalement injuste »

Paul de Tarse, ou saint Paul pour les catholiques, est parfois considéré comme le fondateur du christianisme. A l'occasion de la fête de l'Ascension, l'historien Daniel Marguerat revient sur cette figure controversée qui, après avoir persécuté la jeune communauté chrétienne, en est devenu le plus ardent défenseur.

Propos recueillis par [Cyprien Mycinski](#)

Publié aujourd'hui à 06h00, modifié à 06h00

L'Ascension, qu'une partie des chrétiens célèbrent ce jeudi, marque l'élévation au ciel de Jésus et la dernière rencontre avec ses disciples après la Résurrection. D'après le Nouveau Testament, seul Paul de Tarse bénéficiera ensuite d'une dernière apparition du Christ, donnant ainsi l'impulsion à une activité missionnaire qui allait faire des émules tout autour de la Méditerranée.

Zoom sur ce personnage sans qui le christianisme n'aurait peut-être pas perduré, avec l'historien Daniel Marguerat, professeur honoraire de théologie protestante à l'université de Lausanne (Suisse) et auteur de *Paul de Tarse. L'enfant terrible du christianisme* (Seuil, 560 pages, 25 euros).

Dans les Actes des apôtres, récit du Nouveau Testament venant après les Evangiles, la première image que l'on a de Paul est celle d'un persécuteur des disciples de Jésus. Pourquoi leur était-il si hostile ?

Paul, qui est un juif de la diaspora, opte dans sa jeunesse pour la voie de l'excellence religieuse, représentée dans le judaïsme de ce temps par [le courant pharisien](#). Les pharisiens sont des laïcs qui se donnent pour vocation de préserver la sainteté du peuple d'Israël. Cela induit une observance extrêmement rigoureuse de la Loi, c'est-à-dire de l'ensemble des prescriptions rituelles données par Dieu à son peuple.

Ceux qui s'en éloignent sont regardés par les pharisiens comme des déviants, qui souillent la pureté d'Israël. Or, les disciples de Jésus relèvent assurément de cette catégorie. D'une part, les pharisiens regardent le Messie comme un individu mort de la manière la plus honteuse, ce qui est à leurs yeux une croyance scandaleuse. D'autre part, Jésus de Nazareth a prêché que la Loi consiste essentiellement à aimer Dieu et son prochain. En vérité, cela revient à relativiser ou à mettre en cause des normes rituelles (comme le respect du sabbat) que les pharisiens, quant à eux, entendent faire respecter scrupuleusement.

Les Actes des apôtres présentent Paul comme étant le dernier homme à avoir rencontré le Christ, quelque temps après l'Ascension, lors d'une apparition de celui-ci « sur le chemin de Damas ». Les lettres attribuées à Paul, l'autre principale source le concernant, mentionnent simplement une « révélation ». Que lui arrive-t-il exactement ?

Il vit assurément une expérience mystique qui l'a bouleversé. Quelles sont les circonstances précises de cet événement ? On serait bien en mal de répondre à cette question.

Quoi qu'il en soit, cela le conduit à prendre le parti de ceux qu'il poursuivait jusque-là. Le terme de « conversion », très souvent utilisé, est toutefois impropre. Paul n'a en effet jamais changé de religion.

Dans son esprit, il ne cesse pas d'être juif. Simplement, il considère désormais que le judaïsme passe par Jésus de Nazareth, qu'il regarde comme le Messie annoncé par les prophètes. Paul n'est donc absolument pas un renégat. [Disons plutôt qu'il change de courant au sein du judaïsme.](#)

Dès lors, il prêche la foi dans le Christ. Comment organise-t-il son activité missionnaire ?

Durant trente ans, de son « revirement » vers l'an 32 jusqu'à sa mort entre 62 et 64, Paul se consacre à la mission. Citoyen romain, il a une bonne connaissance du fonctionnement de l'Empire, ce qui le conduit à faire un usage efficace de ses infrastructures. Empruntant les voies romaines d'Asie mineure et de Grèce, il se rend dans les principales métropoles régionales. Là, il commence par se tourner vers la synagogue, ce qui lui permet de bénéficier du généreux réseau d'hospitalité de la diaspora.

Le plus souvent, la rupture avec les juifs locaux advient assez vite, puisque la prédication de Paul va à l'encontre du judaïsme majoritaire. Toutefois, il parvient fréquemment à convaincre quelques individus, ce qui lui permet d'établir une première communauté chrétienne. Apparaissent alors les « églises de maison », distinctes de la synagogue : ceux que Paul rallie à la foi en Jésus se retrouvent dans l'habitation de l'un d'entre eux pour la catéchèse et la célébration de l'eucharistie.



Eglise Saint-Paul de Lyon. Fresque représentant saint Paul prêchant. FRED DE NOYELLE/GODONG / PHOTONONSTOP / FRED DE NOYELLE/GODONG / PHOTONONSTOP

Rapidement, Paul forme des collaborateurs locaux qu'il charge de la gestion de la nouvelle communauté, afin de l'établir dans la durée. Finalement, après quelques mois, Paul part vers une nouvelle ville où il recommence à prêcher. Il crée ainsi un réseau de communautés avec lesquelles il restera en contact par le biais de lettres, que l'on appelle aujourd'hui épîtres (en grec ancien, lettre se dit « *epistole* »).

Paul est parfois désigné comme « l'apôtre des nations », celui qui, le premier, aurait prêché la foi chrétienne aux non-juifs. Est-ce le cas ?

Paul prêche à la fois aux juifs et aux « gentils » (traduction habituelle de l'hébreu « *goyim* », qui désigne les non-juifs) et fonde ainsi des communautés « mixtes ». Toutefois, il n'est pas l'inventeur de cette prédication chrétienne à destination des non-juifs. Avant lui, la communauté d'Antioche avait déjà commencé à s'ouvrir aux gentils. Disons que Paul systématise cette ouverture.

Il formule d'ailleurs très clairement l'identité chrétienne comme universelle, dépassant le clivage entre juifs et païens. « *Il n'y a plus ni juif ni Grec (...) car vous êtes tous un en Jésus-Christ* » (Gal 3, 28), écrit-il dans son épître aux Galates. Dans cette perspective, non sans raison, le philosophe Alain Badiou fait de Paul l'inventeur de l'universalisme.

Reste que cette mission vers les païens suscite des controverses. Paul considère en effet que les gentils qui reçoivent sa prédication n'ont pas à se soumettre aux prescriptions rituelles juives, comme la circoncision. Or, parmi les disciples de Jésus, certains refusent absolument cet abandon de la Loi juive. L'Eglise de Jérusalem, dirigée par Jacques, dit « le frère du Seigneur », développe ainsi une contre-mission vers les communautés fondées par Paul, afin qu'elles se soumettent au respect des normes juives.

Comment Paul a-t-il adapté sa prédication à un auditoire réunissant juifs et non-juifs ?

Paul est un homme de double culture. Il est bien sûr juif, connaît l'hébreu et maîtrise parfaitement la Torah. Mais il est né à Tarse, dans l'actuelle Turquie, bien loin de Jérusalem, et sa langue maternelle est le grec, la langue de communication de toute la Méditerranée orientale. S'adressant aux juifs comme aux gentils, il intègre donc dans sa prédication à la fois des éléments issus de la tradition juive – en s'appuyant sur la Torah – et d'autres tirés de la philosophie grecque. En ce sens, il est le premier artisan de l'hellénisation du christianisme.

On pourrait prendre pour exemple le thème de l'Eglise comme corps du Christ. Paul reprend ici une idée grecque puisque, dans le monde antique, de nombreux penseurs regardent la société comme un corps au sein duquel certains organes nobles dirigent tandis que les organes inférieurs exécutent. Paul regarde lui aussi la communauté des fidèles comme un corps. Cependant, il considère qu'il n'y a pas, en l'Eglise, de hiérarchie entre les membres, car tous ont une égale dignité.

Aujourd'hui, Paul est parfois regardé comme misogyne et on considère qu'il a contribué à reléguer les femmes au second plan dans le christianisme. Qu'en pensez-vous ?

Ce procès est totalement injuste. Commençons par dire que Paul organise des communautés où femmes et hommes sont à égalité, et dans lesquelles des femmes occupent des fonctions qu'on dirait aujourd'hui ministérielles. Or, il le fait dans une société antique patriarcale, qui ne connaît pas cette mixité et cette égalité religieuses.

Cette organisation nouvelle a entraîné des difficultés dans certaines communautés. A Corinthe, la célébration du culte semble ainsi être devenue difficile car les interventions des fidèles, hommes et femmes, sont tellement pléthoriques qu'elles tournent au chaos. Les Corinthiens demandent donc conseil à Paul. C'est à cette occasion qu'il écrit : « *Que les femmes se taisent dans les assemblées* » (I Cor 14, 34).

La formule a fait des ravages. Il faut noter que, dans les siècles qui ont suivi, on a tordu le sens de cette règle fonctionnelle pour en faire un interdit général, ce qui n'était pas l'intention de Paul. On a retenu ce qui coïncidait avec l'organisation patriarcale de la société de l'époque et laissé de côté ce qui allait dans le sens de l'égalité de valeur entre tous les baptisés, hommes et femmes. Ce dernier point était pourtant essentiel pour Paul – qui affirme aussi : « *Il n'y a plus ni homme ni femme, car vous tous, vous êtes un en Jésus-Christ* » (Gal 3, 28).

On considère aussi que Paul a contribué à fonder l'antijudaïsme chrétien...

Sur ce sujet, il faut absolument éviter l'anachronisme. Aujourd'hui, nous lisons Paul après la Shoah et certains passages de ses épîtres nous paraissent d'une insupportable brutalité à l'égard des juifs. Dans l'épître aux Romains, il évoque ainsi Israël qui a persécuté les prophètes.

Reste que c'est là un poncif présent dans le judaïsme dès le VI^e siècle avant notre ère. Les rabbins du I^{er} siècle – c'est-à-dire de l'époque de Paul – sont également nombreux à le mobiliser. En vérité, il s'agit là d'une critique d'Israël sur lui-même. Précisons encore que, dans cette même épître aux Romains, Paul affirme que « *tout Israël sera sauvé* » (Rm 11, 26). Enfin, rappelons que Paul a précisément voulu créer des communautés réunissant juifs et non-juifs. Il n'a donc nullement souhaité la rupture définitive entre juifs et chrétiens, qui est advenue cinquante ans après lui.

Paul est en outre perçu comme responsable d'un certain conservatisme social dans l'Eglise. Est-ce le cas selon vous ?

On reproche principalement à Paul de ne pas avoir appelé à l'abolition de l'esclavage. Rappelons d'abord que, dans l'Antiquité, personne n'imagine une société sans esclaves. Paul, qui a le même « outillage mental » que les hommes de son temps, pouvait difficilement avoir une telle idée.

Gardons aussi en tête que le christianisme de l'époque n'a rien d'une institution puissante. Il se résume à une nébuleuse de communautés minoritaires et suspectées, il est sociologiquement insignifiant. Il était donc inenvisageable que la prédication de Paul ait le moindre impact sur la société. Mais surtout, pour Paul, c'est

l'égalité devant le Christ qui importe ; elle est tellement fondamentale que la hiérarchie sociale en devient secondaire.

Les chrétiens du XXI^e siècle gagneraient-ils à s'intéresser davantage à la figure de Paul ?

Je le crois profondément. Le christianisme européen retrouve d'ailleurs de plus en plus la situation qui était la sienne à l'époque de Paul : il devient minoritaire, au sein d'une société qui lui est largement indifférente.

Les chrétiens devraient revenir à Paul pour deux raisons. D'abord, parce qu'il n'est pas un théologien fixant des impératifs moraux. Il considère que Dieu n'exige rien du croyant et offre le salut. Le christianisme du XXI^e siècle gagnerait sans doute à abandonner un discours saturé d'injonctions.

Ensuite, Paul a fondé des communautés où tout le monde est sur le même pied, où chacun a égale dignité. L'avenir du christianisme ne résiderait-il pas dans des communautés restreintes, où se vivent concrètement cette égalité et cette convivialité ? Paul, à mon sens, n'est pas un homme du passé. Sa vision de l'Eglise dégage au contraire une belle ambition pour le christianisme d'aujourd'hui.

18 mai 2023 (Le Figaro)

[Eugénie Bastié: «En fait-on trop avec le wokisme?» \(lefigaro.fr\)](#)

Eugénie Bastié: «En fait-on trop avec le wokisme?»

Par [Eugénie Bastié](#)

Publié hier à 19:32 , mis à jour hier à 19:32

CHRONIQUE - Un livre voit dans le phénomène une «panique morale» inventée par les conservateurs. Un autre y voit une résurgence du totalitarisme à prendre très au sérieux. Qui a raison?

La première mention du terme «woke» dans *Le Figaro* date de 2019. L'intellectuel américain [Matthew Crawford](#) nous expliquait dans un entretien ce que signifiait la «*wokeness*» : «Être woke (donc "éveillé") est ce qui distingue les Blancs de classe supérieure ("upper white") des Blancs de classe inférieure ("lower whites").» Nous étions à mi-mandat de Donald Trump, le président populiste ayant tout à la fois exacerbé et surfé sur la radicalisation sociétale de la gauche démocrate. Quatre ans plus tard, «wokisme» a fait son entrée dans le *Larousse*, et on ne compte plus en librairie le nombre d'ouvrages consacrés à cette idéologie.

Alors, en fait-on trop avec le [wokisme](#)? C'est ce que pense toute une partie de l'intelligentsia de gauche, qui dénonce un débat dramatisé et diligenté par l'«**extrême droite**» (celle-ci démarrant à [Jean-Michel Blanquer](#)). «*L'antiwokisme est infiniment plus menaçant que le wokisme*», écrivaient ainsi 200 universitaires dans *Le Monde* le 2 mai. Dans *La Panique woke. Anatomie d'une offensive réactionnaire*, un court essai paru chez Textuel, le docteur en science politique [Alex Mahoudeau](#) essaie de réduire toute critique du wokisme à une forme de «panique morale» du camp conservateur. L'expression «**panique morale**» est une invention géniale des progressistes consistant à délégitimer tout combat des conservateurs en le réduisant à une peur irraisonnée à l'égard du changement.

Les paniques morales sont, nous dit Mahoudeau, des «*épisodes d'inquiétude collective détachée de la réalité de la menace en question, accompagnés de la diabolisation d'un groupe identifié comme hostile*»... Bien sûr, cette définition ne s'applique pas dans son esprit à ceux qui voient du racisme partout ou aux néoféministes qui imaginent que nous vivons encore dans une société patriarcale. Non, ce sont les conservateurs qui s'inventeraient des menaces imaginaires et dramatiseraient exagérément des dégâts collatéraux en réalité inoffensifs. **Mais qui est dans la panique morale?** Ceux qui voient dans le masculin neutre une offense faite aux femmes ou dans le fait de hausser les sourcils une micro-agression raciste, ou ceux qui s'émeuvent de l'idéologisation du langage?

Ces chercheurs militants revendiquent même d'échapper à l'objectivité et à la raison, illusions inventées par l'Occident à déconstruire

La psychiatrisation de l'adversaire (à coups de «panique» ou de «phobie») est une manière d'échapper aux faits. Depuis *Le Rappel à l'ordre* de Daniel Lindenberg publié en 2002, c'est toujours la même histoire: plutôt que d'admettre que le monde a changé, que de nouvelles radicalités émergent à gauche, on fait le procès d'une droitisation de l'intelligentsia.

«*Woke est un mot de droite qu'on peut laisser aux droites*», proclame l'historien des idées François Cusset dans *La Haine de l'émancipation* (Gallimard, «Tracts»). **Nathalie Heinich n'est pas de droite. L'universitaire revendique une critique du phénomène woke «vu de gauche».** Dans un [essai au titre un peu repoussoir, *Le wokisme serait-il un totalitarisme?*](#) (Albin Michel), elle répond pied à pied à ceux qui minimisent l'ampleur et la dangerosité de la vague woke. Depuis quelques années, la sociologue, qui a produit de nombreux travaux rigoureux sur la question des «valeurs», est devenue

l'ennemie jurée de ceux qu'elle appelle les «académo-militants», ces chercheurs qui mélangent délibérément science et militantisme, arène politique et arène universitaire. Nathalie Heinich tient à cette distinction. *«Je ne contredis pas ma défense de la neutralité en prenant position contre le wokisme, car je le fais dans des publications qui ne prétendent pas être des productions scientifiques mais des réflexions d'intellectuel engagé»*, dit celle qui ne supporte plus ces *«idéologues payés par l'état»*.

La liberté académique, nous dit-elle, n'est pas la liberté d'expression: **elle doit être soumise à un contrôle scientifique**. Elle pulvérise la prétention à la scientificité des tenants du genre et de la race à l'université. Cette science frelatée ne tient compte d'aucune rigueur épistémique et mélange en permanence l'idéologie et les faits. Telle cette militante qui professe doctement à propos de l'écriture inclusive: *«Il faut toujours bien rappeler que l'argument de l'illisibilité pour des personnes qui ont des difficultés n'est pas prouvé scientifiquement.»* On rêve.

Ces chercheurs militants revendiquent même d'échapper à l'objectivité et à la raison, illusions inventées par l'Occident à déconstruire. Ainsi, François Cusset s'extasie dans son «tract»: *«Au rationalisme militant s'ajoutent aujourd'hui des formes de magie et de spiritualité bienvenues, du côté du néopaganisme, de la sororité entre "sorcières", de la reconnexion intégrale avec les vivants.»* Heinich lui règle son compte, voyant dans le ralliement d'une partie des intellectuels mûrs aux lubies de la génération woke *«la peur de vieillir, chez ceux ayant passé l'âge d'être jeunes mais n'ayant pas encore atteint celui d'accepter d'être vieux»*.

Sur le fond, l'analyse de Nathalie Heinich est excellente ; sur la forme, elle est formulée avec une clarté de plume et d'esprit qui la distinguent. **Petit reproche: elle donne parfois l'impression de cantonner la légitimité d'une résistance au wokisme à la seule gauche républicaine. Il est un peu agaçant d'exclure les conservateurs, alors même qu'ils ont été parfois les premiers à dénoncer ce phénomène et que c'est des rangs de la gauche progressiste qu'est sorti ce monstre révolutionnaire qui dévore ses parents.**

L'usage du terme «totalitarisme» ne convainc pas tout à fait. Tel que l'a défini Hannah Arendt, le totalitarisme est indissociable de l'ère des masses, de l'existence d'un parti unique qui structure la vie des individus. Un «totalitarisme sans État», tel que le définit Nathalie Heinich, est un peu comme un marxisme sans classes sociales: **vidé de sa définition**. Si le fanatisme est de tout âge, «fascisme» «totalitarisme» «stalinisme» sont des mots du XX^e siècle. Certes, le wokisme réorganise des solidarités mécaniques autour de communautés d'appartenance détachées de la tradition, mais il repose en dernière instance sur le narcissisme d'un individu devenu tableau de liège où se punaient les plaies et les fiertés. Le totalitarisme appartient à l'ère de la modernité, où l'on croyait encore à la marche immuable du progrès. Le wokisme est l'enfant du postmodernisme, où l'on ne croit plus en rien. Il se déploie dans un monde horizontal, sans transcendance ni sens de l'histoire, où *«le nihilisme s'est fait moralisme»* (Allan Bloom). **Il est le symptôme d'une crise de civilisation plutôt que la matrice d'un monde à venir.**



Le wokisme serait-il un totalitarisme?, Nathalie Heinich, Albin Michell, 177 p., 16,90 €. *Albin Michel*



La panique woke, Alex Mahoudeau, Textuel, 160 p., 16,90 €. *Textuel*

18 mai 2023 (Le Figaro)

[Hervé Lehman: «L'affaire Nicolas Sarkozy renvoie une image désastreuse de la justice» \(lefigaro.fr\)](#)

Hervé Lehman: «L'affaire Nicolas Sarkozy renvoie une image désastreuse de la justice»

Par [Hervé Lehman](#)

Publié hier à 19:46 , mis à jour hier à 20:26



Nicolas Sarkozy, au palais de justice de Paris, le 15 décembre 2022. *STEPHANE MAHE/REUTERS*

TRIBUNE - L'ancien juge d'instruction, avocat au barreau de Paris*, rappelle la manière dont a été menée l'affaire qui a conduit à la condamnation par la cour d'appel de Paris de Nicolas Sarkozy, ce 17 mai, à trois ans de prison dont un an ferme.

La condamnation par la cour d'appel de Paris de Nicolas Sarkozy dans l'affaire «Bismuth» est d'une sévérité exceptionnelle: trois ans d'emprisonnement, dont un an ferme (à exécuter sous bracelet électronique), et trois ans de déchéance des droits civiques. L'avocat général Gilbert Azibert, condamné à la même peine, n'est pas intervenu auprès des magistrats de la Cour de cassation dans le dossier des agendas de l'ancien président de la République, et Nicolas Sarkozy n'est pas intervenu auprès du prince de Monaco pour pousser la candidature de ce magistrat à un poste sur le Rocher.

Ce sont des conversations téléphoniques sans suite qui sont sanctionnées: cela est juridiquement possible car le «pacte de corruption» peut être retenu même s'il n'est pas suivi de comportements actifs, mais la gravité de la peine apparaît alors difficilement compréhensible. Elle a manifestement un caractère éliminatoire, sur le plan politique, d'un ancien président que certains magistrats, surtout ceux proches du Syndicat de la magistrature, ne portent pas dans leur cœur.

Le garde des Sceaux de François Hollande, Jean-Jacques Urvoas, a été condamné en 2019, pour avoir effectivement transmis des éléments d'une procédure pénale à son ami Thierry Solère, et pas seulement discuté de l'éventualité de le faire, à un mois de prison avec sursis. L'ancien directeur de la police judiciaire a été condamné en 2013 pour avoir transmis illégalement des éléments d'une enquête à 5000 euros d'amende... avec sursis.

La pratique du filet dérivant

L'affaire laisse surtout un goût amer tenant à la manière dont elle a été menée. Elle a commencé par la mise sous écoutes téléphoniques, dans le cadre de l'affaire dite du financement libyen, de l'ancien président de la République, alors leader de l'opposition, pendant huit mois. C'est ce qu'on a appelé la pratique du filet dérivant: à force d'écouter les conversations entre un avocat et son client, on va bien finir par trouver une infraction! Dans quelle démocratie met-on le leader de l'opposition sous écoutes téléphoniques?

Puis, les conversations téléphoniques entre Nicolas Sarkozy et son avocat ont été enregistrées et utilisées. Là encore, dans quelle démocratie enregistre-t-on les conversations téléphoniques entre les avocats et leurs clients? La manière dont un État traite l'opposition, les avocats et les droits de la défense est un marqueur essentiel d'une société démocratique, comme on le voit en Russie ou en Turquie. La Conférence des bâtonniers, qui ne sont pas tous de droite, avait à l'époque présenté une protestation solennelle, et unique dans l'histoire, au président de la République, François Hollande, qui en avait reçu les représentants afin de leur distiller de bonnes paroles. En vain, puisque la Cour de cassation a alors fait évoluer sa propre jurisprudence à l'occasion de ce cas particulier pour considérer que l'on pouvait écouter les conversations entre l'avocat et son client tant que celui-ci n'a pas été mis en examen ou placé en garde à vue.

Dans quelle démocratie enregistre-t-on les conversations téléphoniques entre les avocats et leurs clients ?

Mais cela n'était pas suffisant: le parquet national financier avait mené une enquête secrète et parallèle à l'instruction de l'affaire «Bismuth», afin de rechercher si quelqu'un avait avisé Nicolas Sarkozy qu'il était sur écoutes, en examinant les factures détaillées de téléphonie de plusieurs avocats, tout cela dans un climat délétère de dissension et de dénonciation au sein de cette institution. Éric Dupond-Moretti avait déposé plainte pour la surveillance de ses fadettes, puis avait retiré sa plainte quand il avait été nommé garde des Sceaux avant de faire diligenter une enquête disciplinaire sur cette affaire, ce qui lui vaut aujourd'hui d'être renvoyé devant la Cour de justice de la République pour prise illégale d'intérêts, tandis qu'aucun magistrat n'a été sanctionné.

Saisir la Cour européenne des droits de l'homme

Éric Dupond-Moretti a fait voter en novembre 2021 des dispositions contenues dans la loi pour la confiance dans la justice afin de rendre impossibles les écoutes téléphoniques et la recherche des fadettes des avocats dans les conditions pratiquées lors de l'affaire «Bismuth». Finalement, les écoutes des conversations entre Nicolas Sarkozy et son avocat n'auront été juridiquement admises que le temps de cette affaire...

Nicolas Sarkozy ne tirera aucun bénéfice de cette loi lors de son pourvoi devant la Cour de cassation. Celle-ci a déjà validé les écoutes dont il a fait l'objet, et la loi de 2021 ne rétroagit pas. En revanche, il pourra saisir la Cour européenne des droits de l'homme après le rejet de son pourvoi par la Cour de cassation. Si la CEDH n'a pas de tendresse particulière pour les hommes politiques de droite, il est douteux qu'elle accepte de valider la pratique des écoutes téléphoniques entre un avocat et son client, même si celui-ci n'est pas encore mis en examen.

La Cour de cassation pourrait subir l'humiliation, ce ne serait pas la première fois, de voir la CEDH lui rappeler les principes essentiels du procès équitable. Mais ce sera dans tellement longtemps que l'élimination judiciaire de Nicolas Sarkozy du champ politique aura fini de produire ses effets. L'affaire est finalement désastreuse: l'image de la justice est atteinte, l'image de la politique est dégradée, l'image de la France à l'étranger est pitoyable. Seuls sont gagnants les ennemis acharnés de Nicolas Sarkozy.

* Hervé Lehman est l'auteur de *Soyez partiaux! Itinéraire de la gauche judiciaire* (2022, Le Cerf, 265 p., 22 €).